

Unfallverhütungsvorschrift

Fahrzeuge

vom 1. Oktober 1991

in der Fassung vom 1. Januar 1997

mit Durchführungsanweisungen vom Januar 1993

Aktualisierte Fassung 2000

Unveränderter Nachdruck



MMBG

Maschinenbau-
und Metall-
Berufsgenossenschaft

Inhaltsverzeichnis

	§§	Seite
I. Geltungsbereich		
Geltungsbereich	1	5
II. Begriffsbestimmungen		
Begriffsbestimmungen	2	7
III. Bau und Ausrüstung		
Allgemeines	3	10
Fahrzeuge mit Betriebserlaubnis	4	10
Fahrzeuge im Anwendungsbereich der Richtlinie 89/392/EWG	4a	12
Fahrzeuge im Anwendungsbereich der Richtlinie 89/655/EWG	4b	13
Kennzeichnung	5	13
Führerhäuser	6	15
Heizungs-, Lüftungseinrichtungen und Kühlgeräte	7	16
Plätze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer; Sicherheitsgurte	8	17
Sitze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer	9	20
Betätigungseinrichtungen, Kontrollgeräte	10	20
Lenkeinrichtungen	11	21
Sicherung gegen unbefugte Benutzung	12	22
Einrichtungen für Schallzeichen	13	23
Signaleinrichtungen zur Verständigung mit dem Fahrzeugführer	14	23
Scheibenwischer, Spiegel	15	24
Abgase	16	25
Brandschutz	17	26
Hydraulikleitungen	18	27
Bremsen	19	28
Lichttechnische Einrichtungen	20	30
Anstrich	21	32
Fahrzeugaufbauten, Aufbauteile, Einrichtungen und Hilfsmittel zur Ladungssicherung	22	32
Standsicherheit	23	39
Arbeitsplätze auf Fahrzeugen	24	41
Ein- und Ausstiege, Aufstiege	25	44
Einrichtungen gegen Kippen von Anhängfahrzeugen in Längsrichtung	26	46
Rangierachsen	27	47

	§§	Seite
Einrichtungen zur Verbindung von Fahrzeugen, Freiräume	28	47
Räder, Ersatzräder	29	52
Unterlegkeile	30	53
Warnkleidung	31	54
 IV. Betrieb		
Allgemeines – gegenstandslos –	32	55
Benutzung, Eignung von Fahrzeugen	33	55
Anweisungen	34	56
Fahrzeugführer	35	57
Zustandskontrolle, Mängel an Fahrzeugen	36	58
Be- und Entladen	37	58
Aufenthalt im Gefahrenbereich	38	61
Fahrzeug-Züge	39	63
Kuppeln von Fahrzeugen	40	63
Besteigen, Verlassen und Begehen von Fahrzeugen	41	64
Verhalten vor und während der Fahrt	42	65
Sicherheitsgurte, Schutzhelme	43	66
Fahr- und Arbeitsweise	44	67
Fahrwege	45	68
Rückwärtsfahren und Einweisen	46	68
Bewegen von Fahrzeugen, Rangieren	47	70
Verwendung von Beleuchtungseinrichtungen	48	72
Fahrtrichtungsänderungen	49	72
Warnzeichen	50	72
Betreiben von Heizungseinrichtungen und Kühlgeräten	51	72
Festgefahrte Fahrzeuge	52	73
Ziehen von Lasten	53	73
Einsatz unter besonderen Bedingungen	54	74
Anhalten und Abstellen von Fahrzeugen	55	75
Instandhaltung, Warnkleidung	56	77
 V. Prüfung		
Prüfung	57	79
 VI. Ordnungswidrigkeiten		
Ordnungswidrigkeiten	58	80
 VII. Übergangs- und Ausführungsbestimmungen		
Übergangs- und Ausführungsbestimmungen	59	82

	§§	Seite
VIII. In-Kraft-Treten		
In-Kraft-Treten	60	84
Anhang 1 Freiraummaße bei Bolzenkupplungen		85
Anhang 2 Ein- und Ausstiege, Aufstiege, Arbeitsplätze auf Fahrzeugen		86
Anhang 3 Stehplätze an Müllsammelfahrzeugen		96
Anhang 4 Handsignale für Einweiser von Fahrzeugen		97
Stichwortverzeichnis		98

Diese BG-Vorschrift ist eine Unfallverhütungsvorschrift im Sinne des § 15 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII)

Durchführungsanweisungen geben vornehmlich an, wie die in den Unfallverhütungsvorschriften normierten Schutzziele erreicht werden können. Sie schließen andere, mindestens ebenso sichere Lösungen nicht aus, die auch in technischen Regeln anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ihren Niederschlag gefunden haben können. Durchführungsanweisungen enthalten darüber hinaus weitere Erläuterungen zu Unfallverhütungsvorschriften.

Prüfberichte von Prüflaboratorien, die in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, werden in gleicher Weise wie deutsche Prüfberichte berücksichtigt, wenn die den Prüfberichten dieser Stellen zu Grunde liegenden Prüfungen, Prüfverfahren und konstruktiven Anforderungen denen der deutschen Stelle gleichwertig sind. Um derartige Stellen handelt es sich vor allem dann, wenn diese die in der Normenreihe EN 45 000 niedergelegten Anforderungen erfüllen.

I. Geltungsbereich

Geltungsbereich

§ 1

(1) Diese Unfallverhütungsvorschrift gilt für Fahrzeuge.

Durchführungsanweisung:

Über diese Vorschrift hinaus sind für Fahrzeuge in Abhängigkeit von Fahrzeugart, -aufbau, -einrichtungen, Ausrüstung, Verwendungszweck und Einsatzbereich noch weitere Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften, BG-Regeln und -Informationen zu beachten, z. B.

- für alle Fahrzeuge
Unfallverhütungsvorschrift „Kraftbetriebene Arbeitsmittel“ (VBG 5),
- für Fahrzeuge mit Kippeinrichtungen (Kipper) oder Winden
Unfallverhütungsvorschrift „Winden, Hub- und Zuggeräte“ (BGV D 8 bisher VBG 8),
- für Fahrzeuge mit Hubladebühnen (Ladebordwänden) und für Hubarbeitsbühnen
Unfallverhütungsvorschrift „Hebebühnen“ (VBG 14),
- für Fahrzeuge mit Lade- oder Abschleppkränen
Unfallverhütungsvorschrift „Krane“ (BGV D 6 bisher VBG 9),
- für Kühlfahrzeuge
Unfallverhütungsvorschrift „Kälteanlagen, Wärmepumpen und Kühleinrichtungen“ (BGV D 4 bisher VBG 20),
- für Müllsammelfahrzeuge
Unfallverhütungsvorschrift „Müllbeseitigung“ (BGV C 27 bisher VBG 126),
- für Absetz-, Abgleit- oder Abrollkipper
BG-Regel „Austauschbare Kipp- und Absetzbehälter“ (BGR 186 bisher ZH 1/589),
- für Langholzfahrzeuge
BG-Regel „Transport von Langholz“ (BGR 185 bisher ZH 1/588),
- für Geldtransportfahrzeuge
BG-Regel „Geldtransportfahrzeuge“ (BGR 135 bisher ZH 1/209).

Siehe auch „Übersicht über das berufsgenossenschaftliche Vorschriftenwerk zur arbeitssicheren Gestaltung und Ausrüstung von Fahrzeugen (Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“)“.

Zum Begriff „Fahrzeuge“ siehe auch § 2.

(2) Diese Unfallverhütungsvorschrift gilt nicht für:

- 1. maschinell angetriebene Fahrzeuge mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 8 km/h und deren Anhängerfahrzeuge,**

2. Bagger, Lader, Planiergeräte, Schürfgeräte und Spezialmaschinen des Erdbaus (Erdbaumaschinen),

Durchführungsanweisung:

Siehe Unfallverhütungsvorschrift „Bagger, Lader, Planiergeräte, Schürfgeräte und Spezialmaschinen des Erdbaus (Erdbaumaschinen)“ (VBG 40) und DIN EN 474-1 „Erdbaumaschinen; Sicherheit; Teil 1: Allgemeine Anforderungen“.

3. Straßenwalzen und Bodenverdichter,

Durchführungsanweisung:

Siehe „Richtlinien für Straßenwalzen und Bodenverdichter (Verdichtungsgeräte)“ (ZH 1/530), BG-Regel „Umgang mit beweglichen Straßenbaumaschinen“ (BGR 118 bisher ZH 1/105), DIN EN 500-1 „Bewegliche Straßenbaumaschinen; Sicherheit; Teil 1: „Allgemeine Anforderungen“ und DIN EN 500-4 „Bewegliche Straßenbaumaschinen; Sicherheit; Teil 4: Besondere Anforderungen an Verdichtungsmaschinen“.

4. Flurförderzeuge und deren Anhänger,

Durchführungsanweisung:

Siehe Unfallverhütungsvorschrift „Flurförderzeuge“ (BGV D 27 bisher VBG 36) und DIN ISO 5053 „Kraftbetriebene Flurförderzeuge“.

5. Bodengeräte der Luftfahrt,

Durchführungsanweisung:

Bodengeräte der Luftfahrt sind Geräte, die für die besonderen Erfordernisse der Luftfahrt gebaut sind.

Zu den Bodengeräten zählen insbesondere:

- Schleppgeräte,
- Transportgeräte,
- Luftfahrzeugbe- und -entladegeräte,
- Ver- und Entsorgungsgeräte,
- Wartungsgeräte.

Siehe Unfallverhütungsvorschrift „Luftfahrt“ (BGV C 10 bisher VBG 78).

6. Land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge,

Durchführungsanweisung:

Siehe Unfallverhütungsvorschrift 3.2 „Besondere Bestimmungen für Fahrzeuge“ der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge sind z. B. Ackerschlepper, land- oder forstwirtschaftliche Anhänger oder Arbeitsgeräte (selbstfahrend, gezogen oder angebaut). Spezialfahrzeuge für den Holztransport auf der Straße, z. B. Langholzfahrzeuge, sind keine forstwirtschaftlichen Fahrzeuge und fallen daher in den Geltungsbereich dieser Unfallverhütungsvorschrift.

7. Pistenraupen,

Durchführungsanweisung:

Zu Pistenraupen siehe „Betrieb von Pistenraupen“ – in Vorbereitung – (BGI 816 bisher ZH 1/590).

8. Fahrzeuge, die ihrer Bauart nach dazu bestimmt sind, im Schaustellergewerbe

- dem Publikum zum Selbstfahren zur Verfügung gestellt zu werden,
- für Vorführungen verwendet zu werden,

Durchführungsanweisung:

Siehe Unfallverhütungsvorschrift „Schausteller- und Zirkusunternehmen“ (BGV C 2 bisher VBG 72).

9. Versuchsfahrzeuge und deren Erprobung,

Durchführungsanweisung:

Siehe § 42 Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (BGV A 1 bisher VBG 1).

10. Fahrzeuge, bevor sie erstmals in Verkehr gebracht werden,

Durchführungsanweisung:

Im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift ist ein Fahrzeug erstmals in Verkehr gebracht, wenn es erstmals seiner Bestimmung gemäß verwendet wird.

11. Fahrzeuge, die zur Verwendung außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bestimmt sind,

Durchführungsanweisung:

Diese Ausnahme vom Geltungsbereich betrifft z. B. Fahrzeuge, die für den Export bestimmt sind und in der Bundesrepublik Deutschland nur vorübergehend zur Überführung in das Ausland in Verkehr gebracht werden.

12. dienstlich oder geschäftlich genutzte Privatfahrzeuge,

13. Krankenfahrstühle.

II. Begriffsbestimmungen

Begriffsbestimmungen

§ 2

(1) Fahrzeuge im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift sind maschinell angetriebene, nicht an Schienen gebundene Landfahrzeuge und deren Anhängfahrzeuge.

Durchführungsanweisung:

Der Begriff „Fahrzeuge“ umfasst unter anderem

- Personenkraftwagen,
- Lastkraftwagen,
- Speziallastkraftwagen (z. B. Feuerwehrfahrzeuge, Kommunalfahrzeuge, Dumper, Wechselbehälter-Umsetzfahrzeuge),
- Kraftomnibusse,
- Zugmaschinen,
- einspurige Kraftfahrzeuge (z. B. Krafträder)
und
- deren Anhängefahrzeuge.

Zum Begriff „Fahrzeug“ siehe auch DIN 70 010 „Systematik der Straßenfahrzeuge; Begriffe für Kraftfahrzeuge, Fahrzeugkombinationen und Anhängefahrzeuge“.

Zum Begriff „Feuerwehrfahrzeug“ siehe DIN EN 1846-1 „Feuerwehrfahrzeuge; Teil 1: Nomenklatur und Bezeichnung“.

Zum Begriff „Kommunalfahrzeug“ siehe DIN 30 701 „Kommunalfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“.

Einachsige Anhängefahrzeuge im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift sind Starrdeichselanhänger; die Definition des Starrdeichselanhängers nach DIN 70 010 „Systematik der Straßenfahrzeuge; Begriffe für Kraftfahrzeuge, Fahrzeugkombinationen und Anhängefahrzeuge“ lautet:

Anhängefahrzeug mit einer Achse oder Achsgruppe, bei dem

- die winkelbewegliche Verbindung zum ziehenden Fahrzeug über eine Zugrichtung (Deichsel) erfolgt,
- diese Deichsel nicht frei beweglich mit dem Fahrgestell verbunden ist und deshalb Vertikalmomente übertragen kann
und
- nach seiner Bauart ein Teil seines Gesamtgewichts von dem ziehenden Fahrzeug getragen wird.

Eine Untergruppe der Starrdeichselanhänger sind die Zentralachsanhänger; siehe hierzu DIN 70 010 „Systematik der Straßenfahrzeuge; Begriffe für Kraftfahrzeuge, Fahrzeugkombinationen und Anhängefahrzeuge“.

Dumper im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift sind spezielle Muldenfahrzeuge; siehe auch ISO 7132 „Earth-moving machinery – Dumpers – Terminology and commercial specifications“ und DIN EN 474-6 „Erdbaumaschinen; Sicherheit; Teil 6: Anforderungen für Baustellentransporter“.

Als Schienen im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift gelten auch die Spurführungen von Magnetschwebesystemen.

(2) Fahrzeug im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift ist auch der fahrzeugtechnische Teil von Arbeitsmaschinen und Arbeitseinrichtungen, sofern sie selbstfahrend oder als Anhängefahrzeuge verfahrbar sind.

Durchführungsanweisung:

Zum fahrzeugtechnischen Teil von Arbeitsmaschinen und Arbeitseinrichtungen gehören z. B.

- Fahrwerk,
- Brems- und Lenkeinrichtung,
- Fahrerplatz,
- Führerhaus,
- Beleuchtungseinrichtungen.

Die Bestimmung des § 2 Abs. 2 betrifft den fahrzeugtechnischen Teil beispielsweise folgender Arbeitsmaschinen und Arbeitseinrichtungen:

- Abschleppwagen,
- fahrbare Bodenreinigungsmaschinen (Kehrfahrzeuge),
- gleislose Fahrzeugkrane,
- Gleisreinigungsfahrzeuge,
- Gussasphalt-Mischgeräte,
- fahrbare Hubarbeitsbühnen,
- fahrbare Kompressoren,
- Müllsammelfahrzeuge,
- Saugfahrzeuge und Hochdruckspülfahrzeuge,
- Straßenfertiger,
- Straßenmarkierungsmaschinen,
- selbstfahrende Schneepflüge,
- Spritzmaschinen für Straßenbau-Bindemittel,
- Transportbetonmischer.

Zum Begriff „selbstfahrende oder als Anhängefahrzeuge verfahrbare Arbeitsmaschinen“ siehe ferner Dienstanweisung zu § 18 Abs. 2 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO).

III. Bau und Ausrüstung

Allgemeines

§ 3

Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass Fahrzeuge entsprechend den Bestimmungen der §§ 4 bis 30 dieses Abschnittes III beschaffen und ausgerüstet sind.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung schließt ein, dass der Unternehmer die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen hat, dass die Fahrzeuge während der gesamten Benutzungsdauer den Bestimmungen des Abschnitts III entsprechen.

Siehe auch § 4 Abs. 4 Arbeitsmittelbenutzungsverordnung.

Fahrzeuge mit Betriebserlaubnis

§ 4

(1) Fahrzeuge mit einer behördlichen Betriebserlaubnis und mit einem Fahrzeug verbundene Einrichtungen und Ausrüstungen mit einer gültigen Betriebserlaubnis oder Genehmigung für den Straßenverkehr nach den Straßenverkehrsvorschriften müssen sich in dem durch die Erlaubnis oder Genehmigung bestimmten Zustand befinden. Darüber hinaus müssen diese Fahrzeuge entsprechend den Bestimmungen des

§ 5 Abs. 3,

§ 6 Abs. 3,

§ 8 Abs. 4, 6 und 11,

§ 9 Abs. 2,

§ 10 Abs. 1 Satz 1,

§ 11 Abs. 2 bis 4,

§ 14,

§ 16 Abs. 2,

§ 18,

§ 20 Abs. 5,

§ 21,

§ 22 Abs. 1 Sätze 1 und 3, Absätze 2, 3, Abs. 4 Satz 2, Absätze 5 bis 11,

§ 23,

§ 24,

§ 25 Abs. 2 Nr. 1 und 2, Absätze 3 bis 5,

§ 26 Abs. 2 und 4,

§ 27,
§ 28 Abs. 2, 5 und 6,
§ 29 Abs. 2 bis 5,
§ 31

dieser Unfallverhütungsvorschrift beschaffen sein.

Durchführungsanweisung:

Eine behördliche Betriebserlaubnis für den Straßenverkehr ist z. B.

- eine Allgemeine Betriebserlaubnis nach § 20 StVZO,
- eine Betriebserlaubnis nach § 21 StVZO,
- eine EG-Typgenehmigung für Fahrzeuge (siehe z. B. „Richtlinie des Rates vom 6. Februar 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Betriebserlaubnis für Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger“ [70/156/EWG], in der Fassung der Richtlinie 98/14/EG, und „Verordnung über EG-Typgenehmigung für Fahrzeuge und Fahrzeugteile [EG-TypV]).

Eine Betriebserlaubnis oder Genehmigung für den Straßenverkehr ist z. B.

- eine Betriebserlaubnis für Fahrzeugteile nach § 22 StVZO,
- eine Bauartgenehmigung für Fahrzeugteile nach § 22 a StVZO,
- eine EG-Typgenehmigung für Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten nach EG-TypV,
- eine EG-Teilbetriebserlaubnis (zwischenzeitlich ersetzt durch EG-TypV),
- eine EG-Bauartgenehmigung (zwischenzeitlich ersetzt durch EG-TypV),
- eine ECE-Genehmigung.

(2) Soweit ein Fahrzeug nicht unter Absatz 1 fällt, muss es entsprechend den Vorschriften des Abschnittes III beschaffen sein.

Durchführungsanweisung zu Abs. 1 und 2:

Die Einhaltung des durch die Betriebserlaubnis bzw. Genehmigung für den Straßenverkehr bestimmten Zustandes und der Vorschriften des Abschnittes III entbindet den Unternehmer nicht von der Verpflichtung, Fahrzeuge bei längerem Einsatz unter bestimmten Gefährdungen gemäß den zutreffenden, in der Praxis bewährten Regeln der Technik arbeitssicher auszurüsten, z. B. mit

- Klimaanlage für Führerhäuser von Lkws,
- ergonomisch angepassten Sitzen,
- beheizbaren Rückspiegeln,
- Anti-Blockier-Systemen.

Fahrzeuge im Anwendungsbereich der Richtlinie 89/392/EWG

§ 4a

(1) Für Fahrzeuge, die unter den Anwendungsbereich der Richtlinie des Rates vom 14. Juni 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen (89/392/EWG), zuletzt geändert durch die Richtlinie des Rates vom 20. Juni 1991 (91/368/EWG) fallen, gelten die folgenden Bestimmungen.

(2) Für Fahrzeuge, die unter den Anwendungsbereich der Richtlinie 89/392/EWG fallen und nach dem 31. Dezember 1992 erstmals in Betrieb genommen werden, gelten anstatt der Beschaffenheitsanforderungen dieses Abschnittes die Beschaffenheitsanforderungen des Anhangs I der Richtlinie. Der Unternehmer darf diese Fahrzeuge erstmals nur in Betrieb nehmen, wenn ihre Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Richtlinie durch eine EG-Konformitätserklärung nach Anhang II sowie das EG-Zeichen nach Anhang III der Richtlinie nachgewiesen ist. Fahrzeuge müssen zusätzlich entsprechend § 30 dieser Unfallverhütungsvorschrift ausgerüstet sein.

(3) Absatz 2 gilt nicht für Fahrzeuge, die den Anforderungen dieses Abschnittes entsprechen und bis zum 31. Dezember 1994 in den Verkehr gebracht worden sind.

Durchführungsanweisung zu § 4a:

Die „Richtlinie des Rates vom 14. Juni 1989 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen“ 89/392/EWG), zuletzt geändert durch die Richtlinie des Rates vom 20. Juni 1991 (91/368/EWG), ist in nationales Recht durch die „Neunte Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz (Maschinenverordnung – 9. GSGV)“ vom 12. Mai 1993 umgesetzt worden.

Nicht unter den Anwendungsbereich der Maschinenverordnung fallen z. B.:

- Fahrzeuge, die zum Personentransport bestimmt sind,
- Fahrzeuge oder mit dem Fahrzeug verbundene Einrichtungen und Ausrüstungen, für die eine Betriebserlaubnis oder Genehmigung, wie in der Durchführungsanweisung zu § 4 Abs. 1 aufgeführt, erteilt wurde,
- Fahrzeugaufbauten, die nicht als Maschinen im Sinne von § 1 Abs. 5 der Maschinenverordnung gelten.

Für diese Fahrzeuge oder mit dem Fahrzeug verbundene Einrichtungen und Ausrüstungen sowie Fahrzeugaufbauten ist auch nach dem 31. Dezember 1992 die Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“ (BGV D 29 bisher VBG 12) anzuwenden.

Beschaffenheitsanforderungen enthalten die Bestimmungen der §§ 5 bis 29.

Fahrzeuge im Anwendungsbereich der Richtlinie 89/655/EWG

§ 4b

Fahrzeuge, die unter den Anwendungsbereich der Richtlinie des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit (89/655/EWG) fallen, müssen spätestens am 1. Januar 1997 mindestens den Anforderungen dieser Richtlinie entsprechen.

Durchführungsanweisung:

Die „Richtlinie des Rates vom 30. November 1989 über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit“ (89/655/EWG) ist in nationales Recht durch die „Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Benutzung von Arbeitsmitteln bei der Arbeit (Arbeitsmittel-Benutzungsverordnung – AMBV)“ vom 11. März 1997 umgesetzt worden.

Sämtliche Fahrzeuge im Geltungsbereich dieser Unfallverhütungsvorschrift fallen unter den Anwendungsbereich der Arbeitsmittelbenutzungsverordnung.

Kennzeichnung

§ 5

(1) An jedem Fahrzeug muss an zugänglicher Stelle ein Fabrikschild mit folgenden Angaben deutlich erkennbar und dauerhaft angebracht sein:

- **Hersteller oder Lieferer,**
- **Fahrzeugtyp,**
- **Fabrik-Nr., Fahrzeug-Identifizierungsnummer oder Fahrgestell-Nr.,**
- **zulässiges Gesamtgewicht,**
- **zulässige Achslasten, außer bei Krafträdern und bei Gleiskettenfahrzeugen.**

Auf dem Fabrikschild nicht zulassungspflichtiger Fahrzeuge müssen ferner angegeben sein:

- **Leergewicht, außer bei Arbeitsmaschinen,**
- **Baujahr.**

Durchführungsanweisung:

Das Leergewicht ist das Gewicht des betriebsfertigen Fahrzeuges mit gefüllten eingebauten Kraftstoffbehältern (DIN 70 020-2 „Allgemeine Begriffe im Kraftfahrzeugbau; Gewichte“) einschließlich des Gewichtes aller im Betrieb mitgeführten Ausrüstungsteile (siehe auch § 42 Abs. 3 StVZO). Bei anderen maschinell angetriebenen Fahrzeugen als Krafträdern und Personenkraftwagen ist bei der Ermittlung des Leergewichtes ein Fahrergewicht von 75 kg hinzuzurechnen.

Da der Unternehmer nach § 34 Abs. 2 Anweisungen für den Betrieb aufzustellen hat, sind die erforderlichen Kennwerte, insbesondere

- zulässige Höchstgeschwindigkeit,
- zulässige Achslasten,
- zulässige Nutzlast,
- zulässige Anhängelast

bereits bei der Beschaffung des Fahrzeuges mit dem Fahrzeughersteller oder -lieferer unter Berücksichtigung der betrieblichen Einsatzbedingungen festzulegen.

(2) An maschinell angetriebenen Fahrzeugen mit Anhängerkupplung muss zusätzlich zu Absatz 1 die zulässige Anhängelast deutlich erkennbar und dauerhaft angebracht sein.

Durchführungsanweisung:

Zur Ermittlung der zulässigen Anhängelast siehe auch § 19 Abs. 5.

(3) An

- 1. Absetzkippen,**
- 2. Abschleppwagen mit Hubarm,**

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist erfüllt, wenn die zulässigen Belastungen des Hubarmes für den Einsatz im Hub- und im Abschleppbetrieb für die möglichen Betriebszustände angegeben sind.

3. Garagentransportfahrzeugen mit Absetzeinrichtung,

4. höhenverstellbaren Zwischenböden

müssen die zulässigen Hublasten deutlich erkennbar und dauerhaft angebracht sein.

Durchführungsanweisung:

Für

- Fahrzeuge mit Lkw-Ladekränen
und
- Fahrzeuge mit Hubladebühnen (Ladebordwänden)

sind die Angaben der zulässigen Hublast in der Unfallverhütungsvorschrift „Krane“ (BGV D 6 bisher VBG 9) bzw. in der Unfallverhütungsvorschrift „Hebebühnen“ (VBG 14) geregelt.

Führerhäuser

§ 6

(1) Maschinell angetriebene Fahrzeuge, die vorwiegend für den Einsatz im Freien bestimmt sind, müssen mit einem geschlossenen Führerhaus ausgerüstet sein.

Durchführungsanweisung:

Führerhäuser gelten auch dann als geschlossen, wenn Teile davon abnehmbar sind.

Zur Lärminderung siehe auch § 3 Abs. 2 Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ (BGV B 3 bisher VBG 121).

(2) Absatz 1 gilt nicht für

- 1. Fahrzeuge, bei denen eine Ausrüstung mit einem geschlossenen Führerhaus auf Grund deren besonderer Einsatzbedingungen oder Arbeitsweise nicht möglich ist,**
- 2. einspurige Fahrzeuge,**
- 3. einachsige Fahrzeuge,**
- 4. Dumper mit einer Antriebsleistung bis 30 kW (40 PS).**

Durchführungsanweisung:

Fahrzeuge, bei denen die Ausrüstung mit einem geschlossenen Führerhaus auf Grund deren besonderer Einsatzbedingungen oder Arbeitsweise nicht möglich ist, sind z. B.

- Gussasphalt-Mischgeräte,
- Straßenfertiger,
- Spritzmaschinen für Straßenbau-Bindemittel,
- Straßenmarkierungsmaschinen.

(3) Führerhäuser von knickgelenkten Dumpfern mit einer Antriebsleistung von mehr als 30 kW (40 PS) müssen mit einem Schutzdach und mit Überrollschutz ausgerüstet sein.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn das Schutzdach nach DIN ISO 3449 „Erdbaumaschinen; Schutzaufbauten gegen herabfallende Gegenstände, Prüfungen, Anforderungen“ und der Überrollschutz nach DIN ISO 3471 „Erdbaumaschinen; Überrollschutzaufbauten, Prüfungen, Anforderungen“ ausgeführt sind.

Heizungs-, Lüftungseinrichtungen und Kühlgeräte

§ 7

(1) Maschinell angetriebene Fahrzeuge, die mit einem geschlossenen Führerhaus ausgerüstet sind, müssen mit Einrichtungen zum Beheizen und Belüften ausgerüstet sein.

Durchführungsanweisung:

Für Feuerwehrfahrzeuge gilt DIN 14 502-2 „Feuerwehrfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“, für Rettungswagen und Krankentransportwagen siehe auch DIN 75 080-1 „Krankenkraftwagen; Begriffe, Anforderungen, Prüfung“, DIN 75 080-2 „Krankenkraftwagen; Rettungswagen (RTW)“ und DIN 75 080-3 „Krankenkraftwagen; Krankentransportwagen (KTW)“.

(2) Einrichtungen für die Beheizung und Belüftung von Fahrzeuginsassenräumen sowie Kühlgeräte in Insassenräumen müssen so gebaut und installiert sein, dass bei ihrem Betrieb Feuer- und Explosionsgefahren sowie Gesundheitsschäden durch Abgase, Sauerstoffmangel, hohe Heizluft-Austrittstemperaturen oder heiße Oberflächen ausgeschlossen sind.

Durchführungsanweisung:

Daraus folgt, dass bei Heizungen die Verbrennungsluft nicht den Fahrzeuginsassenräumen entnommen werden darf, Verbrennungsabgase nicht in die Heizluft übertreten dürfen und nach dem Erlöschen der Flamme die weitere Zufuhr von Brennstoff automatisch abgesperrt wird.

Für Heizungen und Kühlgeräte, die mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, siehe auch Unfallverhütungsvorschrift „Verwendung von Flüssiggas“ (BGV D 34 bisher VBG 21) und „Richtlinien für die Verwendung von Flüssiggas“ (ZH 1/455).

(3) Fahrzeugheizungen müssen in amtlich genehmigter Bauart ausgeführt sein. Ausgenommen sind elektrische Heizungen und Heizungen, bei denen als Wärmequelle das Kühlwasser des Motors oder andere flüssige Kühlmedien verwendet werden.

Durchführungsanweisung:

Siehe § 22a Abs. 1 Nr.1 StVZO in Verbindung mit Nummer 27 „Heizungen“ der „Technischen Anforderungen an Fahrzeugteile bei der Bauartprüfung nach § 22a StVZO“.

Flüssige Kühlmedien des Motors können z. B. Kühlwasser, Motorenöl sein.

Plätze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer; Sicherheitsgurte

§ 8

(1) Plätze für Fahrzeugführer müssen so beschaffen und angeordnet sein, dass der Fahrzeugführer den Fahrweg überblicken und das Fahrzeug sicher führen kann.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch „Führerhausrichtlinien“ zu § 30 StVZO und „Richtlinien für die Sicht aus Kraftfahrzeugen“ zu § 35b StVZO.

(2) Als Beifahrerplätze sind nur Sitzplätze zulässig.

Durchführungsanweisung:

Beifahrer sind Versicherte, die zum Fahrpersonal gehören.

(3) Sind Fahrzeuge für die Mitfahrt weiterer Personen, außer Fahrzeugführer und Beifahrer, bestimmt, müssen Mitfahrerplätze als Sitz-, Steh- oder Liegeplätze vorhanden sein, die einen sicheren Aufenthalt gewährleisten.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch BG-Regel „Liegeplätze in Führerhäusern und Ruheräumen von Fahrzeugen sowie Dachschräfkabinen“ (BGR 136 bisher ZH 1/211).

(4) Sind Mitfahrerplätze als Stehplätze ausgebildet, müssen sie

- 1. so angeordnet sein, dass von darauf stehenden Personen bei normaler Körperhaltung keine Körperteile über die seitliche Fahrzeugkontur hinausragen,**
- 2. als Einzelstehplatz eine mindestens 0,45 x 0,35 m große rutschhemmende Standfläche haben, wobei frei hinausragende Ecken abgeschrägt oder abgerundet sein müssen,**

Durchführungsanweisung:

Für außen an Fahrzeugen (z. B. Müllsammelfahrzeugen) angebrachte Stehplätze gilt die Forderung nach rutschhemmender Ausführung als erfüllt, wenn

die Standflächen aus Rosten mit profilierten Stegoberkanten bestehen und so ausgeführt sind, dass anfallender Schmutz und Schnee durchfallen können.

Siehe auch Anhang 3 „Stehplätze an Müllsammelfahrzeugen“.

3. als Stehplätze an Müllsammelfahrzeugen eine Höhe von höchstens 0,45 m über dem Boden haben,

4. griffsichere Haltegriffe haben, die griffgünstig zur Standfläche angeordnet sind

Durchführungsanweisung:

Für außen an Fahrzeugen (z. B. Müllsammelfahrzeugen) angebrachte Stehplätze gilt die Forderung nach griffgünstiger Anordnung als erfüllt, wenn die Haltegriffe mindestens 0,1 m nach beiden Seiten von einer senkrechten Ebene entfernt sind, welche durch den Mittelpunkt der Standfläche verläuft, und sie sich mindestens 1,3 m und höchstens 1,8 m über der Standfläche befinden.

Haltegriffe sind dann als griffsicher anzusehen, wenn sie ca. 25 mm Durchmesser und eine rutschhemmende, z. B. profilierte Oberfläche haben.

Siehe auch Anhang 3 „Stehplätze an Müllsammelfahrzeugen“.

Für Stehplätze an Abfallsammelfahrzeugen, die unter den Anwendungsbereich der Maschinenverordnung fallen, siehe DIN EN 1501-1 „Abfallsammelfahrzeuge und die dazugehörigen Schüttungen; Allgemeine Anforderungen und Sicherheitsanforderungen; Teil 1: Hecklader“.

und

5. so gestaltet sein, dass in den Raum senkrecht über der Standfläche bis zu einer Höhe von 2,0 m keine Fahrzeugteile hineinragen und im Bereich des Stehplatzes sich keine scharfen oder spitzen Teile befinden.

(5) Absatz 4 Nr. 2 und 5 gelten nicht bezüglich der Stehplatzabmessungen für Stehplätze in Kraftomnibussen.

(6) Liegeplätze müssen eine Sicherung gegen Herausfallen von Personen haben.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch BG-Regel „Liegeplätze in Führerhäusern und Ruheräumen von Fahrzeugen sowie Dachschräglkabinen“ (BGR 136 bisher ZH 1/211).

(7) Plätze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer müssen ausreichenden Bewegungsraum bieten und so beschaffen sein, dass für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer durch die Art des verwendeten Werkstoffes, durch Verglasung, Kanten, Ecken und Profile bei be-

stimmungsgemäßem Betrieb des Fahrzeuges Verletzungen nicht zu erwarten sind und bei Unfällen das Ausmaß und die Folgen von Verletzungen möglichst gering bleiben.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch „Führerhausrichtlinien“ zu § 30 StVZO und DIN 30 701 „Kommunalfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“.

Bezüglich der Verglasung ist diese Forderung z. B. erfüllt, wenn für die Verglasung der Fenster und Türen Sicherheitsglas verwendet wird.

(8) In Personenkraftwagen, Sattelzugmaschinen, Lastkraftwagen und in hinsichtlich des Insassenraumes und des Fahrgestelles diesen gleichzusetzenden maschinell angetriebenen Fahrzeugen mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 25 km/h müssen die Außensitze jeweils mit einem Schulterschräggurt in Verbindung mit einem Beckengurt sowie einer Einrichtung, die die Gurte automatisch dem Benutzer anpasst, und einem im Bedarfsfall in Funktion tretenden Verriegelungsmechanismus (Automatik-Dreipunktgurt) ausgerüstet sein. An den übrigen Sitzen sowie an sämtlichen Sitzen der in Satz 1 genannten Fahrzeuge mit offenem Aufbau oder bei denen Teile des Aufbaues abnehmbar sind und aus diesem Grund die Anbringung eines oberen Gurtverankerungspunktes nicht zulassen, genügt die Ausrüstung mit Beckengurten (Zweipunktgurten).

Durchführungsanweisung:

Zu Wirksamkeit, Lage und Anordnung von Verankerungen für Sicherheitsgurte siehe „Richtlinie des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Verankerung der Sicherheitsgurte in Kraftfahrzeugen“ (76/115/EWG).

Bei Personenkraftwagen kann eine wesentliche Verbesserung des Schutzes vor Verletzungen bei Unfällen neben der Ausstattung mit Sicherheitsgurten durch die Ausrüstung der Sitze mit Kopfstützen in vom Fahrzeughersteller gelieferter oder amtlich genehmigter Bauart erreicht werden.

(9) Sicherheitsgurte und Rückhaltesysteme müssen so eingebaut sein, dass ihr einwandfreies Funktionieren bei vorschriftsmäßigem Gebrauch und auch bei Benutzung aller ausgewiesenen Sitzplätze gewährleistet ist. Sie müssen die Gefahr von Verletzungen bei Unfällen möglichst verringern.

(10) Absätze 8 und 9 gelten nicht für Klappsitze und für nicht nach vorn gerichtete Sitze.

Durchführungsanweisung:

Klappsitze sind für den gelegentlichen Gebrauch vorgesehene Notsitze, die normalerweise umgeklappt sind.

(11) Sitze für Fahrzeugführer und Beifahrer von Dumpfern mit einer Antriebsleistung von mehr als 30 kW (40 PS) müssen mindestens mit Beckengurten (Zweipunktgurten) ausgerüstet sein.

Sitze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer

§ 9

(1) Sitze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer müssen so gestaltet und auf das Fahrzeug abgestimmt sein, dass Körperschäden möglichst vermieden werden. Sitze für Fahrzeugführer müssen ausreichend verstellbar sein.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch „Führerhausrichtlinien“ zu § 30 StVZO, DIN 45 678 „Mechanische Schwingungen; Sattelkraftfahrzeuge; Laborverfahren zur Bewertung der Schwingungen von Fahrersitzen“ und VDI-Richtlinie 2057 Blatt 3 „Einwirkung mechanischer Schwingungen auf den Menschen; Beurteilung“.

(2) Sitze in Geldtransportfahrzeugen müssen so angeordnet sein, dass die Sitzlängsachse parallel zur Fahrzeuglängsachse liegt.

Betätigungseinrichtungen, Kontrollgeräte

§ 10

(1) Betätigungseinrichtungen müssen so angeordnet, beschaffen, gestaltet und, sofern ihre Zuordnung, ihr Schaltsinn und Schaltzustand nicht eindeutig erkennbar sind, dauerhaft gekennzeichnet sein, dass sie sich leicht und gefahrlos betätigen lassen und eine Verwechslung von Zuordnung und Schaltsinn vermieden wird. Betätigungseinrichtungen für das Führen des Fahrzeuges müssen auch bei angelegtem Sicherheitsgurt gut erreichbar sein.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch

- DIN 73 001 „Bedienung von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotor“,
- DIN 33 401 „Stellteile; Begriffe, Eignung, Gestaltungshinweise“,

- DIN 70 006-1 „Sicherheits- und Hinweiszeichen für Fahrzeuge; Teil 1: Sicherheits- und Hinweiszeichen für Nutzkraftwagen“,
- Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Innenausstattung der Kraftfahrzeuge (Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen, Kontrollleuchten und Anzeiger)“ (78/316/EWG).

Die Bremsbetätigungseinrichtungen (Löseventil des Anhängerbremsventils, Vorderachslöseventil, Federspeicherbremsventil) und die Luftfederbetätigungseinrichtungen sind bei Gelenkdeichselanhängern (Mehrachsanhängern) sicher zu betätigen, wenn sie z. B. seitlich am Fahrzeug angeordnet sind.

Siehe auch BG-Information „Sicheres Kuppeln von Fahrzeugen“ (BGI 599 bisher ZH 1/245).

(2) Fahrzeuge müssen mit den zum sicheren Betrieb notwendigen Anzeige- und Kontrollgeräten ausgerüstet sein. Diese müssen gut ablesbar und übersichtlich angeordnet sein.

Durchführungsanweisung:

Anzeigegeräte sind z. B.

- Geschwindigkeitsmesser,
- Druckanzeiger für Druckluftbremsanlagen.

Kontrollgeräte sind z. B.

- Kontrollleuchte des Fahrtrichtungsanzeigers,
- Kontrollleuchte des Fernlichtes.

Siehe auch DIN EN 894-2 „Sicherheit von Maschinen; ergonomische Anforderungen an die Gestaltung von Anzeigen und Stellteilen; Teil 2: Anzeigen“.

Lenkeinrichtungen

§ 11

(1) Lenkeinrichtungen von Fahrzeugen müssen so beschaffen sein, dass ein leichtes und sicheres Lenken des Fahrzeuges gewährleistet ist.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch „Richtlinien für die Prüfung der Lenkanlagen von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern“ zu § 38 StVZO.

Die Erfüllung der Forderung nach leichtem und sicherem Lenken kann die Verwendung von Lenkhilfen erforderlich machen.

Für Dumper mit einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von mehr als 20 km/h ist die Forderung nach leichtem und sicherem Lenken z. B. erfüllt, wenn diese mit einer Notlenkanlage nach DIN EN 12 643 „Erdbaumaschinen; Radfahrzeuge; Lenkvermögen“ ausgerüstet sind.

(2) Bei Anhängefahrzeugen und Nachläufern mit Zusatzlenkung müssen Lenkeinrichtungen so beschaffen und angeordnet sein, dass sich Versicherte nicht im Gefahrenbereich der Räder aufhalten müssen.

Durchführungsanweisung:

Zu Signaleinrichtungen zur Verständigung mit dem Fahrzeugführer siehe § 14 Abs. 2.

Siehe auch Abschnitt 4.3.6.5 der BG-Regel „Transport von Langholz“ (BGR 185 bisher ZH 1/588).

(3) An Fahrzeugen mit Knicklenkung müssen im Knickbereich deutlich erkennbar und dauerhaft Hinweise angebracht sein, die durch Bildzeichen oder Text darauf aufmerksam machen, dass der Aufenthalt im ungesicherten Knickbereich verboten ist.

(4) Fahrzeuge mit Knicklenkung müssen mit einer formschlüssigen Feststelleinrichtung gegen Einknicken gesichert werden können.

Durchführungsanweisung:

Formschlüssige Feststelleinrichtungen sind z. B. Arretierungen, Steckbolzen, Klinken, Distanzstücke.

Sicherung gegen unbefugte Benutzung

§ 12

Maschinell angetriebene Fahrzeuge müssen so eingerichtet sein, dass sie gegen unbefugte Benutzung gesichert werden können.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn abschließbare Führerhäuser vorhanden sind oder Fahrzeuge mit Schlössern ausgerüstet sind, durch die für den Fahrvorgang wesentliche Einrichtungen blockiert werden und die nicht durch allgemein verwendbare Schlüssel geöffnet werden können, z. B. Schlösser, die

- auf die Lenkanlage wirken,
- auf den Gangschalthebel wirken,
- auf die Kraftübertragung wirken,
- das Laufen des Motors verhindern.

Einrichtungen für Schallzeichen

§ 13

Maschinell angetriebene Fahrzeuge müssen mit Einrichtungen für deutlich wahrnehmbare Schallzeichen ausgerüstet sein.

Durchführungsanweisung:

Einrichtungen für Schallzeichen sind z. B.

- Hupen,
- Hörner.

Signaleinrichtungen zur Verständigung mit dem Fahrzeugführer

§ 14

(1) Müllsammelfahrzeuge müssen mit akustischen Signaleinrichtungen zur Verständigung des Fahrzeugführers durch die Müllwerker ausgerüstet sein. Die Betätigungseinrichtungen der Signaleinrichtungen müssen von den Stehlätzen aus leicht erreicht werden können. Die Signale müssen deutlich wahrnehmbar sein.

Durchführungsanweisung:

Zu Betätigungseinrichtungen siehe auch § 10 Abs. 1.

Deutlich wahrnehmbar sind Signale, die sich vom Schallpegel des Arbeitsmittels deutlich abheben. Siehe auch § 10 Unfallverhütungsvorschrift „Kraftbetriebene Arbeitsmittel“ (VBG 5) und DIN EN 457 „Sicherheit von Maschinen; Akustische Gefahrensignale; Allgemeine Anforderungen; Gestaltung, Prüfung“.

Siehe auch DIN EN 1501-1 „Abfallsammelfahrzeuge und die dazugehörigen Schüttungen; Allgemeine Anforderungen und Sicherheitsanforderungen; Teil 1: Hecklader“.

(2) Fahrzeuge mit Zusatzlenkung, deren Betätigung durch Mitgänger oder Mitfahrer erfolgt, müssen mit Signaleinrichtungen zur wechselseitigen Verständigung zwischen Mitgänger oder Mitfahrer und Fahrzeugführer ausgerüstet sein. Die Betätigungseinrichtungen der Signaleinrichtungen müssen vom Lenkerplatz aus leicht erreicht werden können. Die Signale müssen deutlich wahrnehmbar sein.

Durchführungsanweisung:

Die Forderung des Satzes 2 schließt ein, dass auch in Schaltkästen für mitgänger- oder mitfahrerbetätigte Fernsteuerungen der Zusatzlenkungen Betätigungseinrichtungen zum Betätigen der Signaleinrichtungen vorhanden sein müssen.

Zu Signaleinrichtungen siehe auch „Richtlinien für die Prüfung von Langholzfahrzeugen“ zu § 30 StVZO, BG-Regel „Transport von Langholz“ (BGR 185 bisher ZH 1/588) und Durchführungsanweisung zu § 14 Absatz 1.

(3) Absatz 1 gilt auch für Schlauchwagen der Feuerwehr, sofern sie zum Verlegen von Schläuchen vom fahrenden Fahrzeug aus bestimmt sind.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch DIN 14 565 „Schlauchwagen“.

Scheibenwischer, Spiegel

§ 15

(1) Maschinell angetriebene Fahrzeuge, die mit einem Führerhaus ausgerüstet sind, müssen an der Windschutzscheibe mit mindestens einem Scheibenwischer ausgerüstet sein.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung gilt bei Fahrzeugen mit zwei Hauptfahrtrichtungen für die Windschutzscheiben in beiden Fahrtrichtungen.

(2) Fahrzeuge mit Führerhaus müssen mit mindestens zwei Rückspiegeln ausgerüstet sein. Diese müssen so beschaffen und angebracht sein, dass der Fahrzeugführer alle für ihn wesentlichen rückwärtigen Verkehrsvorgänge beobachten kann.

Durchführungsanweisung:

Einer der Rückspiegel kann ein Innenspiegel sein, wenn die Beobachtung der rückwärtigen Verkehrsvorgänge unabhängig vom Beladungszustand des Fahrzeuges uneingeschränkt möglich ist.

Siehe auch „Richtlinien für die Ausführung und Anbringung von Rückspiegeln an Straßenfahrzeugen“ zu § 56 StVZO.

(3) Krafträder müssen mit mindestens einem Rückspiegel ausgerüstet sein.

(4) Dumper in Frontlenkerbauart, bei denen durch die Bauart die Sicht für den Fahrzeugführer vor dem Fahrzeug eingeschränkt ist, müssen mit zusätzlichen Spiegeln für die Sicht nach vorn ausgerüstet sein.

Abgase

§ 16

(1) Verbrennungskraftmaschinen müssen so beschaffen sein, dass die Gesundheitsgefährdung oder die Belästigung von Versicherten durch Abgase das nach dem Stand der Technik unvermeidbare Maß nicht überschreitet.

Durchführungsanweisung:

Der Stand der Technik ermöglicht noch nicht eine vollständige Reinhaltung der Abgase von gesundheitsschädlichen oder belästigenden Bestandteilen.

Für die Antriebsmotoren der Fahrzeuge geben die verkehrsrechtlichen Bestimmungen den Stand der Technik wieder.

Für Verbrennungsmotoren in Arbeitsmaschinen siehe auch „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1997 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte (97/68/EG)“.

Beim Einsatz von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren in Räumen siehe auch Durchführungsanweisung zu § 34 Abs. 2 und § 54 Abs. 4, Arbeitsstättenverordnung und zugehörige Arbeitsstätten-Richtlinie ASR 5 „Lüftung“, technische Regeln für Gefahrstoffe TRGS 554 „Dieselmotoremissionen (DME)“ sowie § 45 Abs. 1 und 2 der Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ BGV A 1 bisher VBG 1).

(2) An mehrspurigen Fahrzeugen müssen Einrichtungen zum Abführen von Abgasen so beschaffen und angeordnet sein, dass Versicherte im Fahrzeug und beim Tätigwerden an und auf dem Fahrzeug weitgehend vor Verbrennungs- und Vergiftungsgefahren geschützt sind. Insbesondere müssen

- 1. Auspuffleitungen, die im Tätigkeitsbereich von Versicherten angeordnet sind, so ausgeführt sein, dass Versicherte vor Verbrennungen an heißen Oberflächen geschützt sind,**
- 2. Mündungen von Auspuffleitungen so angeordnet sein, dass die austretenden Abgase nicht auf Versicherte gerichtet sind, deren Tätigkeitsbereich sich in, an oder auf dem Fahrzeug befindet.**

Durchführungsanweisung:

„Tätigwerden an und auf dem Fahrzeug“ im Sinne dieser Bestimmung beinhaltet nicht die Wartung und Instandsetzung von Fahrzeugen.

Auspuffleitungen sind nicht als im Tätigkeitsbereich von Versicherten angeordnet anzusehen, wenn diese

- unterhalb des Fahrzeugrahmens und innerhalb der Außenkanten des Fahrzeuges verlaufen (Standardauspuff)
oder
- bei Verlauf hinter dem Führerhaus (z. B. vertikale Anbringung) nicht im Arbeitsbereich oder in Reichweite von Versicherten angeordnet sind.

Als nicht in Reichweite von Versicherten angeordnet gelten solche Leitungen,

- die außerhalb eines Sicherheitsabstandes von 0,55 m vom äußeren Fahrzeugumriss liegen,
- die höher als 2 m über der jeweiligen Standfläche liegen
oder
- soweit sie über das Führerhausdach hinausragen.

Für Kommunalfahrzeuge siehe auch DIN 30 701 „Kommunalfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“.

Unter Auspuffleitungen sind nicht Abgasschläuche nach DIN 14 572 „Abgasschläuche und Abgasschlauch-Anschlüsse“ zu verstehen.

Siehe auch DIN EN 563 „Sicherheit von Maschinen; Temperaturen berührbarer Oberflächen; Ergonomische Daten zur Festlegung von Temperaturgrenzwerten für heiße Oberflächen“.

Brandschutz

§ 17

Fahrzeuge müssen so beschaffen sein, dass insbesondere durch

- 1. Werkstoffauswahl,**
- 2. Anordnung, Beschaffenheit und Gestaltung der elektrischen Leitungen und Betriebsmittel,**
- 3. Anordnung und Gestaltung der Einrichtungen und Teile mit hohen Oberflächentemperaturen
und**
- 4. Anordnung und Gestaltung der Teile, aus denen Kraftstoff, Treibgas, Motorenöl, Hydrauliköl oder andere entzündliche Stoffe austreten können,**

die Entstehung und Ausbreitung von Bränden möglichst verhindert wird.

Durchführungsanweisung:

Einschlägige Bestimmungen über Kraftstoffbehälter und deren Anordnung, Kraftstoffleitungen und elektrische Leitungen sind unter anderem enthalten in:

- §§ 45 und 46 StVZO,
 - „Richtlinie des Rates vom 20. März 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Behälter für flüssigen Kraftstoff und den Unterfahrschutz von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern“ (70/221/EWG),
 - „Richtlinien für die Prüfung von Fahrzeugen, deren Motor mit verflüssigten Gasen (Propan, Butan u. Ä.) betrieben wird“ zu § 45 StVZO,
 - Unfallverhütungsvorschrift „Verwendung von Flüssiggas“ (BGV D 34 bisher VBG 21) und „Richtlinien für die Verwendung von Flüssiggas“ (ZH 1/455),
 - „Richtlinie für die Ausrüstung, Prüfung und den Betrieb von Fahrzeugen, die mit komprimiertem Erdgas betrieben werden“ (VdTÜV-Merkblatt 757),
 - für Personenkraftwagen: ECE-Regelung Nummer 34 „Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Fahrzeuge hinsichtlich der Verhütung von Bränden“,
 - für Fahrzeuge zur Beförderung gefährlicher Güter:
 - „Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (Gefahrgutverordnung Straße – GGVS)“,
 - „Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)“,
 - „Richtlinie des Rates vom 21. November 1994 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für den Gefahrguttransport auf der Straße“ (94/55/EG),
 - „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 1998 über Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die zur Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße bestimmt sind“ (98/91/EG)
- und
- ECE 105 „Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Fahrzeuge für die Beförderung gefährlicher Güter hinsichtlich ihrer besonderen konstruktiven Merkmale“.

Hydraulikleitungen

§ 18

Hydraulikleitungen, die in der Nähe von Plätzen für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer sowie von Plätzen verlaufen, die zum Betätigen von Betätigungseinrichtungen bestimmungsgemäß eingenommen werden, müssen so verlegt oder gesichert sein, dass Versicherte beim Versagen der Hydraulikleitungen nicht gefährdet werden können.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch „Sicherheitsregeln für Hydraulik-Schlauchleitungen“ (ZH 1/74) und DIN EN 982 „Sicherheit von Maschinen; Sicherheitstechnische Anforderungen an fluid-technische Anlagen und deren Bauteile; Hydraulik“.

Bremsen

§ 19

(1) Fahrzeuge müssen so eingerichtet sein, dass sie abgebremst und sicher zum Stillstand gebracht werden können. Mit der Betriebsbremse maschinell angetriebener, mehrspuriger Fahrzeuge muss zum Zeitpunkt der Ersten Inbetriebnahme des Fahrzeuges eine mittlere Verzögerung von mindestens 2,5 m/s² oder eine Abbremsung von mindestens 45 % erreicht werden können. Sofern die durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit 25 km/h nicht übersteigt, ist abweichend von Satz 2 eine mittlere Verzögerung von mindestens 1,5 m/s² oder eine Abbremsung von mindestens 30 % ausreichend. Nach der Ersten Inbetriebnahme genügt – ausgenommen bei Kraftomnibussen – abweichend von Satz 2 eine Abbremsung von 40 % bzw. abweichend von Satz 3 eine Abbremsung von 25 %. Die Sätze 1 bis 4 gelten auch, wenn Anhängerfahrzeuge mitgeführt werden.

Durchführungsanweisung:

Die mittlere Bremsverzögerung ist aus der Ausgangsgeschwindigkeit und dem Weg zu errechnen, der vom Beginn der Bremsstätigkeit bis zum Stillstand des Fahrzeuges zurückgelegt wird.

$$b = \frac{v^2}{2s}$$

b = mittlere Bremsverzögerung

v = Fahrgeschwindigkeit

s = Bremsweg

Die Abbremsung (in %) ist das Verhältnis der Summe der Bremskräfte am Radumfang, geteilt durch die zulässige Gesamtgewichtskraft des Fahrzeuges, multipliziert mit 100.

$$\text{Abbremsung (\%)} = \frac{\text{Summe der Bremskräfte am Radumfang}}{\text{zulässige Gesamtgewichtskraft des Fahrzeuges}} \times 100$$

Zur Durchführung von Bremsprüfungen siehe auch „Richtlinien für die Bremsprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern“ zu § 41 StVZO.

(2) Mehrspurige, mehrachsige und maschinell angetriebene Fahrzeuge müssen neben der Betriebsbremse eine Feststellbremse haben.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch § 41 StVZO.

(3) Krafträder müssen mit zwei voneinander unabhängigen Bremsanlagen ausgerüstet sein. Mit jeder Bremsanlage muss eine mittlere Verzögerung von mindestens 2,5 m/s² erreicht werden können.

(4) Anhängfahrzeuge müssen mit einer Bremsanlage ausgerüstet sein. Mit dieser muss zum Zeitpunkt der Ersten Inbetriebnahme des Anhängfahrzeuges eine mittlere Verzögerung von mindestens 2,5 m/s² oder eine Abbremsung von mindestens 45 % erreicht werden können. Sofern die durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit 25 km/h nicht übersteigt, ist abweichend von Satz 2 eine mittlere Verzögerung von mindestens 1,5 m/s² oder eine Abbremsung von mindestens 30 % ausreichend. Nach der Ersten Inbetriebnahme genügt abweichend von Satz 2 eine Abbremsung von 40 % bzw. abweichend von Satz 3 eine Abbremsung von 25 %. Bei Sattelanhängern muss die jeweilige Bremswirkung dem von den Achsen getragenen Anteil des zulässigen Gesamtgewichtes entsprechen.

(5) Die zulässige Anhängelast maschinell angetriebener Fahrzeuge, die zum Ziehen von Anhängfahrzeugen bestimmt sind, muss so festgelegt sein, dass für Fahrzeug-Züge, bestehend aus maschinell angetriebenen Fahrzeugen und ungebremsen Anhängfahrzeugen, mit der Betriebsbremse eine mittlere Verzögerung von mindestens 2,5 m/s² oder eine Abbremsung von mindestens 40 % erreicht werden kann. Bei Fahrzeug-Zügen, deren Höchstgeschwindigkeit 25 km/h nicht übersteigt, ist abweichend von Satz 1 eine mittlere Verzögerung von mindestens 1,5 m/s² oder eine Abbremsung von mindestens 25 % ausreichend.

(6) Einrichtungen nach Absatz 4 sind nicht erforderlich bei

- 1. einachsigen Anhängfahrzeugen mit einer Achslast bis 3000 kg,**
- 2. zwei- und mehrachsigen Anhängfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 3000 kg und einer durch die Bauart bestimmten Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 km/h,**

wenn der Fahrzeug-Zug die für das maschinell angetriebene Fahrzeug vorgeschriebene Bremsverzögerung nach Absatz 1 erreicht.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch Durchführungsanweisung zu § 2 Abs. 1 und zu § 39 Abs. 2.

Zu den einachsigen Anhängfahrzeugen gehören auch Tandemanhänger mit einem Achsabstand von weniger als 1 m.

(7) Einachsige Anhängerfahrzeuge mit einer Achslast über 3000 kg und zwei- oder mehrachsige Anhängerfahrzeuge müssen mit einer Feststellbremseinrichtung ausgerüstet sein, die das Abrollen des beladenen Anhängerfahrzeuges bei zulässigem Gesamtgewicht bis zu einer Steigung von 18 % verhindern kann.

Durchführungsanweisung:

Die Forderung nach Ausrüstung mit einer Feststellbremseinrichtung ist z. B. erfüllt, wenn

- die Betriebsbremse nach Absatz 4 feststellbar ist
oder
- eine von der Betriebsbremse unabhängige Feststellbremse vorhanden ist.

Siehe auch Durchführungsanweisung zu § 2 Abs. 1.

(8) Abweichend von Absatz 1 Satz 2 ist bei Dumpfern mit einer Achslast über 15 000 kg eine mittlere Verzögerung von mindestens 2,0 m/s² ausreichend.

Durchführungsanweisung:

Das Abbremsen von Dumpfern kann durch die Ausrüstung mit einem Automatischen Blockierverhinderer (ABV) verbessert werden.

(9) Für Straßenfertiger gilt nur Absatz 1 Satz 1.

Lichttechnische Einrichtungen

§ 20

(1) Maschinell angetriebene Fahrzeuge müssen mit lichttechnischen Einrichtungen ausgerüstet sein; insbesondere müssen

1. mehrspurige Fahrzeuge mindestens

- **zwei Scheinwerfer für Abblendlicht,**
- **zwei Schlussleuchten für rotes Licht,**
- **zwei rote Rückstrahler,**
- **einen Rückfahrscheinwerfer**
und
- **bei einer durch die Bauart bedingten Geschwindigkeit von mehr als 25 km/h zwei Bremsleuchten für rotes Licht und an der Vorder- und Rückseite Fahrtrichtungsanzeiger für gelbes Blinklicht,**

- 2. einspurige Fahrzeuge mindestens**
- einen Scheinwerfer für Abblendlicht,
 - eine Schlussleuchte für rotes Licht
und
 - einen roten Rückstrahler

haben.

(2) Anhängfahrzeuge müssen an der Rückseite mit zwei roten Rückstrahlern ausgerüstet sein.

(3) Gleiskettenfahrzeuge brauchen nicht mit Bremsleuchten nach Absatz 1 ausgerüstet zu sein.

(4) Absatz 1 gilt nicht für

- 1. Dumper mit einer Antriebsleistung bis 30 kW (40 PS)
und**

2. Straßenfertiger.

Sie müssen jedoch mindestens zwei rote Rückstrahler haben.

(5) An Müllsammelfahrzeugen müssen für eine Beleuchtung von Schüttungen oder Beladeöffnungen fest angebrachte Beleuchtungseinrichtungen vorhanden sein. Diese müssen eine ausreichende Beleuchtungsstärke haben.

Durchführungsanweisung:

Schüttungen oder Beladeöffnungen von Müllsammelfahrzeugen sind dann ausreichend ausgeleuchtet, wenn eine mittlere Beleuchtungsstärke von mindestens 20 Lux – gemessen in 1 m Höhe über der Fahrbahnebene – gegeben ist.

Für Abfallsammelfahrzeuge siehe auch DIN EN 1501-1 „Abfallsammelfahrzeuge und die dazugehörigen Schüttungen; Allgemeine Anforderungen und Sicherheitsanforderungen; Teil 1: Hecklader“.

(6) Abweichend von Absatz 1 Nr. 1 ist eine Ausrüstung von Arbeitsmaschinen mit Rückfahrscheinwerfern nicht erforderlich.

Durchführungsanweisung:

Zum Begriff „Arbeitsmaschinen“ siehe Dienstanweisung zu § 18 Abs. 2 StVZO.

Anstrich

§ 21

Mit einem auffälligen Anstrich müssen versehen sein:

- 1. Müllsammelfahrzeuge,**
- 2. Kehrfahrzeuge,**
- 3. Saugfahrzeuge,**
- 4. Hochdruckspülfahrzeuge,**
- 5. fahrbare Hubarbeitsbühnen,**
- 6. Feuerwehrfahrzeuge.**

Durchführungsanweisung:

Siehe auch DIN 30 701 „Kommunalfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“, DIN 14 502-2 „Feuerwehrfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“, DIN EN 1501-1 „Abfallsammelfahrzeuge und die dazugehörigen Schüttungen; Allgemeine Anforderungen und Sicherheitsanforderungen; Teil 1: Hecklader“ und § 6 Abs. 1 Unfallverhütungsvorschrift „Hebebühnen“ (VBG 14).

Zur Sicherheitskennzeichnung von Fahrzeugen siehe auch § 35 Abs. 6 Straßenverkehrsordnung (StVO) und DIN 30 710 „Sicherheitskennzeichnung von Fahrzeugen und Geräten“.

Fahrzeugaufbauten, Aufbauteile, Einrichtungen und Hilfsmittel zur Ladungssicherung

§ 22

(1) Fahrzeugaufbauten müssen so beschaffen sein, dass bei bestimmungsgemäßer Verwendung des Fahrzeuges die Ladung gegen Verutschen, Verrollen, Umfallen, Herabfallen und bei Tankfahrzeugen gegen Auslaufen gesichert ist oder werden kann. Ist eine Ladungssicherung durch den Fahrzeugaufbau allein nicht gewährleistet, müssen Hilfsmittel zur Ladungssicherung vorhanden sein. Pritschenaufbauten und Tieflader müssen mit Verankerungen für Zurrmittel zur Ladungssicherung ausgerüstet sein. Satz 3 gilt nicht für Fahrzeuge mit Kippbrücken mit mehr als 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung schließt auch Fahrzeugaufbauten und Ladeflächen von Pkw-Kombi und Kastenwagen (Transportern) ein.

Einrichtungen und Hilfsmittel zur Ladungssicherung können z. B. sein

- Stirnwandverstärkungen oder Prallwände zum Schutz der Führerhausinsassen,
- Rungen,
- Zahnleisten,
- Lademulden (eventuell abdeckbar),
- Zurrwinden (in Verbindung mit Gurten oder Seilen),
- Ankerschienen (in Verbindung mit z. B. Zurrgurten, Seilen, Sperr- oder Ladebalken),
- Zurrpunkte (fest oder beweglich),
- Befestigungsbeschläge für Container,
- Ladehölzer (Keile, Bretter, Kanthölzer),
- rutschhemmende Unter- und Zwischenlagen,
- Ketten, Seile (Natur-, Kunstfaser-, Stahlseile), Zurrgurte,
- Spannschlösser, Spindelspanner,
- Seil- und Kantenschoner,
- Füllmittel (z. B. Aufblaspolster),
- Aufsatzbretter, Rungenverlängerungen,
- Ladegestelle,
- Planen und Netze.

Siehe auch DIN 75 410-1 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen; Zurrpunkte an Nutzfahrzeugen zur Güterbeförderung; Mindestanforderungen“, DIN 75 410-2 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen; Ladungssicherung in Pkw, Pkw-Kombi und Mehrzweck-Pkw“ und DIN 75 410-3 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen; Ladungssicherung in Kastenwagen“.

Hinsichtlich der Hilfsmittel zur Ladungssicherung beim Transport von Langmaterial (z. B. Rohre, Profile, Masten, Holzstämme) siehe auch Abschnitt 4.3.1 der BG-Regel „Transport von Langholz“ (BGR 185 bisher ZH 1/588).

(2) Abnehmbare An- und Aufbauten sowie deren Teile müssen gegen unbeabsichtigtes Lösen gesichert werden können.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn

- Aufsetztanks,
- Container,
- Wechselaufbauten und deren Stützen,

- Auffahrrampen,
- Bordwände,
- Rungen, Rungenverlängerungen

formschlüssig gegen unbeabsichtigtes Lösen gesichert sind oder gesichert werden können. Grundsätzlich ist formschlüssigen Sicherungen der Vorzug vor kraftschlüssigen Sicherungen zu geben.

Siehe hierzu „Richtlinie über die Verbindung zwischen Container und Fahrzeug“ zu § 31 StVZO und Abschnitt 4.3.3.2 BG-Regel „Transport von Langholz“ (BGR 185 bisher ZH 1/588).

(3) Bewegliche An- und Aufbauteile, deren unbeabsichtigte Bewegungen Verletzungsgefahr hervorrufen können, müssen gegen solche Bewegungen gesichert sein oder gesichert werden können.

Durchführungsanweisung:

Bewegliche An- und Aufbauteile in diesem Sinne sind z. B. Bordwände, Klappungen, Auffahrrampen, Türen, Rollläden, Motorhauben, Motorklappen, Kofferraumklappen von Kraftomnibussen.

Diese Forderung ist bei Türen von Laderäumen z. B. erfüllt durch Türfeststeller, mit denen die geöffneten Türen in den Endstellungen kraft- oder formschlüssig gesichert werden können.

Bei Laderaumtüren, an denen betriebsmäßig Ladungsdruck (z. B. durch Schüttgüter) anliegen kann, ist die Forderung z. B. erfüllt, wenn die vollständige Entriegelung der Türen von einem sicheren seitlichen Standort aus erfolgen kann.

Bei federkraftunterstützten klappbaren An- und Aufbauteilen, z. B. Auffahrrampen, ist diese Forderung erfüllt, wenn die Federheber formschlüssig mit diesen An- oder Aufbauteilen verbunden sind.

Bei Auswahl und Bemessung von Sicherungen für bewegliche An- und Aufbauteile, insbesondere Kofferraum- oder Motorklappen, sind auch Einwirkungen durch Klappengröße, Klappengewicht, Windkräfte und Schräglage des Fahrzeuges im Gefälle zu berücksichtigen.

Bei Verwendung von Gasdruckfedern an Klappen von Nutzkraftwagen und deren Anhängerfahrzeugen ist diese Forderung z. B. erfüllt, wenn

- zusätzlich selbsttätig einfallende mechanisch-formschlüssige Sicherungen eingebaut sind
oder
- bei Vorhandensein mehrerer Gasdruckfedern bei Ausfall einer dieser Gasdruckfedern gewährleistet ist, dass die geöffnete Klappe in Endstellung gehalten wird.

Auch bei anderen beweglichen An- und Aufbauteilen kann es zweckmäßig sein, zusätzlich formschlüssige Sicherungen vorzusehen.

Die Sicherung gegen unbeabsichtigte Bewegungen bedeutet bei kraftbetätigten Türen z. B. auch, dass sichergestellt ist, dass beim Umschalten von Hand- auf Kraftbetrieb gefährdende Bewegungen der Türflügel nicht eingeleitet werden.

Siehe auch § 35 e Abs. 5 StVZO und „Richtlinien für fremdkraftbetätigte Fahrgasttüren in Kraftomnibussen“ zu § 35 e Abs. 5 StVZO.

(4) Kipp-, Hub- oder Schwenkeinrichtungen an Fahrzeugen müssen durch eine Einrichtung oder durch Lage und Form der Stellteile gegen unbeabsichtigte Betätigung gesichert sein oder werden können. Stellteile für das Kippen von Absetzkippmulden müssen so angeordnet sein, dass sie nur von außerhalb des Führerhauses aus betätigt werden können.

Durchführungsanweisung:

Die Forderung des Satzes 1 ist z. B. erfüllt durch

- mechanische Verriegelung der Stellteile,
- hydraulische Verriegelung des Steuersystems,
- elektromagnetische Entriegelung des Steuersystems, sofern eine Anzeige der Verriegelung durch Kontrolleinrichtung (Kontrollleuchte) erfolgt,
- Abdeckung der Stellteile,
- Lage und Formgebung der Elemente.

Siehe auch Verlautbarung des Bundesministeriums für Verkehr zu § 30 StVZO „Sicherung von Kippeinrichtungen sowie von Hub- und sonstigen Arbeitsgeräten an Straßenfahrzeugen“.

Zur Anordnung der Stellteile siehe § 11 Abs. 2 Unfallverhütungsvorschrift „Kraftbetriebene Arbeitsmittel“ (VBG 5) und Abschnitt 1.2.2 Anhang 1 der Richtlinie 98/37/EG.

Die Forderung des Satzes 2 bezieht sich nur auf die Anordnung der Stellteile für das Kippen von Absetzkippmulden; die Stellteile für das Aufnehmen und das Absetzen können demnach von diesen getrennt, z. B. im Führerhaus, angeordnet sein.

Siehe auch BG-Regel „Austauschbare Kipp- und Absetzbehälter“ (BGR 186 bisher ZH 1/589).

(5) Kippbare oder anhebbare Fahrzeugaufbauten müssen so gestaltet sein, dass sie in gekipptem oder angehobenem Zustand mindestens in einer Stellung formschlüssig gegen Absinken gesichert werden können.

Dies gilt nicht für

- 1. die Luftfederung von Fahrzeugen,**
- 2. Fahrzeuge mit mehrkreisigem hydraulischem Achslastausgleich, sofern bei Ausfall eines Hydraulikkreises die dadurch bewirkte Aufbauneigung so gering ist, dass die Gefahr des Umsturzes des Fahrzeuges und des Verrutschens oder Herabfallens der Ladung sicher vermieden ist**
und
- 3. fahrzeugeigene Einrichtungen zum Aufnehmen und Absetzen von Wechselaufbauten und Wechselbehältern mit Stützeinrichtungen.**

Durchführungsanweisung:

Kippbare oder anhebbare Fahrzeugaufbauten sind z. B.

- kippbare Führerhäuser,
- Kippbrücken,
- höhenverstellbare Ladebrücken,
- höhenverstellbare Zwischenböden,
- absenkbare obere Ladeebenen von Autotransportern.

Keine anhebbaren Fahrzeugaufbauten im Sinne dieser Vorschrift sind

- Sattelanhänger
oder
- Wechselaufbauten

mit höhenverstellbaren Stützeinrichtungen.

Für hydraulische, pneumatische und mechanische Hubeinrichtungen kippbarer oder anhebbarer Fahrzeugaufbauten siehe Unfallverhütungsvorschrift „Winden, Hub- und Zugeräte“ (BGV D 8 bisher VBG 8).

Für Hubarbeitsbühnen, Hubladebühnen, Kippbühnen, die mit dem Fahrzeug verbunden sind, siehe Unfallverhütungsvorschrift „Hebebühnen“ (VBG 14).

Für Fahrzeuge mit Drehleitern, z. B. Hubrettungsfahrzeuge, siehe DIN 14 701-2 „Hubrettungsfahrzeuge; Drehleitern mit maschinellm Antrieb“ und DIN 14 702 „Drehleiter DL 16-4, mit Handantrieb“. Für Anhängeleiter siehe auch DIN 14 703 „Anhängeleiter AL 16-4“.

Formschlüssige Sicherungen sind z. B.

- Abstützungen,
- Verriegelungen.

Formschlüssigen Sicherungen gleichzusetzen sind in Hydraulikanlagen z. B.:

- Absperreinrichtungen oder entsperrbare Rückschlagventile (z. B. Lasthalteventile), wenn diese unmittelbar am Hydraulikzylinderausgang angebracht oder in den Zylinder integriert sind,
- Zweikreisssysteme mit zweiseitig wirkenden Rückschlagventilen oder Hydraulikzylindern (Zweikammer-Hydraulikzylindern), bei denen bei Ausfall eines Hydraulikkreises der andere die Funktion sicherstellt und der Ausfall leicht erkennbar ist oder angezeigt wird,
- zweiseitig wirkende Rückschlagventile für Achsen mit hydraulischem Achslastausgleich von vielachsigen (mehr als 3 Achslinien) Fahrzeugen (z. B. Tieflader, Plattformfahrzeuge), die bewirken, dass der Leitungsbruch leicht erkennbar ist oder angezeigt wird,

sofern nicht die Hydraulikzylinder unter Zwischenschalten von Seilen oder Ketten mit den kippbaren oder anhebbaren Fahrzeugaufbauten verbunden sind.

Strömungsabhängige Rückschlagventile (z. B. Rohr-/Schlauchbruchsicherungen) sind formschlüssigen Sicherungen nicht gleichzusetzen.

Die durch den Ausfall eines Hydraulikkreises bewirkte Aufbauneigung nach Satz 2 Nr. 2 wird zur Vermeidung von Gefahren auch unter sonst günstigen Voraussetzungen (Fahrzeug-, Fahrzeugaufbau- und Ladungsschwerpunkt niedrig, Kippkanten nahe der äußeren Fahrzeugbegrenzung) nicht mehr als 5° betragen dürfen.

Die Forderungen des § 10 Abs. 1 sind für Absperreinrichtungen z. B. erfüllt, wenn sie von außerhalb des Gefahrenbereiches betätigt werden können.

(6) Ist für die Durchführung von unterwegs vorzunehmenden Instandhaltungsarbeiten das Kippen oder Anheben des Fahrzeugaufbaues erforderlich, muss dafür eine ausreichend bemessene Sicherung nach Absatz 5 am Fahrzeug vorhanden sein.

Durchführungsanweisung:

Unterwegs vorzunehmende Instandhaltungsarbeiten im Sinne dieser Bestimmung sind z. B.

- Radwechsel (Ersatzrad ist unter der Kippbrücke angebracht),
- für die Betriebssicherheit (Verkehrs-, Arbeitssicherheit) erforderliche Reinigungsarbeiten,
- regelmäßig durchzuführende Kontrollarbeiten.

(7) Formschlüssige Sicherungen kippbarer oder anhebbarer Fahrzeugaufbauten müssen selbsttätig wirken, wenn sich Personen betriebs-

mäßig auf oder unter gekippte oder angehobene Fahrzeugaufbauten begeben müssen oder wenn die angehobene Stellung die Transportstellung ist.

Durchführungsanweisung:

„Betriebsmäßig“ beinhaltet z. B.

- Be- und Entladen,
- Arbeiten zur Ladungssicherung.

„Betriebsmäßig“ beinhaltet nicht Instandhaltungsarbeiten.

Kippbare oder anhebbare Fahrzeugaufbauten im Sinne dieser Bestimmung sind z. B.

- höhenverstellbare Zwischenböden,
- absenkbare obere Ladeebenen von Autotransportern,
- kraftbetriebene Auffahrampen,
- anhebbare Heckklappen von Muldenfahrzeugen.

Diese Forderung nach selbsttätiger Wirkung ist z. B. erfüllt, wenn die form-schlüssigen Sicherungen in den Positionen des anhebbaren oder kippbaren Fahrzeugaufbaus wirken, in denen sich Personen darauf oder darunter betriebsmäßig aufhalten müssen und gefährdet werden können.

(8) Das Überschreiten der zulässigen Endstellung von Kipp- oder Hubbewegungen muss verhindert sein.

(9) Maschinell angetriebene Kippfahrzeuge müssen Einrichtungen haben, die dem Fahrzeugführer optisch oder akustisch deutlich wahrnehmbar anzeigen, wenn sich die Kippeinrichtung nicht in der unteren Endstellung befindet. Dies gilt nicht für Fahrzeuge, bei denen die Kippeinrichtung vor dem Platz des Fahrzeugführers angeordnet ist.

Durchführungsanweisung:

Deutlich wahrnehmbar sind Signale, die sich vom Schallpegel des Arbeitsmittels bzw. vom optischen Eindruck der Umgebung deutlich abheben. Siehe auch § 10 Unfallverhütungsvorschrift „Kraftbetriebene Arbeitsmittel“ (VBG 5), DIN EN 457 „Sicherheit von Maschinen; Akustische Gefahrensignale; Allgemeine Anforderungen, Gestaltung und Prüfung“ und DIN EN 842 „Sicherheit von Maschinen; Optische Gefahrensignale; Allgemeine Anforderungen, Gestaltung und Prüfung“.

(10) Von Hand zu betätigende Betätigungseinrichtungen müssen so gestaltet und angebracht sein, dass bei ihrer Betätigung Verletzungen nicht zu erwarten sind.

Durchführungsanweisung:

Von Hand zu betätigende Betätigungseinrichtungen im Sinne dieser Vorschrift sind z. B. Türgriffe, Bordwandverschlüsse, Betätigungsgriffe an Anhänge- und Abschleppkupplungen, Steuerhebel, Ventilhandräder, Handkurbeln.

Diese Forderung schließt ein, dass die Griffe an Schiebetüren, erforderlichenfalls auch Zusatzgriffe, die nur das Schließen ermöglichen, in der Nähe der Hauptschließkanten angeordnet sind.

Zu Stellteilen siehe auch § 10.

(11) Von Hand zu betätigende Verschlüsse an Bordwänden und fahrzeugeigenen Rampen müssen

- 1. so angeordnet sein, dass sie von der Fahrbahn oder einem anderen Arbeitsplatz auf dem Fahrzeug aus in Reichweite liegen,**
- 2. so angeordnet sein, dass sie von außerhalb des Schwenkbereiches der Bordwand oder der Rampe betätigt werden können**
und
- 3. an Fahrzeugen, bei denen die Oberkante der Bordwand oder der Rampe höher als 1,6 m über der Fahrbahn liegt, so gestaltet sein, dass möglicher Ladungsdruck vor vollständiger Entriegelung festgestellt werden kann. Dies gilt nicht für Verschlüsse von Pendelbordwänden.**

Durchführungsanweisung:

Als in Reichweite liegend werden Verschlüsse dann angesehen, wenn die Reichweite nach oben von 2,0 m nicht überschritten wird.

Siehe auch DIN 33 402-2 „Körpermaße des Menschen; Werte“.

Rampen, bei denen Ladungsdruck auftreten kann, sind z. B. solche an Viehtransportfahrzeugen und Pferdeanhängern.

Standsicherheit

§ 23

(1) Fahrzeuge mit Kipp-, Hub- oder Schwenkeinrichtungen bzw. -aufbauten müssen so ausgelegt sein, dass die Standsicherheit in jeder Stellung dieser Einrichtungen bzw. Aufbauten bei bestimmungsgemäßer Verwendung gewährleistet ist. Erforderlichenfalls müssen geeignete Abstützeinrichtungen vorhanden sein.

Durchführungsanweisung:

Abstützeinrichtungen sind geeignet, wenn diese durch Selbsthemmung oder Formschluss gesichert sind oder gesichert werden können.

Siehe auch Durchführungsanweisung zu § 22 Abs. 5.

Zu Standsicherheitsanforderungen siehe auch

- für Fahrzeuge mit Hubladebühnen (Ladebordwänden): § 15 Abs. 1 Unfallverhütungsvorschrift „Hebebühnen“ (VBG 14),
- für Absetzkipper: DIN 30 723 „Absetzkipperfahrzeuge; Absetzkippeinrichtung; Anforderungen“,
- für Wechselladerfahrzeuge: DIN 14 505 „Feuerwehrfahrzeuge; Wechselladerfahrzeuge mit Abrollbehältern; Allgemeine Anforderungen“,
- für gleislose Fahrzeugkrane und Fahrzeuge mit Ladekranen: DIN 15 019 -2 „Krane; Standsicherheit für gleislose Fahrzeugkrane; Prüfbelastung und Berechnung“, BG-Information „Sicherer Betrieb von gleislosen Fahrzeugkranen“ (BGI 672 bisher ZH 1/556) und „Sicherer Umgang mit Lkw-Ladekranen“ (BGI 610 bisher ZH 1/283),
- für fahrbare Hubarbeitsbühnen: DIN 15 120 „Serienhebezeuge; Fahrbare Hubarbeitsbühnen, Berechnungsgrundsätze und Standsicherheit“,
- für Hubrettungsfahrzeuge: DIN 14 701-1 „Hubrettungsfahrzeuge; Zweck, Begriffe, Sicherheitseinrichtungen, Anforderungen“,
- für Drehleitern: DIN 14 702 „Drehleiter DL 16-4, mit Handantrieb“,
- für Anhängelleitern: DIN 14 703 „Anhängelleiter AL 16-4“.

Bei Dumpern ist die Forderung z. B. erfüllt, wenn bei angehobener Mulde

- der Schwerpunkt des Nenninhaltes, ermittelt nach DIN ISO 7546 „Erdbaumaschinen; Lader und Bagger; Nenninhalt von Ladeschaufeln“ mit einem Böschungswinkel von 2:1, vor der letzten Hinterachse liegt
und
- die Vorderachslast mindestens 10 % des Fahrzeugleergewichtes beträgt.

Bei Dumpern mit Knicklenkung wird die Standsicherheitsermittlung in eingeknicktem Zustand untersucht.

Für Maschinen, die in den Anwendungsbereich der Maschinenverordnung fallen, ist die Standsicherheit in Anhang 1 der Richtlinie 98/37/EG geregelt.

(2) Bei Abschleppwagen mit Hubarm und Garagentransportfahrzeugen mit Absetzeinrichtung muss das Verhältnis der Summe aller Standmomente zur Summe aller Kippmomente mindestens 1,3 betragen.

Arbeitsplätze auf Fahrzeugen

§ 24

(1) Arbeitsplätze auf Fahrzeugen, die betriebsmäßig begangen werden, müssen einen sicheren Aufenthalt gewährleisten; insbesondere müssen

1. Laufstege eine Breite von mindestens 0,4 m haben;

Durchführungsanweisung zu Nr. 1 und Nr. 6:

Bei Autotransportern gelten die Fahrbahnen auf den Ladeebenen als Laufstege.

2. beiderseitige Laufstege mit einer jeweiligen Breite von mindestens 0,4 m an Behälterfahrzeugen vorhanden sein, sofern die Arbeitsweise dies erfordert;

Durchführungsanweisung:

Die Arbeitsweise erfordert z. B. beiderseitige Laufstege, wenn die Arbeitsplätze auf den Fahrzeugen an Befüllanlagen von stationären Bühnen aus wechselweise sowohl von der rechten als auch von der linken Seite begangen werden.

3. Laufstege so lang sein, dass sie über die letzte zu betätigende Einrichtung um mindestens 0,5 m hinausragen;

Durchführungsanweisung:

Zu betätigende Einrichtungen im Sinne dieser Vorschrift sind z. B. Befüllöffnungen, Blindverschlüsse, Peileinrichtungen, Be- und Entlüftungseinrichtungen.

4. Standflächen zur Betätigung und Wartung am Fahrzeugaufbau angebrachter Aggregate Abmessungen von mindestens 0,4 m x 0,5 m haben; Standflächen dürfen auch klappbar angeordnet sein, wenn aus verkehrs- oder betriebstechnischen Gründen eine feste Anbringung nicht möglich ist;

5. Arbeitsbühnen an Füll- und Anschlusseinrichtungen von Fahrzeugaufbauten vorhanden sein, die die Außenkanten der zu betätigenden Einrichtungen allseitig um mindestens 0,5 m umgeben, wenn kein durchgehender Laufsteg in Fahrzeuglängsrichtung vorhanden ist;

Durchführungsanweisung:

Zu betätigende Einrichtungen im Sinne dieser Vorschrift sind z. B. Befüllöffnungen, Blindverschlüsse, Peileinrichtungen, Be- und Entlüftungseinrichtungen.

6. Laufstege, Standflächen und Arbeitsbühnen nach Nummern 1 bis 5 aus rutschhemmenden Rosten bestehen;

Durchführungsanweisung:

Die Forderung nach rutschhemmender Gestaltung der Roste ist z. B. erfüllt, wenn diese der Bewertungsgruppe R 12 oder R 13 der BG-Regel „Fußböden in Arbeitsräumen und Arbeitsbereichen mit Rutschgefahr“ (BGR 181 bisher ZH 1/571) entsprechen.

Bei solchen Sattelzugmaschinen zur Beförderung gefährlicher Güter, die aus Brandschutzgründen nach dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)“ mit Abdeckungen ausgerüstet sein müssen, kann es erforderlich sein, zusätzlich noch rutschhemmende Roste als Arbeitsplatz zur Herstellung der Leitungsverbindungen anzubringen.

7. Haltegriffe oder andere gleichwertige Haltemöglichkeiten den Laufstegen, Standflächen oder Arbeitsbühnen nach Nummern 1 bis 5 zugeordnet sein.

Durchführungsanweisung:

Andere Haltemöglichkeiten können z. B. Geländer sein.

Durchführungsanweisung zu Abs. 1:

Betriebsmäßiges Begehen von Arbeitsplätzen auf Fahrzeugen liegt vor, wenn insbesondere

- Be- und Entladerarbeiten,
- Arbeiten zur Ladungssicherung,
- Betätigung von Einrichtungen, Aggregaten oder Stellteilen des Fahrzeuges,
- Überwachung von Arbeitsabläufen,
- Füllstandskontrollen,
- Probenahmen,
- Kontrollarbeiten

nicht vom Boden aus möglich sind, sondern den Aufenthalt von Personen auf dem Fahrzeug erfordern.

Behälterfahrzeuge im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift sind Tankfahrzeuge, Silofahrzeuge, Saugfahrzeuge.

Bei Sattelzugmaschinen, bei denen der Anschluss der Verbindungsleitungen von der Fahrbahn aus nicht möglich ist oder von denen aus Fahrzeugaufbauten, erforderlichenfalls auch Container, betreten werden müssen, ist diese Forderung z. B. erfüllt, wenn dafür ein besonderer Arbeitsplatz vorhanden ist.

Zur Gestaltung von Arbeitsplätzen auf Fahrzeugen siehe auch Anhang 2.

(2) Arbeitsplätze auf Fahrzeugen, die 2 m oder höher über dem Boden liegen und betriebsmäßig begangen werden, müssen mit feststehenden, mindestens 1 m hohen Geländern ausgerüstet sein. Ist die Anbringung von feststehenden Geländern aus verkehrs- oder betriebstechnischen Gründen nicht durchführbar, müssen leicht und gefahrlos zu betätigende klappbare oder versenkbare Geländer vorhanden sein. Geländer dürfen jedoch nicht nach außen klappbar sein.

Durchführungsanweisung:

Geländer bestehen aus Stützen, Handlauf, Knieleiste und Fußleiste. Geländer und Pfosten müssen derart bemessen und die Verankerung und Verbindungen der Geländerteile so ausgeführt sein, dass das Geländer einer an seiner Oberkante angreifenden Horizontalkraft von 300 N (30 kp) standhält.

Die Forderung nach Ausrüstung der Arbeitsplätze mit Geländern bedeutet, dass bei Vorhandensein mehrerer Laufstege jedem ein Geländer zuzuordnen ist. Bei Laufstegen, die in Längsmittelachse auf dem Behälterfahrzeug verlaufen (Mittellaufsteg) und ausschließlich dem Zugang zu Arbeitsplätzen dienen, ist diese Forderung z. B. erfüllt, wenn diese auf einer Seite mit einem Geländer ausgerüstet sind.

Die Forderung nach gefahrloser Betätigung der Geländer ist z. B. erfüllt, wenn diese von einem sicheren Standort aus aufgestellt und abgesenkt werden können.

(3) Abweichend von Absatz 1 Nr. 1 darf bei Autotransportern in beladenem Zustand die geforderte Laufstegbreite unterschritten sein.

(4) Abweichend von Absatz 1 Nr. 1 und 6 ist die Ausrüstung von Feuerwehrfahrzeugen mit mindestens 0,3 m breiten Laufstegen mit rutschhemmend ausgeführten Oberflächen zulässig.

(5) Abweichend von Absatz 2

1. können Autotransporter anstelle mit Geländern mit 1 m hohen, abnehmbaren Absturzsicherungen ausgerüstet sein, die aus vier, in gleichen Abständen übereinander angeordneten, nachspannbaren Seilen bestehen; Unterbrechungen der Absturzsicherungen sind zulässig, soweit diese technisch notwendig sind;

Durchführungsanweisung:

Die Abnehmbarkeit von Absturzsicherungen erfordert Staumöglichkeiten auf dem Autotransporter.

Seile erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie straff gespannt sind.

Unterbrechungen der Absturzsicherungen sind z. B. an den Durchstiegsöffnungen der Aufstiegsleitern und im Übergangsbereich vom Zugfahrzeug zum Anhängerfahrzeug technisch notwendig.

An Arbeitsflächen auf Autotransportern, die nur in abgesenkter Stellung begangen werden, sind entsprechend der Forderung des Absatzes 2 Absturzsicherungen in den Bereichen entbehrlich, die sich in abgesenkter Stellung nicht mehr als 2 m über dem Boden befinden.

- 2. kann bei Feuerwehrfahrzeugen auf die Anbringung von Geländern verzichtet werden; in diesem Fall müssen die Laufstege so weit wie möglich zur Längsmittelachse des Fahrzeuges hin angeordnet sein.**

Ein- und Ausstiege, Aufstiege

§ 25

(1) Plätze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer müssen gefahrlos erreicht und verlassen werden können. Insbesondere müssen Aufstiege mit ausreichend breiten und tiefen Trittflächen mit rutschhemmender Oberfläche sowie griffgünstig angebrachte Haltegriffe oder andere gleichwertige Halteeinrichtungen vorhanden sein.

Durchführungsanweisung:

Aufstiege, bestehend aus Stufen bzw. Sprossen und Haltestangen bzw. Haltegriffen, sind dann zweckmäßig ausgebildet, wenn sich eine Person jeweils gleichzeitig an drei Punkten abstützen kann (mit 2 Händen und einem Fuß oder mit 2 Füßen und einer Hand).

Zu Ein- und Ausstiegen, Aufstiegen siehe Anhang 2 „Ein- und Ausstiege, Aufstiege, Arbeitsplätze auf Fahrzeugen“.

Siehe auch „Führerhausrichtlinien“ zu § 30 StVZO und „Richtlinie des Rates vom 27. Juli 1970 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Türen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern“ (70/387/EWG), in der Fassung der Richtlinie 98/90/EG.

Zu Einstiegshilfen siehe auch „Richtlinien für fremdkraftbetriebene Einstiegshilfen an Kraftomnibussen“ zu § 35d StVZO, DIN 32 983 „Fahrzeuggebundene Hubeinrichtungen für Rollstuhlbenutzer und andere mobilitätsbehinderte Personen; Sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfung“ und DIN 32 985 „Fahrzeuggebundene Rampen für Rollstuhlbenutzer und andere mobilitätsbehinderte Personen; Sicherheitstechnische Anforderungen und Prüfung“.

Zur Gestaltung von Stehplätzen für Müllwerker an Müllsammelfahrzeugen siehe auch § 8 Abs. 4 und Anhang 3 „Stehplätze an Müllsammelfahrzeugen“ und DIN EN 1501-1 „Abfallsammelfahrzeuge und die dazugehörigen Schüttungen; Allgemeine Anforderungen und Sicherheitsanforderungen; Teil 1: Hecklader“.

Zur Gestaltung von Zugängen zu Dumpern siehe auch DIN ISO 2867 „Erdbaumaschinen; Zugänge“.

(2) Die Anforderungen des Absatzes 1 gelten auch für

1. Arbeitsplätze auf Fahrzeugaufbauten, die betriebsmäßig begangen werden müssen,

Durchführungsanweisung:

Zum Begriff „Arbeitsplätze auf Fahrzeugen“ siehe auch Durchführungsanweisung zu § 24 Abs. 1.

Gefahrloses Erreichen von Arbeitsplätzen auf Fahrzeugen bedeutet bei zwei angebrachten Laufstegen auf Behälterfahrzeugen, dass mindestens ein Aufstieg (z. B. Steigleiter) zum Erreichen der Laufstege vorhanden ist. Ist bei zwei Laufstegen nur ein Aufstieg vorhanden, wird das gefahrlose Erreichen von Arbeitsplätzen durch einen zweckmäßig angeordneten Verbindungssteg ermöglicht.

Zur Gestaltung von Aufstiegen siehe auch Anhang 2 und „Führerhausrichtlinien“ zu § 30 StVZO. Für Aufstiege zur Windschutzscheibenreinigung siehe auch „Richtlinien für die Sicht aus Kraftfahrzeugen“ zu § 35 b Abs. 2 StVZO, hier insbesondere Absatz 7 Nr. 3: „Die Windschutzscheiben müssen zur gefahrlosen Reinigung ohne besondere Hilfsmittel von außen zugänglich sein“.

Zur Gestaltung der Aufstiege an Feuerwehrfahrzeugen siehe auch DIN 14 502-2 „Feuerwehrfahrzeuge; Allgemeine Anforderungen“.

2. Kippbrücken auf Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 7,5 t,

3. Kippbrücken auf Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7,5 t, die auf Grund wechselnder Beladung betriebsmäßig begangen werden.

Durchführungsanweisung:

Wechselnde Beladung im Sinne dieser Bestimmung bedeutet, dass neben Schüttgut auch Stückgüter, Maschinen, Baumaterialien und ähnliches transportiert werden.

(3) Ein besonderer fahrzeugeigener Ein- oder Aufstieg ist nicht erforderlich, wenn

1. Einstiege oder Arbeitsplätze auf Fahrzeugen nicht höher als 0,65 m über der Fahrbahn liegen,

Durchführungsanweisung:

Falls die technische Notwendigkeit eine Aufstiegshöhe von 0,65 m nicht erfordert, sollte die unterste Trittstufe nicht höher als 0,5 m über der Fahrbahn liegen. Aus ergonomischen Gesichtspunkten ist eine niedrigere Höhe der ersten Stufe anzustreben.

- 2. bei Fahrzeugen, die für die Beförderung von mehr als 8 Personen eingerichtet sind, Mitfahrereinstiege nicht höher als 0,4 m über der Fahrbahn liegen,**
- 3. geeignete Teile der Konstruktion die Funktion eines Aufstieges übernehmen,**

Durchführungsanweisung:

Teile der Konstruktion sind dann als Aufstieg geeignet, wenn sie den Forderungen des § 25 Abs. 1 dieser Unfallverhütungsvorschrift und der Unfallverhütungsvorschrift „Leitern und Tritte“ (BGV D 36 bisher VBG 74) entsprechen.

- 4. Fahrzeuge zum Aufstieg auf Ladeflächen mit geeigneten Leitern ausgerüstet sind.**

Durchführungsanweisung:

Siehe hierzu auch Unfallverhütungsvorschrift „Leitern und Tritte“ (BGV D 36 bisher VBG 74).

(4) Als Aufstiege sind unzulässig

- 1. Reifen,**
- 2. ringförmige Tritte an Radnaben oder Felgen,**
- 3. Sprossen mit rundem Querschnitt.**

(5) In Geldtransportfahrzeugen mit nur einer Außentür muss zusätzlich mindestens ein Notausstieg vorhanden sein, der sich nicht auf derselben Seite wie die Außentür befinden darf.

Durchführungsanweisung:

Notausstiege haben mindestens lichte Maße von 600 x 600 mm.

Einrichtungen gegen Kippen von Anhängfahrzeugen in Längsrichtung

§ 26

(1) Einachsige Anhängfahrzeuge, die bei gleichmäßiger Lastverteilung eine Stützlast von mehr als 50 kg haben, müssen mit Einrichtungen versehen sein, mit denen das Kippen nach vorn verhindert werden kann.

Durchführungsanweisung:

Kippen von einachsigen Anhängfahrzeugen nach vorn kann z. B. durch geeignete feste oder klappbare, höhenverstellbare Stützen verhindert werden.

Siehe auch § 2 Abs. 1 und § 28 Abs. 8.

(2) Einachsige Nachläufer, die nur durch die Ladung mit dem ziehenden Fahrzeug verbunden werden, müssen mit Einrichtungen versehen sein, die ein Kippen in Längsrichtung während der Fahrt verhindern.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch Abschnitte 4.3.5.1 und 4.3.5.2 der BG-Regel „Transport von Langholz“ (BGR 185 bisher ZH 1/588).

(3) Einachsige Anhängerfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 2000 kg und einachsige Nachläufer, die beim Be- und Entladen in Längsrichtung kippen können, müssen Einrichtungen haben, mit denen das Kippen in Längsrichtung verhindert werden kann.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch Durchführungsanweisung zu § 2 Abs. 1 und zu § 26 Abs. 1.

(4) Stützeinrichtungen an Sattelanhängern, die den beladenen abgesattelten Sattelanhänger nicht tragen können, müssen deutlich erkennbar und dauerhaft mit der Aufschrift „Nur den leeren Anhänger absatteln! Den abgesattelten Anhänger nicht beladen!“ gekennzeichnet sein.

Rangierachsen

§ 27

(1) Rangierachsen/Dollyachsen sind in einachsiger Bauweise nur zulässig, wenn sie mit Einrichtungen versehen sind, die ein Ausschlagen der Zuggabel nach oben und unten verhindern.

Durchführungsanweisung:

Das Ausschlagen der Zuggabel nach oben oder unten hat beim Kuppelvorgang wiederholt zu schweren und zu tödlichen Unfällen geführt.

Ferner können bei Bremsvorgängen an der Anhängerkupplung des ziehenden Fahrzeuges unzulässig hohe Stützlasten auftreten.

(2) Rangierachsen nach Absatz 1 müssen deutlich erkennbar und dauerhaft mit einem runden weißen Schild mit einem Durchmesser von 200 mm und der Aufschrift „25“ gekennzeichnet sein.

Einrichtungen zur Verbindung von Fahrzeugen, Freiräume

§ 28

(1) Einrichtungen zur Verbindung von Fahrzeugen müssen so beschaffen sein, dass sie den im Betrieb zu erwartenden Beanspruchungen

standhalten. Gegen unbeabsichtigtes Lösen muss eine formschlüssige Sicherung vorhanden sein. Einrichtungen zur Verbindung von Fahrzeugen müssen sich gefahrlos und leicht betätigen lassen. Die Wirksamkeit der formschlüssigen Sicherung muss durch Sichtkontrolle ohne Behinderung festgestellt werden können.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn

- Handhebel von Anhängerkupplungen handgerecht ausgeführt sind (gegebenenfalls balliges Handhebelende),
- bei Anhängerkupplungen mit horizontal beweglichem Fangmaul dieses im kuppelbereiten Zustand (in Normalstellung) selbsttätig festgestellt wird.

Siehe auch

„Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 1994 über mechanische Verbindungseinrichtungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie ihre Anbringung an diesen Fahrzeugen“ (94/20/EG).

ECE-Regelung 102 „Kurzkupplungseinrichtungen (KKE) einschließlich Anbau am Fahrzeug“.

DIN 11 025	„Landmaschinen und Ackerschlepper; Nichtselbsttätige Anhängerkupplung“,
DIN 15 170	„Flurförderzeuge; Anhängerkupplungen; Anschlussmaße, Anforderungen, Prüfung“,
DIN 33 401	„Stellteile; Begriffe, Eignung, Gestaltungshinweise“,
DIN 74 040	„Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhängerfahrzeuge; Zuggabeln; Anschlussmaße“,
DIN 74 050	„Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und deren Anhänger; Maße für die Austauschbarkeit im grenzüberschreitenden Verkehr“,
DIN 74 051-1	„Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 40; Maße und Rechenwerte“,
DIN V 74 051-10	„Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 40; Zusätzliche Angaben für das Mitführen von Zentralachsanhängern“,
DIN 74 052-1	„Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 50; Maße und Rechenwerte“,

- DIN V 74 052-10 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 50; Zusätzliche Angaben für das Mitführen von Zentralachsanhängern“,
- DIN 74 053-1 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Zugöse 50; Teil 1: Mit Buchse“,
- DIN V 74 053-10 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Zugöse 50 mit Buchse; Zusätzliche Angaben für die Verwendung an Zentralachsanhängern“,
- DIN 74 054-1 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Zugöse 40 mit Buchse“,
- DIN V 74 054-10 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Zugöse 40 mit Buchse; Zusätzliche Angaben für die Verwendung an Zentralachsanhängern“,
- DIN 74 058 „Kupplungskugel; Maße, Freiräume“,
- DIN 74 070 „Straßenfahrzeuge; Bauraum von Zugkugelpkupplungen“,
- DIN 74 075-1 Hydraulikkupplungen an Lastkraftwagen und Sattelzugmaschinen; Teil 1: Anordnung der Hydraulikkupplungen“,
- DIN 74 080 „Mechanische Verbindungen für Sattelkraftfahrzeuge; Zug-sattelzapfen 50; Funktions- und Einbaumaße, Anforderungen“,
- DIN 74 081 „Mechanische Verbindungen für Sattelkraftfahrzeuge; Sattelkupplung 50; Maße, Anforderungen“,
- DIN 74 083 „Mechanische Verbindungen für Sattelkraftfahrzeuge; Zug-sattelzapfen 90; Funktions- und Einbaumaße, Anforderungen“,
- DIN 74 084 „Mechanische Verbindungen für Sattelkraftfahrzeuge; Sattelkupplung 90; Maße, Anforderungen“,
- DIN 74 086 „Straßenfahrzeuge; Statische Stützlast für den Anhängerbetrieb“,
- DIN EN 349 „Sicherheit von Maschinen; Mindestabstände zur Vermeidung des Quetschens von Körperteilen“.

Abschleppösen, Abschlepphaken, Abschleppkupplungen (z. B. nach DIN 74 056), Abschleppseile, Abschleppstangen sind keine Einrichtungen im Sinne dieser Bestimmungen.

(2) Zur gefahrlosen Betätigung von Bolzenkupplungen müssen ausreichende Freiräume um den Handhebel vorhanden sein.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn die Freiräume nach Anhang 1 „Freiraummaße bei Bolzenkupplungen“ eingehalten sind.

(3) Anhängekupplungen müssen selbsttätig wirken, damit beim Kuppelvorgang keine Person zwischen die Fahrzeuge treten muss. Insbesondere müssen

- 1. Sattelkupplungen mit einer Leiteinrichtung,**
- 2. Bolzenkupplungen mit einem Fangmaul**

ausgerüstet sein. Das Fangmaul der Bolzenkupplung muss ausreichend bemessen sein.

Durchführungsanweisung:

Maße für ausreichende Fangmaulabmessungen sind enthalten in DIN 74 051-1 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 40; Maße und Rechenwerte“, DIN 74 052-1 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 50; Maße und Rechenwerte“.

Leiteinrichtungen für Sattelkupplungen siehe DIN 74 081 „Mechanische Verbindungen für Sattelkraftfahrzeuge; Sattelkupplung 50; Maße, Anforderungen“ und DIN 74 084 „Mechanische Verbindungen für Sattelkraftfahrzeuge; Sattelkupplung 90; Maße, Anforderungen“.

(4) Absatz 3 Satz 1 gilt nicht bei

- 1. Zugmaschinen oder selbstfahrenden Arbeitsmaschinen, die so gebaut sind, dass der Fahrzeugführer den Kuppelvorgang von seinem Platz aus beobachten kann,**
- 2. maschinell angetriebenen Fahrzeugen mit Kupplungskugel zur Verbindung mit einachsigen Anhängfahrzeugen mit Zugkugelpkupplung mit einer vom Hersteller angegebenen zulässigen Achslast von nicht mehr als 3000 kg,**
- 3. Anhängfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis 5000 kg,**
- 4. Krafträdern und Personenkraftwagen,**
- 5. Autotransportern mit zwei Ladeebenen, bei denen das Anhängfahrzeug betriebsmäßig nicht vom Zugfahrzeug getrennt wird.**

(5) Bei selbsttätigen Bolzenkupplungen darf der Abstand zwischen Mitte Kuppelbolzen und Hinterkante Fahrzeugaufbau 420 mm nicht überschreiten.

(6) Bei nachweislicher technischer Notwendigkeit kann der Abstand von 420 mm nach Absatz 5 überschritten werden

- 1. bis zu einem Abstand von 650 mm bei Fahrzeugen mit kippbaren Aufbauten oder Heckanbaugeräten,**
- 2. bis zu einem Abstand von 1320 mm, wenn die lichte Höhe wenigstens 1150 mm beträgt,**
- 3. bei Vorhandensein einer geeigneten Fernbetätigungseinrichtung für die Anhängerkupplung,**
- 4. bei Autotransportern mit zwei Ladeebenen, bei denen das Anhängerfahrzeug betriebsmäßig nicht vom Zugfahrzeug getrennt wird, sofern die sichere Betätigung der Anhängerkupplung nicht beeinträchtigt wird. Die Wirksamkeit der formschlüssigen Sicherung kann abweichend von Absatz 1 Satz 4 durch besondere Einrichtungen festgestellt werden.**

Durchführungsanweisung:

Unter dem Begriff der technischen Notwendigkeit ist zu verstehen, dass alle konstruktiven Möglichkeiten voll ausgeschöpft sind, um bei zumutbarem wirtschaftlichem Aufwand die in Absatz 5 geforderten 420 mm einzuhalten. Zum Beispiel können Verlängerungseinrichtungen in Verbindung mit einer zweiten Anhängerkupplung eine Lösung ergeben.

Die Forderung nach sicherer Betätigung ist z. B. erfüllt, wenn

- die Betätigung der Anhängerkupplung oder der Fernbetätigungseinrichtung leicht und gefahrlos möglich ist,
- die Überprüfung des Kontrollanzeigers der Anhängerkupplung (z. B. durch Ertasten) leicht und sicher möglich ist; unter Berücksichtigung der Armreichweiten bedeutet dies einen Abstand von der Mittellinie durch den Kontrollanzeiger bis zur Hinterkante des Fahrzeugaufbaus von nicht mehr als 550 mm,
- die Länge der Zugdeichsel bzw. Zuggabel das Maß der Verlängerung des hinteren Überhangs berücksichtigt,
- zugfahrzeugseitig nur selbsttätige Anhängerkupplungen und anhängerseitig Höheneinstelleinrichtungen verwendet werden,
- Gefahrstellen, wie Kanten, Ecken, in diesem Bereich konstruktiv vermieden bzw. so gesichert sind, dass Verletzungen nicht zu erwarten sind,
und
- beim Abkuppeln der Fluchtweg nach beiden Seiten nicht durch Aufbauteile eingeengt bzw. versperrt wird.

(7) Zuggabeln von mehrachsigen Anhängfahrzeugen müssen bodenfrei sein; die Bodenfreiheit muss mindestens 200 mm betragen. Die Zugöse muss jeweils in Höhe des Fangmauls der Bolzenkupplung einstellbar sein.

Durchführungsanweisung:

Die Bodenfreiheit der Zuggabel ist erforderlich, um Fußverletzungen beim Abkuppeln durch die herabfallende Zuggabel zu vermeiden. Dies setzt voraus, dass die aus horizontaler Lage herabfallende Zuggabel das Maß von 200 mm nicht unterschreitet.

Die Forderung nach Einstellbarkeit der Zugöse in Höhe des Fangmauls wird z. B. durch die Ausrüstung der Zuggabel mit Höheneinstelleinrichtung (HEE) erfüllt.

(8) Stützeinrichtungen an Sattelanhängern und an einachsigen Anhängfahrzeugen müssen höhenverstellbar sein, damit die Zugeinrichtungen auf Kupplungshöhe eingestellt werden können. Dies gilt nicht für Anhängfahrzeuge hinter maschinell angetriebenen Fahrzeugen mit zum Anheben der Deichsel geeignetem Kraftheber.

Durchführungsanweisung:

Diese Unfallverhütungsvorschrift schreibt die Anbringung von Stützeinrichtungen an Sattelanhängern nicht zwingend vor. Sind Stützeinrichtungen montiert, müssen sie Absatz 8 genügen.

Die paarweise Anordnung von Hubwerken als Stützeinrichtungen setzt voraus, dass Hubwerke verwendet werden, die durch ihre Bauart ein gleichmäßiges Heben und Senken gewährleisten.

Für Stützeinrichtungen siehe auch Unfallverhütungsvorschrift „Winden, Hub- und Zugeräte“ (BGV D 8 bisher VBG 8).

Für Stützeinrichtungen an einachsigen Anhängfahrzeugen siehe auch § 26 Abs. 1.

Zum Begriff „einachsige Anhängfahrzeuge“ siehe § 2 Abs. 1.

Räder, Ersatzräder

§ 29

(1) Räder müssen so gebaut sein, dass sie bei bestimmungsgemäßer Verwendung den zu erwartenden Beanspruchungen standhalten.

(2) Fahrzeuge dürfen nicht mit mittenge teilten Felgen, die durch Punktschweißung oder Senkkopf-Schrauben verbunden sind, ausgerüstet sein.

(3) Mittengeteilte Felgen für Luftbereifung müssen so beschaffen sein, dass sie erst geteilt werden können, nachdem sie von der Fahrzeugachse abgenommen worden sind.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist nur dann erfüllt, wenn die Teilung einer Felge nicht möglich ist, solange diese nicht von der Fahrzeugachse abgenommen ist.

Daraus folgt, dass mittengeteilte Felgen z. B. nicht so gebaut sein dürfen, dass die Befestigungsschrauben der beiden Felgenhälften zugleich Anschlussbolzen an die Radnabe sind.

(4) Ersatzräder müssen so am Fahrzeug untergebracht sein, dass sie bei Bedarf leicht und gefahrlos entnommen und wieder angebracht und befestigt werden können.

Durchführungsanweisung:

„Gefahrlos“ bedeutet auch, dass sich beim Entnehmen oder Unterbringen des Ersatzrades Personen nicht unter dem angehobenen Rad aufhalten müssen.

Siehe auch BG-Regel „Ersatzradunterbringungen an Fahrzeugen“ (BGR 105 bisher ZH 1/13).

(5) Ersatzräder müssen aus der Ersatzradunterbringung von nur einer Person entnommen und wieder angebracht werden können. Dies gilt nicht für Feuerwehrfahrzeuge.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch BG-Regel „Ersatzradunterbringungen an Fahrzeugen“ (BGR 105 bisher ZH 1/13).

Bei Verwendung von Winden, Hub- und Zuggeräten als Ersatzradhalterung siehe auch Unfalverhütungsvorschrift „Winden, Hub- und Zuggeräte“ (BGV D 8 bisher VBG 8).

Unterlegkeile

§ 30

(1) Mehrspurige Fahrzeuge müssen wie folgt mit Unterlegkeilen ausgerüstet sein:

1. Ein Unterlegkeil ist erforderlich bei

- **maschinell angetriebenen Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 4000 kg,**

- **zweiachsigen Anhängefahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 750 kg, ausgenommen Sattelanhänger.**

2. Zwei Unterlegkeile sind erforderlich bei

- **drei- und mehrachsigen Fahrzeugen,**
- **Sattelanhängern,**
- **einachsigen Anhängefahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 750 kg.**

Durchführungsanweisung:

Siehe auch DIN 76 051-1 „Unterlegkeile für Kraftfahrzeuge und Anhängfahrzeuge“ und „Richtlinien für die Unterbringung von Unterlegkeilen an Kraftfahrzeugen und deren Anhängern, ausgenommen Personenkraftwagen und Krafträder“ zu §§ 30 und 41 StVZO.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Gleiskettenfahrzeuge.

Warnkleidung

§ 31

(1) Der Unternehmer hat maschinell angetriebene mehrspurige Fahrzeuge mit geeigneter Warnkleidung für wenigstens einen Versicherten auszurüsten.

Durchführungsanweisung:

Warnkleidung im Sinne dieser Bestimmung ist dann als geeignet anzusehen, wenn sie DIN EN 471 „Warnkleidung“ entspricht und dabei folgende Anforderungsmerkmale eingehalten sind:

- Warnkleidungsausführung (Abs. 4.1) mindestens Klasse 2 gemäß Tabelle 1,
- Farbe (Abs. 5.1) ausschließlich fluoreszierendes Orange-Rot gemäß Tabelle 2,
- Mindestrückstrahlwerte (Abs. 6.1) der Klasse 2 gemäß Tabelle 5.

Warnkleidung nach der zurückgezogenen DIN 30 711, die sich noch in ordnungsgemäßigem Zustand befindet, braucht nicht ersetzt zu werden.

Warnkleidung, die der Unternehmer den Versicherten auf Grund der Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschrift „Müllbeseitigung“ (BGV C 27 bisher VBG 126) zur Verfügung zu stellen hat, ist geeignet im Sinne dieser Bestimmung.

Feuerwehrschutzkleidung ist geeignet im Sinne dieser Bestimmung.

Für Versicherte, die gewerbliche Abschlepp-, Bergungsarbeiten, Pannenhilfe oder Instandsetzungsarbeiten durchführen, ist Warnkleidung geeignet im Sinne dieser Bestimmung, wenn diese der Klasse 3 nach Tabelle 1 der DIN EN 471 „Warnkleidung“ entspricht.

Zu Warnkleidung für Personen, die an solchen Fahrzeugen eingesetzt werden, für die Sonderrechte nach § 35 Abs. 6 StVO in Anspruch genommen werden, siehe auch „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO)“ vom 22. Oktober 1998 zu § 35 Abs. 6 StVO zu Ziffer IV.

Die Verpflichtung, Fahrzeuge mit Warnkleidung für wenigstens einen Versicherten auszurüsten, bedeutet, dass Fahrzeuge, die ständig mit Fahrzeugführer und Beifahrer besetzt sind, auch mit 2 Warnkleidungen auszurüsten sind.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Fahrzeuge,

- **die ausschließlich innerbetrieblich eingesetzt werden
oder**
- **bei denen durch Ausrüstung der Fahrzeuge mit Funk und Einsatz von Werkstattwagen oder durch vergleichbare andere Maßnahmen sichergestellt ist, dass deren Fahrpersonal Instandsetzungsarbeiten auf öffentlichen Straßen nicht selbst durchführt. Das Fahrpersonal muss schriftlich angewiesen sein, solche Arbeiten nicht selbst durchzuführen.**

Die schriftliche Anweisung ist im Fahrzeug mitzuführen.

IV. Betrieb

Allgemeines

§ 32

- **gegenstandslos –**

Benutzung, Eignung von Fahrzeugen

§ 33

(1) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass Fahrzeuge nur bestimmungsgemäß benutzt werden. Sie müssen sich in betriebssicherem

Zustand befinden und für den vorgesehenen Verwendungszweck geeignet sein.

(2) Die Versicherten haben Fahrzeuge bestimmungsgemäß zu benutzen. Sie müssen sich in betriebssicherem Zustand befinden und für den vorgesehenen Verwendungszweck geeignet sein.

Durchführungsanweisung:

Da Fahrzeuge vom Fahrzeughersteller im Allgemeinen für die Bewältigung fest umrissener Aufgaben gebaut werden, obliegt dem Unternehmer der bestimmungsgemäße Einsatz der Fahrzeuge.

Der betriebssichere Zustand von Fahrzeugen umfasst sowohl den verkehrssicheren als auch den arbeitssicheren Zustand.

Anweisungen

§ 34

(1) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass die vom Hersteller mitgelieferten Betriebsanleitungen befolgt werden.

(2) Müssen zur Verhütung von Unfällen beim Betrieb von Fahrzeugen besondere Regeln beachtet werden, hat der Unternehmer Betriebsanweisungen in verständlicher Form und Sprache aufzustellen. Diese sind den Versicherten zur Kenntnis zu bringen.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch Durchführungsanweisung zu § 5 Abs. 1.

Diese Anweisungen können z. B. Angaben enthalten über

- innerbetriebliche Verkehrsregelung,
- zulässige Höchstgeschwindigkeiten,
- zulässige Achslasten,
- Nutzlast,
- zulässige Anhängelast,
- Gefahren durch Abgase, insbesondere beim Befahren von Räumen,
- Brand- und Explosionsgefahren,
- Verhalten bei Betriebsstörungen,
- Abstellen von Fahrzeugen im Arbeits- und Verkehrsbereich bei Dunkelheit oder schlechter Sicht,
- Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen und Überführen von Fahrzeugen,

- Befahren von Sicherheitszonen,
- Sicherheitskennzeichnung von Fahrzeugen.

Siehe auch BG-Information „Sichere Beförderung von Flüssiggasflaschen mit Fahrzeugen“ (BGI 590 bisher ZH 1/212), „Betrieb von Fahrzeugbehältern für körnige oder staubförmige Güter (Silofahrzeugbehälter) (Muster-Betriebsanweisung)“ (BGI 666 bisher ZH 1/516) und „Tragen von Gehörschützern bei der Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr“ (BGI 673 bisher ZH 1/563).

Fahrzeugführer

§ 35

(1) Der Unternehmer darf mit dem selbstständigen Führen von maschinell angetriebenen Fahrzeugen nur Versicherte beschäftigen,

- 1. die das 18. Lebensjahr vollendet haben,**
- 2. die körperlich und geistig geeignet sind,**
- 3. die im Führen des Fahrzeuges unterwiesen sind und ihre Befähigung hierzu gegenüber dem Unternehmer nachgewiesen haben und von denen**
- 4. zu erwarten ist, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben zuverlässig erfüllen.**

Sie müssen vom Unternehmer zum Führen des Fahrzeuges bestimmt sein.

Durchführungsanweisung:

Versicherte sind körperlich und geistig geeignet, wenn sie durch ihre Vorbildung, Kenntnisse, Berufserfahrung und persönliche Eigenschaften (z. B. Alter, Zuverlässigkeit) zum Führen des Fahrzeuges befähigt sind.

Es ist zweckmäßig, den Auftrag zum Führen des Fahrzeuges schriftlich zu erteilen.

(2) Von Absatz 1 Nr. 1 darf unter der Voraussetzung zur Ausbildung zum Berufskraftfahrer abgewichen werden, soweit dies zum Erreichen des Ausbildungszieles erforderlich ist und

- 1. die Aufsicht durch einen vom Unternehmer bestimmten Aufsichtsführenden gewährleistet ist,**
oder
- 2. für jugendliche Versicherte für das zu führende Fahrzeug eine amtliche Fahrerlaubnis nachgewiesen werden kann.**

Durchführungsanweisung:

Zur Ausbildung zum Berufskraftfahrer siehe auch Verordnung über die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer (Berufskraftfahrer-Ausbildungsordnung) und „Richtlinie für die Erteilung von Ausnahmen vom vorgeschriebenen Mindestalter der Kraftfahrer in den Fällen der Ausbildung zum Berufskraftfahrer“.

Zustandskontrolle, Mängel an Fahrzeugen

§ 36

(1) Der Fahrzeugführer hat vor Beginn jeder Arbeitsschicht die Wirksamkeit der Betätigungs- und Sicherheitseinrichtungen zu prüfen und während der Arbeitsschicht den Zustand des Fahrzeuges auf augenfällige Mängel hin zu beobachten.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch BG-Grundsatz „Prüfung von Fahrzeugen durch Fahrpersonal“ (BGG 915 bisher ZH 1/282.1).

(2) Der Fahrzeugführer hat festgestellte Mängel dem zuständigen Aufsichtsführenden, bei Wechsel des Fahrzeugführers auch dem Ablöser, mitzuteilen. Bei Mängeln, die die Betriebssicherheit gefährden, hat der Fahrzeugführer den Betrieb einzustellen.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch § 16 Abs. 1 Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (BGV A1 bisher VBG 1).

Be- und Entladen

§ 37

(1) Unternehmer und Versicherte dürfen Fahrzeuge nur so beladen, dass die zulässigen Werte für

- 1. Gesamtgewicht,**
- 2. Achslasten,**
- 3. statische Stützlast**
und
- 4. Sattellast**

nicht überschritten werden. Dabei hat die Ladungsverteilung so zu erfolgen, dass das Fahrverhalten des Fahrzeuges nicht über das unvermeidbare Maß hinaus beeinträchtigt wird.

Durchführungsanweisung:

Die Forderung nach Einhaltung der zulässigen Werte für die Achslasten ist erfüllt, wenn

1. die zulässige Vorderachslast nicht überschritten wird,
2. die zulässige Hinterachslast nicht überschritten wird
und
3. die Mindestachslast der gelenkten Achse nicht unter 20 % des Fahrzeugmomentangewichtes liegt (gilt nicht für Sattelanhänger). Sofern die Fahrgeschwindigkeit 25 km/h nicht übersteigt, darf die Mindestachslast der gelenkten Achse bis auf 10 % des Fahrzeugmomentangewichtes gesenkt werden.

Die Maßnahmen zur Ladungsverteilung richten sich nach der Art des Ladegutes und den Konstruktionsmerkmalen des Fahrzeuges.

Empfehlungen zur Ladungsverteilung enthält auch die VDI-Richtlinie 2700 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen“ und BG-Information „Ladungssicherung auf Fahrzeugen“ (BGI 649 bisher ZH 1/413).

(2) Unternehmer und Versicherte haben beim Be- und Entladen von Fahrzeugen sicherzustellen, dass diese nicht fortrollen, kippen oder umstürzen können.

Durchführungsanweisung:

Gegen Fortrollen sind Fahrzeuge entsprechend den Bestimmungen des § 55 Abs. 1 zu sichern.

Der Gefahr des Kippens oder Umstürzens von Fahrzeugen kann begegnet werden durch

- die Art und Weise des Be- und Entladevorganges
oder
- die Benutzung von Stützeinrichtungen.

Bei abgesattelten Sattelanhängern ist in beladenem Zustand sowie zum Be- und Entladen die Anbringung zusätzlicher, ausreichend bemessener Stützeinrichtungen vorn am Sattelanhänger erforderlich, wenn

- die Sattelstützeinrichtungen nur für das Leergewicht des Sattelanhängers ausgelegt sind
oder
- der Sattelanhänger durch das Be- und Entladen kippen kann.

Bei Anhängefahrzeugen mit Drehschemellenkung besteht bei stark eingeschlagener Vorderachse Kippgefahr; zusätzliche Sicherungsmaßnahmen können erforderlich sein.

Bezüglich des Be- und Entladens von Fahrzeugen mittels maschinell angetriebener Flurförderzeuge, z. B. Gabelstapler, siehe auch Durchführungsanweisung zu § 55 Abs. 1.

Beim Beladen abgesetzter Sattelanhänger oder Wechselaufbauten ist auch die Tragfähigkeit des Untergrundes zu beachten. Siehe auch § 55 Abs. 3.

(3) Unternehmer und Versicherte haben das Be- und Entladen von Fahrzeugen so durchzuführen, dass Personen nicht durch herabfallende, umfallende oder wegrollende Gegenstände bzw. durch ausfließende oder ausströmende Stoffe gefährdet werden.

Durchführungsanweisung:

Beim Be- und Entladen ist zu beachten, dass sich die Ladefläche neigen kann.

Bei Fahrzeugen mit Rollenböden ist diese Forderung z. B. erfüllt, wenn die Ladefläche vor dem Be- bzw. Entladen in die waagerechte Stellung gebracht wird und während des Be- bzw. Entladevorganges in dieser Stellung verbleibt, sofern nicht durch besondere Einrichtungen sichergestellt ist, dass die Ladung bei Schrägstellung der Ladefläche nicht frei rollen kann.

Zusätzlich ist beim Entladen darauf zu achten, dass eine Gefährdung durch Verlagerung der Ladung infolge des Fahrbetriebes bestehen kann.

Siehe auch BG-Information „Sichere Beförderung von Flüssiggasflaschen mit Fahrzeugen“ (BGI 590 bisher ZH 1/212) und Merkblatt „Druckgasflaschen in geschlossenen Kraftfahrzeugen“ (DVS 0211).

(4) Unternehmer und Versicherte haben die Ladung so zu verstauen und bei Bedarf zu sichern, dass bei üblichen Verkehrsbedingungen eine Gefährdung von Personen ausgeschlossen ist.

Durchführungsanweisung:

Zu den „üblichen Verkehrsbedingungen“ gehören auch Vollbremsungen oder Unebenheiten der Fahrbahn. Die Maßnahmen zur Sicherung der Ladung richten sich nach Art des Ladegutes und den Konstruktionsmerkmalen des Fahrzeugaufbaues. Ist eine ausreichende Ladungssicherung durch den Fahrzeugaufbau allein nicht gewährleistet, sind geeignete Hilfsmittel zu benutzen; siehe auch § 22 Abs. 1.

Empfehlungen zur Ladungssicherung, zum Lastverteilungsplan und zur Auswahl geeigneter Zurrmittel enthalten auch folgende VDI-Richtlinien und Normen:

- VDI 2700 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen“,
VDI 2701 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen; Zurrmittel“,
VDI 2702 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen; Zurrkräfte“,
E VDI 2704 „Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen; Lastverteilungsplan“,
DIN 60 060-1 „Zurrgurte aus Chemiefasern zur Ladungssicherung von Lasten auf Nutzfahrzeugen zur Güterbeförderung“,
BG-Information „Ladungssicherung auf Fahrzeugen“ (BGI 649 bisher ZH 1/413).

(5) Unternehmer und Versicherte haben die über den Umriss des Fahrzeuges in Länge oder Breite hinausragenden Teile der Ladung erforderlichenfalls so kenntlich zu machen, dass sie jederzeit wahrgenommen werden können.

Durchführungsanweisung:

Die Kenntlichmachung von Fahrzeugen, die selbst oder deren Ladung überbreit oder überlang sind, ist in § 22 Abs. 4 und 5 StVO und in den „Richtlinien für die Kenntlichmachung überbreiter und überlanger Straßenfahrzeuge sowie bestimmter hinausragender Ladungen“ zu § 32 StVZO für den Verkehr auf öffentlichen Straßen geregelt.

(6) Unternehmer und Versicherte haben beim Be- und Entladen die Durchfahrthöhen und -breiten des Transportweges zu berücksichtigen.

Durchführungsanweisung:

Beim Entladen ist zu berücksichtigen, dass Fahrzeuge ausfedern, wodurch sich die Aufbauhöhe (z. B. bei Kofferaufbauten) so weit ändern kann, dass eingeschränkte Durchfahrthöhen nicht mehr ausreichen.

Aufenthalt im Gefahrenbereich

§ 38

(1) Unternehmer und Versicherte dürfen sich im Gefahrenbereich von Fahrzeugen nicht aufhalten.

Durchführungsanweisung:

Gefahrenbereich ist z. B. die Umgebung des Fahrzeuges, in der Personen durch arbeitsbedingte Bewegungen des Fahrzeuges, seines Aufbaues, seiner Arbeitseinrichtungen und Anbaugeräte oder durch ausschwingendes oder her-

abfallendes Ladegut oder durch herabfallende Arbeitseinrichtungen erreicht werden können, insbesondere

- bei Kippfahrzeugen die Seite, zu der hin gekippt wird,
- bei Müllsammelfahrzeugen der Bereich unterhalb der Beladeeinrichtungen während des Absenkens der Beladeeinrichtungen,
- bei Langholzfahrzeugen die Be- bzw. die Entladeseite und der Bereich, auf den durch fahrzeugeigene Hilfseinrichtungen (z. B. Winde, Ladekran) bewegte Ladungsteile herabfallen können. Dazu gehört unter Umständen auch die der Ladeseite gegenüberliegende Fahrzeugseite und der Bereich unter der Ladung (siehe auch BG-Regel „Transport von Langholz“ [BGR 185 bisher ZH 1/588]),
- bei Autotransportern
 - der Bereich auf und unter der absenkbaren oberen Ladeebene während der Höhenverstellung,
 - der Bereich der kraftbetätigten Fahrbahnverlängerungen während der Horizontalverstellung,
 - der gegen Absturz ungesicherte Übergangsbereich zwischen Zugfahrzeug und Anhängefahrzeug, sofern dieser 2 m oder höher über dem Boden angehoben ist,
- bei allen anderen Fahrzeugen, an denen zum Be- und Entladen Teile des Fahrzeugaufbaues geöffnet werden müssen, der Schwenkbereich dieser Teile (z. B. Bordwände, Hubladebühnen [Ladebordwände]) während des Öffnens und Schließens.

(2) Unternehmer und Versicherte haben vor dem Öffnen der Bordwände festzustellen, ob Ladungsdruck gegen diese vorliegt.

(3) Unternehmer und Versicherte haben Aufbauverriegelungen möglichst von einem Standort außerhalb des Gefahrenbereiches zu öffnen.

Durchführungsanweisung:

Müssen zum Entladen Bordwandverschlüsse oder andere Aufbauverriegelungen betätigt werden, sind die Gefahren durch das unbeabsichtigte Aufschlagen der Bordwände oder der Aufbauteile und das Herabfallen nachrückenden Ladegutes zu berücksichtigen.

Kippeinrichtungen dürfen daher erst betätigt werden, nachdem die von Hand zu betätigenden Bordwandverschlüsse geöffnet sind.

(4) Unternehmer und Versicherte dürfen sich unter ungesicherten beweglichen Fahrzeugteilen, die sich in geöffneter oder angehobener Stellung befinden, nicht aufhalten.

Fahrzeug-Züge

§ 39

(1) Die für das maschinell angetriebene Fahrzeug unter Berücksichtigung der Bremsanlage des Anhängefahrzeuges festgelegte Anhängelast und die zulässige Höchstgeschwindigkeit dürfen nicht überschritten werden.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch § 19 Abs. 5.

(2) Bei ungebremsen einachsigen Anhängefahrzeugen darf deren zulässige Achslast die Hälfte des Leergewichtes des Zugfahrzeuges nicht überschreiten.

Durchführungsanweisung:

Nach § 19 Abs. 6 darf die zulässige Achslast ungebremsen einachsiger Anhängefahrzeuge 3000 kg nicht übersteigen.

Kuppeln von Fahrzeugen

§ 40

(1) Beim Kuppeln von Fahrzeugen müssen die dafür vorgesehenen Einrichtungen bestimmungsgemäß verwendet werden. Insbesondere muss

1. das Anhängefahrzeug

- auf ebenem Gelände durch die Feststellbremse oder Unterlegkeile festgestellt werden,
- auf stark unebenem Gelände oder im Gefälle durch die Feststellbremse und Unterlegkeile festgestellt werden,

2. die Zugeinrichtung auf Kupplungshöhe eingestellt werden,

3. die Anhängerkupplung geöffnet werden, d. h. kuppelbereit sein; bei Bolzenkupplungen mit beweglichem Fangmaul muss das Fangmaul arretiert sein,

4. nach dem Kuppeln die sichere Verbindung geprüft werden,

**5. bei nicht selbsttätigen Anhängerkupplungen der Kuppelbolzen nach dem Einstecken formschlüssig gesichert werden
und**

6. der Anschluss vorhandener Verbindungsleitungen vorgenommen werden.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch § 28 und BG-Information „Sicheres Kuppeln von Fahrzeugen“ (BGI 599 bisher ZH 1/245).

(2) Beim Kuppeln von Fahrzeugen, die mit selbsttätiger Anhängerkuppelung und mit Höheneinstelleinrichtung ausgerüstet sind, dürfen sich während des Heranfahrens des Zugfahrzeuges keine Personen zwischen den Fahrzeugen befinden.

(3) Wird im Ausnahmefall durch Heranschieben eines mehrachsigen Anhängefahrzeuges gekuppelt, haben Unternehmer und Versicherte dafür zu sorgen, dass eine zuverlässige Person die Feststellbremse bedient, oder dass andere geeignete Maßnahmen getroffen werden, durch die ein Zusammenstoßen der Fahrzeuge verhindert wird.

(4) Es ist unzulässig, Anhängefahrzeuge zum Kuppeln auflaufen zu lassen.

Durchführungsanweisung:

Unter „auflaufen lassen“ versteht man das Heranführen des Anhängefahrzeuges durch Abrollen im Gefälle an das stehende Zugfahrzeug. Diese Arbeitsweise führt immer wieder zu tödlichen Unfällen.

Besteigen, Verlassen und Begehen von Fahrzeugen

§ 41

(1) Versicherte müssen zum Erreichen oder Verlassen der Plätze für Fahrzeugführer, Beifahrer und Mitfahrer sowie der Arbeitsplätze auf Fahrzeugen Aufstiege und Haltegriffe benutzen.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. auch erfüllt, wenn zum Erreichen und Verlassen von Ladeflächen Leitern nach § 25 Abs. 3 Nr. 4 benutzt werden.

Das Auf- und Absteigen über Reifen, Felgen oder Radnaben sowie das Abspringen ist somit unzulässig; siehe auch § 25 Abs. 4.

(2) Versicherte müssen klappbare oder versenkbare Geländer, Haltegriffe, Laufstege, Stand- und Arbeitsflächen sowie abnehmbare Absturzsicherungen für das Begehen der Arbeitsplätze auf Fahrzeugen bestimmungsgemäß verwenden.

Durchführungsanweisung:

Dies schließt ein, dass Laufstege, Stand- und Arbeitsflächen freigehalten und nicht zur Unterbringung von Ausrüstungsgegenständen zweckentfremdet werden.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 darf auf die Benutzung von fahrzeugeigenen Einrichtungen verzichtet werden, wenn nicht fahrzeugeigene Einrichtungen die gleiche Sicherheit bieten.

Durchführungsanweisung:

Nicht fahrzeugeigene Einrichtungen können z. B. sein

- stationäre Bühnen,
- Hubarbeitsbühnen.

Siehe auch §§ 24 und 25.

Verhalten vor und während der Fahrt

§ 42

(1) Auf Fahrzeugen dürfen Personen nur auf den jeweils für sie bestimmten Sitz-, Steh- oder Liegeplätzen mitfahren.

Durchführungsanweisung:

Mulden von Dumpfern, Hochsitze von Lkw-Ladekränen usw. bieten keinen sicheren Aufenthalt für das Mitfahren von Personen. Gleiches gilt für das Stehen auf Ladeflächen und das Sitzen auf Bordwänden.

(2) Der Fahrzeugführer darf erst anfahren, nachdem er sich davon überzeugt hat, dass

- 1. die Ladetätigkeiten beendet sind und sich keine für die Mitfahrt nicht bestimmten Personen und Ladegeräte auf der Ladefläche des Fahrzeuges befinden,**

Durchführungsanweisung:

Siehe auch § 21 Abs. 2 StVO.

- 2. alle Beifahrer und Mitfahrer die vorgesehenen Plätze nach Absatz 1 eingenommen haben**
und

- 3. beim Betätigen von Zusatzlenkungen durch Mitgänger oder Mitfahrer eine Verständigung mittels der Signaleinrichtungen gewährleistet ist.**

(3) Das Auf- und Abspringen während der Fahrt ist untersagt.

(4) Der Aufenthalt in Dachschlafkabinen ist während der Fahrt untersagt.

(5) Abweichend von Absatz 4 ist der Aufenthalt in Dachschlafkabinen während der Fahrt erlaubt, wenn diese durch besondere Bau- und Ausstattungsmerkmale dafür geeignet sind.

Durchführungsanweisung:

Geeignet für den Aufenthalt während der Fahrt sind solche Dachschräfkablnen, die den besonderen Bau- und Ausrüstungsbestimmungen des Abschnittes 4.3.2 BG-Regel „Liegeplätze in Führerhäusern und Ruheräumen von Fahrzeugen sowie Dachschräfkablnen“ (BGR 136 bisher ZH 1/211) entsprechen.

Sicherheitsgurte, Schutzhelme

§ 43

(1) Vorgeschriebene Sicherheitsgurte sind während der Teilnahme am nicht öffentlichen Verkehr zu benutzen.

Durchführungsanweisung:

Fahrzeuge nach § 4 Abs. 1 sind solche mit einer behördlichen Betriebserlaubnis; bei diesen richtet sich die Ausrüstung mit Sicherheitsgurten nach § 35 a StVZO oder nach der „Richtlinie des Rates vom 28. Juni 1977 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sicherheitsgurte und Haltesysteme für Kraftfahrzeuge“ (77/541/EWG).

Teilnahme am nicht öffentlichen Verkehr sind Fahrten innerhalb der Arbeitsstätten, wozu auch Verkehrswege und Baustellen gehören.

Bei der Teilnahme am öffentlichen Verkehr richtet sich die Gurtanlegepflicht nach § 21a StVO.

(2) Die Führer von Krafträdern und ihre Mitfahrer müssen während der Fahrt geeignete Schutzhelme tragen.

Durchführungsanweisung:

Zu den Krafträdern im Sinne dieser Unfallverhütungsvorschrift zählen auch Mofas und Mopeds.

Die Verpflichtung des Unternehmers zur Bereitstellung von Schutzhelmen ergibt sich aus § 4 Abs. 1 Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (BGV A 1 bisher VBG 1). Schutzhelme für die Führer von Krafträdern und deren Mitfahrer siehe „Einheitliche Vorschriften für die Genehmigung der Schutzhelme für Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern und Mopeds“ (ECE-Regelung Nr. 22 mit Änderung 03).

Im innerbetrieblichen Verkehr mit einer festgelegten Höchstgeschwindigkeit von 25 km/h ist auch der Arbeitsschutzhelm nach DIN EN 397 „Industrieschutzhelme“ mit angelegtem Kinnriemen geeignet.

(3) Sicherungen gegen das Herausfallen von Personen an Liegeplätzen sind während der Fahrt bestimmungsgemäß zu benutzen.

(4) Absatz 1 gilt nicht

- 1. beim Fahren mit Schrittgeschwindigkeit,**
- 2. beim Rückwärtsfahren.**

Fahr- und Arbeitsweise

§ 44

(1) Fahrzeuge dürfen nur vom Platz des Fahrzeugführers aus geführt werden. Stellteile dürfen nur von den dafür vorgesehenen Plätzen aus betätigt werden.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung beinhaltet auch, dass der Antriebsmotor von Fahrzeugen nur vom Platz des Fahrzeugführers aus und nicht von einem Standort außerhalb des Fahrzeuges gestartet werden darf, sofern nicht besondere Einrichtungen (z. B. Anlasssperrn) vorhanden sind, die ein unbeabsichtigtes Bewegen des Fahrzeuges verhindern.

(2) Der Fahrzeugführer muss zum sicheren Führen des Fahrzeuges den Fuß umschließendes Schuhwerk tragen.

Durchführungsanweisung:

Zum sicheren Führen von Fahrzeugen sind z. B. Sandaletten (ohne Fersenriemen), Holzpantinen, Clogs nicht geeignet.

Siehe auch Durchführungsanweisungen zu § 35 Unfallverhütungsvorschrift „Allgemeine Vorschriften“ (BGV A 1 bisher VBG 1).

(3) Der Fahrzeugführer hat die Fahrweise so einzurichten, dass er das Fahrzeug sicher beherrscht. Insbesondere muss er die Fahrbahn-, Verkehrs-, Sicht- und Witterungsverhältnisse, die Fahreigenschaften des Fahrzeuges sowie Einflüsse durch die Ladung berücksichtigen.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung beinhaltet auch, dass

- Fahrzeuge bergab nicht mit ausgekuppeltem Motor und nur mit kraftschlüssigem Antrieb gefahren werden,
- vor dem Abwärtsfahren rechtzeitig heruntergeschaltet wird und
- Gefällstrecken nur befahren werden, wenn die Fahrzeuge sicher gebremst werden können.

Fahrwege

§ 45

(1) Unternehmer und Versicherte dürfen Fahrzeuge nur auf Fahrwegen oder in Bereichen betreiben, die ein sicheres Fahren ermöglichen und die ausreichend tragfähig sind.

(2) Unternehmer und Versicherte dürfen Fahrzeuge auf geneigtem Gelände nur betreiben, wenn ausreichend Sicherheit gegen Umstürzen und gefährdendes Rutschen gegeben ist.

(3) Unternehmer und Versicherte müssen mit Fahrzeugen von Bruch-, Gruben-, Halden- und Böschungsrändern sowie Rampen so weit entfernt bleiben, dass keine Absturzgefahr besteht.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch DIN 4124 „Baugruben und Gräben; Böschungen, Arbeitsraumbreiten, Verbau“.

(4) Bestehen an Kipp- und Entladestellen Gefahren des Ablaufens, Um- oder Abstürzens, dürfen Unternehmer und Versicherte Fahrzeuge nur dort abkippen oder entladen, wenn diese Gefahren durch Einrichtungen vermieden sind.

Durchführungsanweisung:

Einrichtungen sind z. B. ausreichend dimensionierte, mindestens 0,25 m hohe Anschläge mit einer Gefahrenkennzeichnung nach § 12 der Unfallverhütungsvorschrift „Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung am Arbeitsplatz“ (BGV A 8 bisher VBG 125) oder Aufschüttungen.

(5) Absatz 1 gilt nicht für Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge im Einsatz.

Rückwärtsfahren und Einweisen

§ 46

(1) Der Fahrzeugführer darf nur rückwärts fahren oder zurücksetzen, wenn sichergestellt ist, dass Versicherte nicht gefährdet werden; kann dies nicht sichergestellt werden, hat er sich durch einen Einweiser einweisen zu lassen.

Durchführungsanweisung:

Das Rückwärtsfahren und das Zurücksetzen (z. B. beim Wenden) stellen so gefährliche Verkehrsvorgänge dar, dass diese nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Kann darauf nicht verzichtet werden, sind besondere Sicherheitsmaßnahmen zu treffen.

Zum Rückwärtsfahren bei der Teilnahme am öffentlichen Verkehr siehe § 9 Abs. 5 StVO.

Eine Gefährdung von Versicherten kann z. B. nicht ausgeschlossen werden, wenn Fahrzeuge, an deren Heck sich Versicherte betriebsüblich aufhalten (z. B. Müllwerker am Müllsammelfahrzeug), rückwärtsfahren oder zurücksetzen. Auf das Einweisen des Fahrzeugführers kann dabei nicht verzichtet werden.

Zum Rückwärtsfahren von Müllsammelfahrzeugen siehe auch Unfallverhütungsvorschrift „Müllbeseitigung“ (BGV C 27 bisher VBG 126).

Zum Rückwärtsfahren auf Baustellen siehe § 15 a der Unfallverhütungsvorschrift „Bauarbeiten“ (BGV C 22 bisher VBG 37).

Eine Gefährdung von Versicherten kann in der Regel vermieden werden durch

- Abschränkung des Gefahrenbereiches,
- die Anordnung von Verkehrsspiegeln, die dem Fahrzeugführer das Überblicken des Gefahrenbereiches ermöglichen,
- Rückfahr-Videosysteme,
- Rangier-Warneinrichtungen nach DIN 75 031 „Nutzkraftwagen und Anhängfahrzeuge; Rangier-Warneinrichtungen; Anforderungen und Prüfungen“,
oder
- Funksprechverkehr (z. B. bei Schwerlasttransportern).

Rückfahrscheinwerfer verbessern das Signalbild des Fahrzeuges und tragen dadurch zu mehr Sicherheit beim Rückwärtsfahren bei. Siehe auch § 20 Abs. 1.

Einweiser ist, wer einem Fahrzeugführer bei Sichteinschränkung Zeichen gibt, damit Versicherte durch Fahrbewegungen nicht gefährdet werden. Er muss ausreichend Kenntnisse haben, um die Verkehrsvorgänge beurteilen zu können.

Geeignete Handzeichen siehe Anhang 4.

(2) Einweiser dürfen sich nur im Sichtbereich des Fahrzeugführers und nicht zwischen dem sich bewegenden Fahrzeug und in dessen Bewegungsrichtung befindlichen Hindernisse aufhalten; sie dürfen während des Einweisens keine anderen Tätigkeiten ausführen.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung beinhaltet, dass der Fahrzeugführer das Fahrzeug sofort anzuhalten hat, wenn sich der Einweiser nicht mehr im sichtbaren Bereich befindet.

Hindernisse sind z. B. Gebäudeteile, Fahrzeuge, Gruben, Materialstapel.

Bewegen von Fahrzeugen, Rangieren

§ 47

(1) Unternehmer und Versicherte dürfen Fahrzeuge durch andere Fahrzeuge nur bewegen, wenn die Fahrzeuge sicher miteinander verbunden sind. Die Benutzung loser Gegenstände zum Schieben, wie Stempel, Riegel, ist unzulässig.

Durchführungsanweisung:

Die Forderung nach sicherer Verbindung ist z. B. erfüllt,

- wenn die Fahrzeuge durch die hierfür vorgesehenen Verbindungseinrichtungen – z. B. Anhängerkupplung und Zuggabel – verbunden sind,
- wenn beim Abschleppen nicht betriebsbereiter, jedoch bremsfähiger Fahrzeuge Seile, Ketten oder Abschleppstangen ausreichender Festigkeit verwendet werden, die an den Fahrzeugen sicher befestigt sind, z. B. an Anhängerkupplungen, Abschlepphaken oder -ösen,
- wenn beim Abschleppen ungebremster Fahrzeuge starre Verbindungsteile, z. B. Abschleppstangen, verwendet werden,
- wenn die Fahrzeuge beim Drücken mit maschinell angetriebenen Fahrzeugen durch an beiden Fahrzeugen sicher befestigte starre Verbindungsteile (z. B. Abschleppstangen) verbunden sind
oder
- wenn beim Schleppen von maschinell angetriebenen Fahrzeugen mit mehr als 4000 kg zulässigem Gesamtgewicht Abschleppstangen – keine Abschleppseile – verwendet werden.

Zum Bewegen von Schienenfahrzeugen durch Fahrzeuge siehe auch § 27 Abs. 2 Unfallverhütungsvorschrift „Schienenbahnen“ (BGV D 30 bisher VBG 11).

Schleppen ist das Fortbewegen von betriebsfähigen und betriebsunfähigen maschinell angetriebenen Fahrzeugen hinter anderen maschinell angetriebenen Fahrzeugen.

Abschleppen ist das Fortbewegen von betriebsunfähigen Fahrzeugen und Zügen zur Räumung der Straße oder der Fahrwege aus Gründen des sicheren und gefahrlosen Betriebes (Beseitigung einer Gefährdung, soweit die Betriebsunfähigkeit des Fahrzeuges oder Zuges dazu zwingt). Unter den Begriff „Abschleppen“ fällt auch das Verbringen eines betriebsunfähigen Fahrzeuges in eine Werkstatt.

(2) Beim Rangieren von Anhängfahrzeugen mit Drehschemellenkung dürfen sich seitlich unmittelbar neben dem Fahrzeug Unternehmer und Versicherte nicht aufhalten.

Durchführungsanweisung:

Anhängfahrzeuge mit Drehschemellenkung neigen bei stark eingeschlagener Zuggabel zum Kippen, insbesondere bei außermittiger Lage des Ladungsschwerpunktes oder unebenem Gelände, weshalb große Einschlagwinkel zwischen Zuggabel und Fahrzeuglängsachse vermieden werden sollten.

(3) Es dürfen nur solche Rangierachsen in einachsiger Bauweise verwendet werden, bei denen das Ausschlagen der Zuggabel nach oben oder unten durch Einrichtungen verhindert ist. Sie dürfen nur mit Geschwindigkeiten von höchstens 25 km/h betrieben werden.

Durchführungsanweisung:

Siehe auch § 27.

(4) Beim Ziehen von Fahrzeugen mittels Seilen oder Ketten dürfen sich im Gefahrenbereich der Zugmittel keine Versicherten aufhalten. Ruckartiges Anziehen ist zu vermeiden.

(5) Beim Bewegen von Fahrzeugen von Hand muss vermieden sein, dass Versicherte gefährdet werden, und sichergestellt sein, dass die Fahrzeuge jederzeit gefahrlos zum Stillstand gebracht werden können.

Durchführungsanweisung:

Fahrzeuge können auf ebenem Gelände gefahrlos zum Stillstand gebracht werden durch die Betätigung von Bremseinrichtungen (z. B. Feststellbremse).

Gefahrlos zum Stillstand bringen schließt ein, dass Anhängfahrzeuge mit Einkreisdruckluft-Bremsanlagen nicht mittels Lastregelventil oder Entlüftungsventil abgebremst werden.

Werden Anhängfahrzeuge von Hand bewegt, besteht die Gefahr, dass die Zuggabel herumschlägt. Die Gefahr kann vermieden werden, wenn in Fahrtrichtung vorhandene Hindernisse beseitigt werden und auf Bodenunebenheiten geachtet wird. Der Aufenthalt seitlich neben der Zuggabel ist möglichst zu vermeiden.

Im Gefälle können insbesondere Gelenkdeichselanhänger nicht sicher von Hand bewegt und zum Stillstand gebracht werden.

(6) Anhängfahrzeuge dürfen während der Fahrt nicht abgekuppelt werden.

Verwendung von Beleuchtungseinrichtungen

§ 48

Während der Dämmerung, bei Dunkelheit oder wenn die Sichtverhältnisse es sonst erfordern, hat der Fahrzeugführer die vorhandenen Beleuchtungseinrichtungen bestimmungsgemäß zu verwenden.

Fahrtrichtungsänderungen

§ 49

Fahrzeugführer müssen Fahrtrichtungsänderungen rechtzeitig und eindeutig ankündigen. Die vorhandenen Fahrtrichtungsanzeiger sind dabei zu benutzen.

Warnzeichen

§ 50

Fahrzeugführer müssen bei Gefahr Warnzeichen geben.

Durchführungsanweisung:

Warnzeichen können Schallzeichen mittels Einrichtungen nach § 13 oder bei betrieblicher Notwendigkeit optische Signale sein.

Betreiben von Heizungseinrichtungen und Kühlgeräten

§ 51

In Führerhäusern und Fahrzeugaufbauten, in denen sich Versicherte aufhalten, dürfen nur Heizungseinrichtungen und Kühlgeräte, bei deren Betrieb Feuer- und Explosionsgefahren sowie Gesundheitsschäden durch Abgase, Sauerstoffmangel, hohe Heizluftaustrittstemperaturen oder heiße Oberflächen ausgeschlossen sind, betrieben werden.

Durchführungsanweisung:

Heizungseinrichtungen zur Beheizung von Laderäumen, Flüssiggasheizungen mit offener Flamme, flüssiggas- oder petroleumbetriebene Heizpatronen für

Kühlgeräte sowie Kochgeräte mit offener Flamme, die die Verbrennungsluft den (beheizten) Räumen entnehmen, scheiden daher zur Beheizung von Führerhäusern, Fahrzeugaufbauten, in denen sich Personen aufhalten, und zum Betrieb von darin aufgestellten Kühlgeräten aus.

Eine gegen den Aufstellungsraum dichte Zuluft- und Abgasführung der Heizungseinrichtung muss auch beim Vorhandensein von Führerhaus-Lüftungsöffnungen gewährleistet sein.

Siehe auch § 30 der Unfallverhütungsvorschrift „Verwendung von Flüssiggas“ (BGV D 34 bisher VBG 21).

Festgefahrene Fahrzeuge

§ 52

(1) Versicherte dürfen beim Bergen festgefahrener Fahrzeuge deren Antriebsräder nur unterlegen, wenn diese stillstehen.

(2) Versicherte dürfen sich nicht in solchen Bereichen aufhalten, in denen sie durch fortschleuderndes Unterlegmaterial gefährdet werden können.

Ziehen von Lasten

§ 53

Unternehmer und Versicherte dürfen Lasten mit Zugeinrichtungen des stillstehenden Fahrzeuges nur ziehen, wenn sichergestellt ist, dass das Fahrzeug nicht kippen, umstürzen, wegrollen oder wegrutschen kann.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung kann erfüllt werden durch

- konstruktive Gestaltung des Fahrzeuges, z. B.
 - ausreichendes Verhältnis von Fahrzeuggewicht zu Zugkraft,
 - auf alle Räder wirkende Feststellbremse,
 - ausreichend bemessenes Gegengewicht,
- Verwendung von Abstützeinrichtungen, z. B.
 - Bergstützen,
 - Rückeschilde.

Einsatz unter besonderen Bedingungen

§ 54

(1) Bei der Arbeit mit Fahrzeugen in der Nähe unter Spannung stehender elektrischer Freileitungen oder Fahrleitungen muss ein von der Nennspannung abhängiger Sicherheitsabstand eingehalten werden.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist erfüllt, wenn folgende Sicherheitsabstände (Schutzabstände) eingehalten werden:

- bei Freileitungen (nach Tabelle 103 der DIN VDE 0105-1 „Betrieb von elektrischen Anlagen“

Nennspannung (Volt)	Sicherheitsabstand (Meter)
bis 1000 V	1,0 m
über 1 kV bis 110 kV	3,0 m
über 110 kV bis 220 kV	4,0 m
über 220 kV bis 380 kV	5,0 m
oder	
bei unbekannter Nennspannung	5,0 m

- bei Fahrleitungen elektrischer Bahnen die in DIN VDE 0105-3 „Betrieb von Starkstromanlagen; Zusatzfestlegungen für Bahnen“ geforderten Abstände.

Die Werte für den Sicherheitsabstand müssen auch beim Ausschwingen von Leitungsseilen, Lasten, Tragmitteln und Lastaufnahmemitteln gewährleistet sein. Die Fahrzeugabmessungen, bei der Verwendung von Anbaugeräten deren Bewegungen, ferner der Aufenthalt von Personen auf Fahrzeugen und die Verwendung von Einrichtungen zur Ladungssicherung (Ketten, Seile) sind entsprechend zu berücksichtigen.

(2) Kann der Sicherheitsabstand nach Absatz 1 zu elektrischen Freileitungen oder Fahrleitungen nicht eingehalten werden, hat der Unternehmer mit dem Eigentümer oder Betreiber der Leitungen andere Sicherheitsmaßnahmen gegen Stromübertritt durchzuführen.

Durchführungsanweisung:

Andere Sicherheitsmaßnahmen gegen Stromübertritt können z. B. sein

- Abschalten des Stromes und Erdung,
- Verlegen der Frei- oder Fahrleitung,

- Verkabelung,
- Begrenzung des Arbeitsbereiches.

Siehe auch Unfallverhütungsvorschrift „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ (BGV A 2 bisher VBG 4).

(3) Der Unternehmer hat dafür zu sorgen, dass bei Gefahren durch herabfallende schwere Gegenstände nur Fahrzeuge eingesetzt werden, deren Führerhaus ein Schutzdach hat. Ist ein Schutzdach über dem Führerhaus nicht vorhanden, hat der Fahrzeugführer das Führerhaus für die Dauer des Beladens zu verlassen und sich aus dem Gefahrenbereich zu entfernen.

Durchführungsanweisung:

Gefahren durch herabfallende schwere Gegenstände bestehen z. B. vor Erd- und Felswänden, bei Abbrucharbeiten und beim Holzfällen.

Bei Arbeiten an Erd- und Felswänden sowie an Halden sind die Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschrift „Steinbrüche, Gräbereien und Halden“ (BGV C 11 bisher VBG 42) einzuhalten. Vor Abbauwänden sollten Fahrzeuge so aufgestellt werden, dass die Führerhaustür auf der Seite liegt, die der Wand abgekehrt ist, um den Fluchtweg des Fahrzeugführers aus dem Führerhaus freizuhalten.

(4) Der Unternehmer darf Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor in ganz oder teilweise geschlossenen Räumen nur dann betreiben, wenn sichergestellt ist, dass in der Atemluft keine gefährlichen Konzentrationen gesundheitsschädlicher Abgasbestandteile entstehen können.

Durchführungsanweisung:

Zum Betrieb von Fahrzeugen unter Tage siehe §§ 40 und 41 Unfallverhütungsvorschrift „Bauarbeiten“ (BGV C 22 bisher VBG 37).

Siehe auch Technische Regeln für Gefahrstoffe TRGS 554 „Dieselmotoremissionen (DME)“.

Anhalten und Abstellen von Fahrzeugen

§ 55

(1) Der Fahrzeugführer darf ein mehrspuriges Fahrzeug erst verlassen, nachdem es gegen unbeabsichtigtes Bewegen gesichert ist. Insbesondere sind folgende Maßnahmen erforderlich:

1. auf ebenem Gelände

- **Betätigen der Feststellbremse,**
- **Einlegen des kleinsten Ganges bei maschinell angetriebenen Fahrzeugen**
oder
- **Einlegen der Parksperre bei Fahrzeugen mit automatischem Getriebe,**

2. auf stark unebenem Gelände oder im Gefälle

- **Betätigen der Feststellbremse und Benutzen der Unterlegkeile,**
- **Betätigen der Feststellbremse und Einlegen des kleinsten gegenläufigen Ganges**
oder
- **Betätigen der Feststellbremse und Einlegen der Parksperre bei Fahrzeugen mit automatischem Getriebe,**

3. beim Be- und Entladen von Fahrzeugen, wenn gefahrbringende Kräfte in Längsrichtung auftreten können

- **Betätigen der Feststellbremse und Benutzen der Unterlegkeile.**

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung beinhaltet auch, dass beim Verlassen eines Fahrzeug-Zuges jedes der Fahrzeuge (z. B. Lastkraftwagen bzw. Sattelzugmaschine und Anhängerfahrzeug) gegen unbeabsichtigtes Bewegen zu sichern ist.

Das Einleiten der Bremsung eines Anhängers durch Abkuppeln der Vorratsleitung ist dem Betätigen der Feststellbremse nicht gleichzusetzen.

Gefahr bringende Kräfte in Längsrichtung können beim Be- und Entladen z. B. auftreten durch Befahren der Ladeflächen mit Flurförderzeugen, Erdbau- maschinen oder anderen Fahrzeugen.

(2) Beim Verlassen eines maschinell angetriebenen Fahrzeuges muss der Fahrzeugführer dieses gegen unbefugte Benutzung sichern.

Durchführungsanweisung:

Unbefugtes Benutzen wird durch Stillsetzen des Antriebes und Betätigen der nach § 12 vorgeschriebenen Einrichtungen und Abziehen des Schlüssels vermieden.

Das Aussteigen aus dem Fahrzeug und das Durchführen von Tätigkeiten am Fahrzeug stellen nicht zugleich ein Verlassen im Sinne dieser Bestimmung dar. Entscheidend ist, ob der Fahrzeugführer sich von dem Fahrzeug in einer Weise entfernt, die ihm die Verhinderung einer unbefugten Benutzung des Fahrzeuges durch sofortiges Eingreifen weiterhin ermöglicht oder nicht.

(3) Unternehmer und Versicherte dürfen Sattelanhänger und Wechselaufbauten nur auf Untergrund mit ausreichender Tragfähigkeit absetzen. Erforderlichenfalls sind Stützen zur Vergrößerung der Aufstandsfläche – entsprechend der Tragfähigkeit des Untergrundes – zu unterlegen.

Durchführungsanweisung:

Sollen abgesetzte Sattelanhänger oder Wechselaufbauten beladen werden, ist das Gewicht der Ladung mit zu berücksichtigen. Zum Be- und Entladen siehe insbesondere auch § 37 Abs. 2.

Instandhaltung, Warnkleidung

§ 56

(1) Fahrzeuge dürfen nur unter Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik und unter Beachtung der Betriebsanleitung des Herstellers instand gehalten werden. Darüber hinaus darf der Unternehmer Instandhaltungs-, Um- oder Nachrüstarbeiten, die spezielle Fachkenntnisse erfordern, nur hierfür geeigneten Unternehmen übertragen oder durch von ihm bestimmte fachlich geeignete Versicherte oder unter deren Leitung ausführen lassen.

Durchführungsanweisung:

Instandhaltung ist nach DIN 31 051 „Instandhaltung; Begriffe und Maßnahmen“ die Gesamtheit aller Maßnahmen zur Bewahrung und Wiederherstellung des Sollzustandes sowie zur Feststellung und Beurteilung des Istzustandes. Die Instandhaltung umfasst Instandsetzung, Inspektion, Wartung und Pflege von Fahrzeugen.

Siehe auch BG-Regel „Fahrzeug-Instandhaltung“ (BGR 157 bisher ZH 1/454).

Die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik schließt ein, dass Feuerarbeiten, z. B. Schweißen, Richten, an bauartgenehmigungspflichtigen Teilen (z. B. Teilen zur Verbindung von Fahrzeugen) und Teilen, die für die Verkehrssicherheit von wesentlicher Bedeutung sind (z. B. Bremsanlage, Kupplungstraverse, Räder), nur durch den Hersteller oder autorisierte Fachwerkstätten ausgeführt werden.

Siehe auch § 5 Arbeitsmittelbenutzungsverordnung.

(2) Instandhaltungsarbeiten dürfen unter beweglichen Fahrzeugaufbauten und Aufbauteilen, die sich in geöffneter oder angehobener Stellung befinden, erst ausgeführt werden, wenn diese gegen unbeabsichtigtes Herabfallen oder Zuschlagen durch geeignete formschlüssige Sicherungen gesichert sind.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist erfüllt, wenn angehobene, gekippte oder geschwenkte Fahrzeugaufbauten oder Aufbauteile gegen unbeabsichtigte Bewegungen gesichert sind, z. B. mit den nach § 22 Abs. 3 oder 5 vorgeschriebenen Einrichtungen. Durch das Halten des Fahrzeugaufbaus nur mittels der Luftfederung oder durch das Abstützen mittels loseem Stempel ohne formschlüssige Sicherung wird diese Forderung nicht erfüllt.

Nicht zu den formschlüssigen Sicherungen zählen z. B. auch Rohrstützen, die unter seitlichem Druck abrutschen oder unabsichtlich ausgehoben werden können.

(3) An Fahrzeugen mit Knicklenkung muss bei Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten das Knickgelenk formschlüssig festgelegt werden, wenn in diesem Bereich gearbeitet wird.

Durchführungsanweisung:

Die formschlüssige Festlegung des Knickgelenkes kann z. B. erfolgen durch Arretierung, Steckbolzen, Klinken.

(4) Mittengeteilte Felgen für Luftbereifung dürfen erst demontiert werden, nachdem die Luft aus den Reifen abgelassen ist.

(5) Werden auf öffentlichen Straßen im Gefahrenbereich des fließenden Verkehrs Instandsetzungsarbeiten an Fahrzeugen durchgeführt, muss Warnkleidung nach § 31 Abs. 1 getragen werden.

Durchführungsanweisung:

Gefahren des fließenden Verkehrs bestehen bei Instandsetzungsarbeiten insbesondere dann, wenn an der dem Verkehr zugewandten Seite des Fahrzeuges Arbeiten ausgeführt werden müssen, bei denen weder auf den Verkehr geachtet, noch ihm ausgewichen werden kann.

Instandsetzung sind Maßnahmen zur Wiederherstellung des Sollzustandes.

Die Instandsetzung umfasst alle Arbeiten zur Wiederherstellung des verkehrssicheren, ordnungsgemäßen und betriebsbereiten Zustandes von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen.

Auch bei anderen Tätigkeiten am Fahrzeug, z. B. dem Auflegen von Gleitschutzketten (Schneeketten) oder Anfahrhilfen, ist das Tragen von Warnkleidung zu empfehlen.

(6) Bei der Durchführung von Abschlepp- oder Bergungsarbeiten auf öffentlichen Straßen im Gefahrenbereich des fließenden Verkehrs muss Warnkleidung nach § 31 Abs. 1 getragen werden.

V. Prüfung

Prüfung

§ 57

(1) Der Unternehmer hat Fahrzeuge bei Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, durch einen Sachkundigen auf ihren betriebssicheren Zustand prüfen zu lassen.

Durchführungsanweisung:

Für die Prüfung von Fahrzeugen bestehen besondere Grundsätze; siehe BG-Grundsatz „Prüfung von Fahrzeugen durch Sachkundige“ (BG 916 bisher ZH 1/282.2).

Die Prüfung des betriebssicheren Zustandes durch den Sachkundigen umfasst sowohl den verkehrssicheren als auch den arbeitssicheren Zustand des Fahrzeuges.

Die Prüfung des verkehrssicheren Zustandes des Fahrzeuges ist auch erbracht, wenn ein mängelfreies Ergebnis einer Sachverständigenprüfung nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vorliegt.

Für Personenkraftwagen und Krafträder gelten Sachkundigenprüfungen als durchgeführt, wenn über die in den vom Hersteller vorgeschriebenen Intervallen ordnungsgemäß durchgeführten Inspektionen mängelfreie Ergebnisse einer autorisierten Fachwerkstatt vorliegen.

Zusätzlich zur fahrzeugtechnischen Prüfung kann die Prüfung von Aufbauten und Einrichtungen erforderlich sein, wenn dies durch Verordnung, Unfallverhütungsvorschrift oder Richtlinie bestimmt ist, z. B. durch

- Druckbehälterverordnung,
- Gefahrgutverordnung Straße,
- Verordnung über brennbare Flüssigkeiten,
- Unfallverhütungsvorschrift „Krane“ (BGV D 6 bisher VBG 9),
- Unfallverhütungsvorschrift „Winden, Hub- und Zuggeräte“ (BGV D 8 bisher VBG 8),
- Unfallverhütungsvorschrift „Hebebühnen“ (VBG 14),
- Unfallverhütungsvorschrift „Verwendung von Flüssiggas“ (BGV D 34 bisher VBG 21).

Sachkundiger ist, wer auf Grund seiner fachlichen Ausbildung und Erfahrung ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiet der Fahrzeugtechnik hat und mit den einschlägigen staatlichen Arbeitsschutzvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften und allgemein anerkannten Regeln der Technik (z. B. BG-Regeln, DIN-Normen, VDE-Bestimmungen, technische Regeln anderer Mit-

gliedstaaten der Europäischen Union oder anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum) so weit vertraut ist, dass er den betriebssicheren Zustand von Fahrzeugen beurteilen kann.

(2) Die Ergebnisse der Prüfung nach Absatz 1 sind schriftlich niederzulegen und mindestens bis zur nächsten Prüfung aufzubewahren.

Durchführungsanweisung:

Diese Forderung ist z. B. erfüllt, wenn die Ergebnisse in einem Prüfbuch, einer Prüfkartei oder einem Prüfbericht nachgewiesen sind; siehe auch BG-Grundsatz „Prüfung von Fahrzeugen durch Sachkundige“ (BGG 916 bisher ZH 1/282.2).

VI. Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrigkeiten

§ 58

Ordnungswidrig im Sinne des § 209 Abs. 1 Nr. 1 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) handelt, wer

1. als Unternehmer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen des

§ 4a Abs. 2 Satz 2 oder 3,

§ 5,

§ 6 Abs. 3,

§ 7 Abs. 1, 2, 3 Satz 1,

§ 8 Abs. 1 bis 4, 6, 8 Satz 1, Absatz 9 Satz 1 oder Absatz 11,

§§ 10, 11 Abs. 2 bis 4,

§§ 12 bis 14,

§ 15 Abs. 1, 2 Satz 1, Absatz 3 oder 4,

§ 16 Abs. 2 Satz 2,

§ 18,

§ 19 Abs. 1 bis 5 oder 7,

§ 20 Abs. 1, 2, 4 Satz 2, Absatz 5 Satz 1,

§ 21,

§ 22 Abs. 1 Sätze 2 oder 3, Absätze 2 bis 4, 5 Satz 1, Absätze 6 bis 8, 9 Satz 1, Absatz 11 Satz 1 Nr. 1 oder 2,

§ 23 Abs. 2,

§ 24 Abs. 1 oder 2,

§ 25 Abs. 1 Satz 2, Absatz 2 Nr. 1 oder 2, Absätze 4 oder 5,

§§ 26 oder 27,

§ 28 Abs. 1 Satz 2 oder 3, Absatz 2, Absatz 3 Satz 1 oder 2, Absätze 5, 7 oder 8 Satz 1,

§ 29 Abs. 2 bis 4 oder 5 Satz 1
oder
§ 30 Abs. 1,
§ 31 Abs. 1,
§ 33 Abs. 1,
§ 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 oder 3, Satz 2,
§ 37 Abs. 2,
§ 38 Abs. 4,
§ 39,
§ 40 Abs. 1, 2 oder 4,
§ 42 Abs. 1, 3 oder 4,
§ 43 Abs. 1 bis 3,
§ 44 Abs. 1,
§ 45 Abs. 4,
§ 46 Abs. 2,
§ 47 Abs. 1 Satz 2, Absätze 3 bis 6,
§ 51,
§ 54 Abs. 1, 2, 3 Satz 1, Absatz 4,
§ 56
oder
§ 57;

2. als Versicherter vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen des

§ 33 Abs. 2,
§ 36,
§ 37 Abs. 2,
§ 38 Abs. 4,
§ 39,
§ 40 Abs. 1, 2 oder 4,
§ 41 Abs. 2,
§ 42 Abs. 1 bis 4,
§ 43 Abs. 1 bis 3,
§ 44 Abs. 1 oder 2,
§ 45 Abs. 4,
§ 46,
§ 47 Abs. 1 Satz 2, Absätze 3 bis 6,
§ 51,
§ 54 Abs. 1,
§ 55 Abs. 1 oder 2
oder
§ 56 Absätze 2 bis 6

zuwiderhandelt.

VII. Übergangs- und Ausführungsbestimmungen

Übergangs- und Ausführungsbestimmungen

§ 59

(1) Für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. April 1980 erstmalig in Betrieb genommen wurden, und für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. April 1980 hergestellt sind (Baujahr), gelten folgende Bestimmungen nicht:

- § 5 Abs. 1,
- § 8 Abs. 7,
- § 8 Abs. 8 Satz 1, jedoch nur insoweit, als Verankerungspunkte für Sicherheitsgurte nicht vorhanden sind,
- § 19 Abs. 4
und
- § 24 Abs. 1 hinsichtlich der Abmessungen von Standflächen auf Fahr-
mischeraufbauten.

(2) Für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. April 1980 erstmalig in Betrieb genommen wurden, und für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. April 1980 hergestellt sind (Baujahr), gelten die Bestimmungen des § 24 Abs. 1, 2 und 5 Nr. 1 hinsichtlich der Laufstegbreite und der Geländerhöhe als erfüllt, wenn die Fahrzeuge am 1. April 1980

- mit einem Laufsteg von mindestens 0,3 m Breite,
- mit einem Geländer von mindestens 0,8 m Höhe
ausgerüstet waren.

(3) Für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. April 1981 erstmalig in Betrieb genommen wurden, und für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. April 1981 hergestellt sind (Baujahr), gelten folgende Bestimmungen nicht:

- § 6 Abs. 1,
- § 11 Abs. 2,
- § 20 Abs. 1, ausgenommen die Ausrüstungspflicht mit roten Rück-
strahlern,
- § 22 Abs. 7 und 8.

(4) Für Autotransporter nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. Januar 1986 erstmalig in Betrieb genommen wurden, und für Autotransporter nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Januar 1986 hergestellt sind (Baujahr), gilt die Bestimmung des § 24 Abs. 5 Nr. 1 als erfüllt, wenn die Absturzsicherungen aus zwei statt aus vier Seilen bestehen.

(5) Für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. April 1983 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 9 Abs. 1 Satz 2 nicht.

(6) Für Fahrmiter nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. Januar 1988 erstmalig in Betrieb genommen wurden, und für Fahrmiter nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Januar 1988 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 24 Abs. 2 Satz 1 hinsichtlich des Geländers nicht. Die Arbeitsplätze müssen jedoch mit einem mindestens 0,9 m hohen Handlauf ausgerüstet sein.

(7) Für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. Oktober 1992 erstmalig in Betrieb genommen werden, und für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Oktober 1992 hergestellt sind (Baujahr), gelten folgende Bestimmungen nicht:

- § 5 Abs. 3,
- § 6 Abs. 3,
- § 8 Abs. 11, jedoch nur insoweit, als Verankerungspunkte für Sicherheitsgurte nicht vorhanden sind,
- § 14 Abs. 2,
- § 18,
- § 20 Abs. 1 Nr. 1 hinsichtlich der Ausrüstung mit Rückfahrscheinwerfern,
- § 22 Abs. 4 Satz 2,
- § 22 Abs. 6,
- § 22 Abs. 11 Nr. 1,
- § 25 Abs. 2 Nr. 2 und 3.

(8) Für Feuerwehrfahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Oktober 1992 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 25 Abs. 1 Satz 2 nicht.

(9) Für Schlauchwagen nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. Oktober 1992 erstmalig in Betrieb genommen werden, und für Schlauchwagen nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Oktober 1992 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 8 Abs. 4 Nr. 2 nicht.

(10) Für Fahrzeuge mit Kippbrücken und Dumper nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. April 1981 erstmalig in Betrieb genommen wurden, und für solche nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. April 1981 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 22 Abs. 9 nicht.

(11) Für Absetzkipper und Hubkipper nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. Oktober 1994 erstmalig in Betrieb genommen werden, und für Absetzkipper und Hubkipper nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Oktober 1994 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 22 Abs. 9 nicht.

(12) Für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 1, die bis zum 1. Oktober 1994 erstmalig in Betrieb genommen werden, und für Fahrzeuge nach § 4 Abs. 2, die bis zum 1. Oktober 1994 hergestellt sind (Baujahr), gelten folgende Bestimmungen nicht:

- § 9 Abs. 2,
- § 22 Abs. 1 Satz 3,
- § 22 Abs. 11 Nr. 3,
- § 23 Abs. 2,
- § 25 Abs. 5.

(13) Für Personenkraftwagen, die nicht unter § 4 Abs. 1 fallen und die bis zum 1. Oktober 1993 hergestellt sind (Baujahr), gilt § 8 Abs. 8 und 9 nicht. Für diese gilt:

1. Die unmittelbar hinter der Windschutzscheibe befindlichen Außensitze müssen jeweils mindestens mit einem Schultergurt in Verbindung mit einem Beckengurt (Dreipunktgurt) oder mit Rückhaltesystemen, die in ihrer Wirkung mindestens Dreipunktgurten entsprechen, ausgerüstet sein. Die übrigen Sitze müssen mindestens mit Beckengurten (Zweipunktgurten) oder mit Rückhaltesystemen, die in ihrer Wirkung mindestens Beckengurten entsprechen, ausgerüstet sein. Für Klappsitze und nicht nach vorn gerichtete Sitze sind Sicherheitsgurte nicht erforderlich.
2. Bei Fahrzeugen mit offenem Aufbau oder bei denen Teile des Aufbaues abnehmbar sind und die aus diesem Grund die Anbringung eines oberen Gurtverankerungspunktes nicht zulassen, genügen Beckengurte (Zweipunktgurte).
3. Die Nummern 1 und 2 gelten nicht für Fahrzeuge, die bis zum 1. April 1980 hergestellt sind (Baujahr) und keine Verankerungspunkte für Sicherheitsgurte haben.
4. Nummer 1 Satz 2 gilt nicht für Fahrzeuge, die bis zum 1. September 1979 hergestellt sind (Baujahr).

VIII. In-Kraft-Treten

In-Kraft-Treten

§ 60

Diese Unfallverhütungsvorschrift tritt am 1. Oktober 1991 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Unfallverhütungsvorschrift „Fahrzeuge“ (VBG 12) vom 1. April 1980 in der Fassung vom 1. Oktober 1984 außer Kraft.

Anhang 1

Freiraummaße bei Bolzenkupplungen (zu § 28 Abs. 2)



- zu 1) Die Maße ≥ 60 mm und ≥ 100 mm (Handhebelfreiraum) gelten grundsätzlich für alle Arten von Bolzenkupplungen und Anbausituationen. Für Bolzenkupplungen mit nach abwärts gerichtetem Handhebel gilt das Maß ≥ 60 mm sinngemäß (hier: nach unten).
- zu 2) Das Maß ≥ 300 mm ist am Fahrzeug einzuhalten, wenn die Möglichkeit der freien Austauschbarkeit bauartgenehmigter (ABG = Allgemeine Bauartgenehmigung) Normkupplungen (Bolzenkupplungen DIN 74 051-1 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 40; Maße und Rechenwerte“ bzw. DIN 74 052 Teil 1 „Mechanische Verbindungen für Kraftfahrzeuge und Anhänger; Selbsttätige Bolzenkupplungen 50; Maße und Rechenwerte“) untereinander ohne erneute Begutachtung durch einen Sachverständigen gegeben sein soll. Andernfalls kann bei einem Austausch gegen nicht baugleiche Bolzenkupplungen (unterschiedliche ABG-Nr.) der Freiraum um den Handhebel unzulässig eingeschränkt sein. Das gilt jedoch nicht für Bolzenkupplungen mit nach abwärts gerichtetem Handhebel; solche sind allerdings nur an Heckkippern oder Kraftfahrzeugen mit Hecktüren oder Hubladebühnen (Ladebordwänden) zulässig, sofern an diesen Zugfahrzeugen hierzu eine technische Notwendigkeit besteht (bestätigt durch ein Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr).

Das Maß ≥ 300 mm ergibt sich aus dem Maß ≤ 240 mm, das in DIN 74 051-1 festgelegt ist, und dem Freiraummaß ≥ 60 mm um den Handhebel.

Siehe auch „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 1994 über mechanische Verbindungseinrichtungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie ihre Anbringung an diesen Fahrzeugen“ (94/20/EG).

Anhang 2

Ein- und Ausstiege, Aufstiege, Arbeitsplätze auf Fahrzeugen

1 Ein- und Ausstiege, Aufstiege

1.1 Stufenaufstiege und zugeordnete Haltemöglichkeiten, Ein- und Ausstiege zum Führerhaus

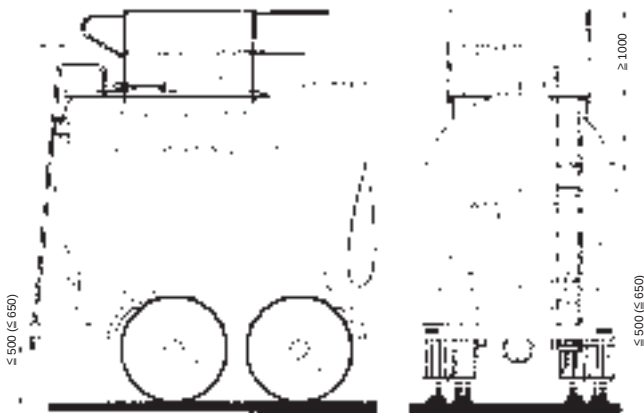
	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
1.1.1	Abstand der untersten Stufe vom Boden	maximal 500; für schwere Bau- stellenfahrzeuge, Geländefahrzeuge u. Ä.: maximal 650; für Feuerwehrfahr- zeuge: maximal 625	im unbeladenen Zustand des Fahrzeu- ges; nach Führerhaus- richtlinien maximal 650 mm ausreichend
1.1.2	Abstand der Stufen	maximal 400; sofern technisch notwendig und Feuerwehrfahr- zeuge: maximal 500	Stufenabstände unter- einander möglichst gleich; Abweichung maximal 10 %
1.1.3	Auftrittstiefe der Stufen	mindestens 80	
1.1.4	Fußraumtiefe	mindestens 150	Abstand von Vorder- kante Stufe bis zum festen Bauteil
1.1.5	Fußraumhöhe	mindestens 150	empfohlen 190 mm
1.1.6	Auftrittsbreite der Stufen	mindestens 300	empfohlen 400 mm, nach Führerhausricht- linien für Führerhaus- einstiege 230 mm aus- reichend
1.1.7	Trittsicherheit		– bei Trittstufen außen am Fahrzeug: z. B. Roste, Lochbleche, Streckbleche (gegebenenfalls auf Trägermaterial) – bei anderen Trittstufen (die nicht bewittert oder während der Fahrt eingeschmutzt werden können): z. B. Profilierung, Riffelbleche, geeignete Überzüge

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
1.1.8	Haltemöglichkeiten		Aufstiegen müssen griffgünstig angebrachte Haltegriffe oder andere gleichwertige Halteinrichtungen zugeordnet sein; Haltestangen oder Haltegriffe bei mehr als 2-stufigen Aufstiegen sind so anzuordnen, dass sich eine Person jeweils gleichzeitig an drei Punkten abstützen kann; Feuerwehrfahrzeuge siehe DIN 14 502-2
1.1.8.1	Griffdurchmesser, -stärke	mindestens 16 maximal 38	empfohlen werden 25 mm
1.1.8.2	Grifflänge	mindestens 150	Müllsammelfahrzeuge siehe Anhang 3
1.1.8.3	Griffabstand von Bauteilen	mindestens 50	Müllsammelfahrzeuge siehe Anhang 3
1.1.8.4	Abstand Unterkante Haltegriff vom Boden	maximal 1650	Müllsammelfahrzeuge siehe Anhang 3
1.1.8.5	Abstand Oberkante Haltegriff von der obersten Stufe (Führerhausboden)	mindestens 500	empfohlen werden mindestens 900 mm; Müllsammelfahrzeuge siehe Anhang 3

1.2 Leiteraufstiege, Sprossen und zugeordnete Haltemöglichkeiten

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
1.2.1	Abstand der untersten Sprosse vom Boden	maximal 500; sofern technisch notwendig (z. B. auf Grund von Überhangwinkel, Unterfahrschutz, seitlichen Schutzeinrichtungen) maximal 650	im unbeladenen Zustand des Fahrzeuges; Leiterende gegebenenfalls klappbar ausführen

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
1.2.2	Abstand der Sprossen	maximal 280; Feuerwehrfahrzeuge: maximal 300, zwischen oberster Sprosse und dem Dach maximal 350	gleichmäßig, ohne Unterbrechungen
1.2.3	Auftrittstiefe der Sprossen	mindestens 20	
1.2.4	Fußraumtiefe	mindestens 150	Abstand von Mitte Sprosse zum festen Bauteil
1.2.5	Trittsicherheit		z. B. Profilierung oder geeignete Überzüge
1.2.6	Holmabstand	mindestens 300 maximal 450; Feuerwehrfahrzeuge: mindestens 250	
1.2.7	Holmführung		senkrecht; Neigung bis zu 70° gegen die Waagerechte zulässig; gebogene, den Fahrzeugaufbauten folgende Holme sind ungeeignet; Trittflächen bei jeder Holmführung waagerecht
1.2.8	Haltemöglichkeit am oberen Leiterende Höhe Durchmesser	mindestens 1000 mindestens 16 maximal 38; Feuerwehrfahrzeuge: siehe DIN 14 502-2	durch Holmverlängerung, klappbaren Haltegriff oder Geländer empfohlen werden 25 mm
1.2.9	Ausziehbare, klappbare Leitern		leichtgängig, ohne Quetsch- und Scherstellen, kein Durchpendeln oder Durchdrücken (Nachgeben) in Arbeitsstellung; gegen unbeabsichtigte Bewegungen während der Fahrt form-schlüssig zu sichern



Aufstieg und Übergang zum Laufsteg



Fußraumtiefe

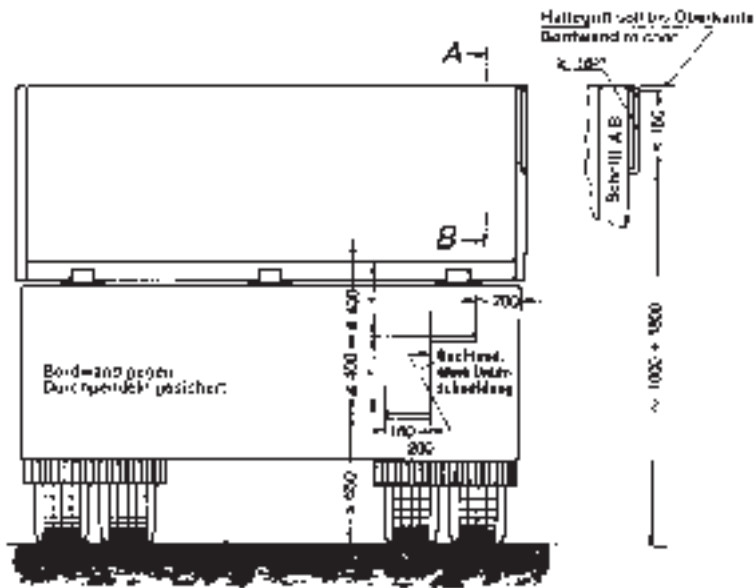
Beispiel
ungeeigneter
Steigleiterformen

Beispiele von
rutschhemmenden
Sprossenquer-
schnitten mit
einer Auftritts-
tiefe von min-
destens 20 mm

1.3 Einzeltrittaufstiege an Bordwänden und zugeordnete Haltemöglichkeiten

Aufstiege mit Einzelritten sollen nur vorgesehen werden, wenn Leitern oder Trittstufen nicht angebracht werden können; Einzeltritte können auch beweglich (klappbar, verschiebbar) angeordnet sein (z. B. als Klapptritte).

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
1.3.1	Abstand des unteren Einzeltrittes vom Boden	maximal 650	empfohlen werden 500 mm
1.3.2	Einzeltrittbreite für einen Fuß	mindestens 160	empfohlen werden 200 mm
1.3.3	Einzeltritttiefe = Fußraumtiefe	mindestens 150	
1.3.4	Senkrechter Abstand der Einzeltritte	maximal 400	gleiche Abstände zwischen den Einzelritten und zwischen oberem Einzeltritt und dem zu erreichenden Arbeitsplatz/der Ladefläche
1.3.5	Seitlicher Versatz mehrerer übereinander angeordneter Einzeltritte		ohne Unterschneidung
1.3.6	Zahl der beweglich angeordneten Einzeltritte (Klapptritte)	maximal 2 Tritte	
1.3.7	Haltemöglichkeiten		durch ergonomisch angeordnete Haltegriffe an Eckrungen oder Bordwänden oder Haltestange (ausziehbar); Maße siehe Abbildung
1.3.8	Bei Klappritten auf Bordwand		Durchpendeln der Bordwand muss vermieden sein
1.3.9	Bei verschiebbaren Einzelritten		geeignete Arretierung vorsehen



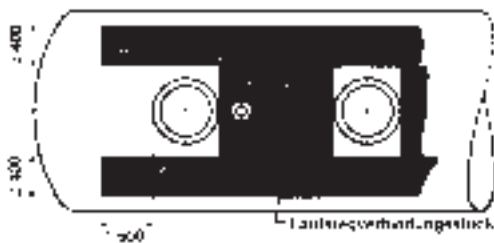
Klappritt-Aufstieg an einer Bordwand

Zu Klappritt-Aufstiegen gehören zweckmäßig angeordnete Haltemöglichkeiten. Solche können z. B. in die Eckrunge integriert oder klappbar ausgeführt sein.

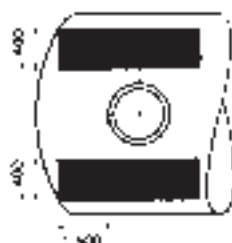
2 Arbeitsplätze auf Fahrzeugen

2.1 Laufstege

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
2.1.1	Laufstegbreite	mindestens 400; Feuerwehrfahrzeuge: mindestens 300	Zwischenräume vom Laufsteg zum Bauteil vermeiden oder möglichst gering halten
2.1.2	Laufsteglänge	mindestens 500 über die Außenkante der letzten zu betätigenden Einrichtung hinausragend	
2.1.3	Trittsicherheit		rutschhemmende Roste ausreichender Tragfähigkeit; Riffelbleche sind ungeeignet (z. B. bei Vereisung); Feuerwehrfahrzeuge siehe DIN 14 502-2
2.1.4	Laufsteganordnung		auf beiden Seiten der zu betätigenden Einrichtung, bei schräg liegenden Aufbauten waagerecht
2.1.5	Laufstegverbindungsstücke zwischen zu betätigenden Einrichtungen		gleiche Höhe und Ausführung wie Laufstege



Doppelter Laufsteg
mit Verbindungsstück



Doppelter Laufsteg

2.2 Arbeitsplätze (Bühnen) und Standflächen

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
2.2.1	Arbeitsplätze an zu betätigenden Einrichtungen des Fahrzeugaufbaus		möglichst großflächig aus rutschhemmenden Rosten
2.2.2	Arbeitsbühne für einen Dom		sie muss die Außenkanten des Domes allseitig um mindestens 500 mm umgeben
2.2.3	Arbeitsbühne für mehrere Dome	Breite mindestens Domdeckeldurchmesser + 2 x 400	die Länge richtet sich nach der Zahl der Dome; sie muss über die Außenkante des letzten Domes mindestens 500 mm hinausragen
2.2.4	Standflächen zur Betätigung und Wartung fahrzeugeigener Aggregate	mindestens $\geq 400 \times 500$	aus rutschhemmenden Rosten



Arbeitsbühne
für einen Dom



Auslegen der Domwanne bei Koffertanks



Arbeitsfläche bei mehreren stehenden Behältern

2.3 Absturzsicherungen

	Benennung	Abmessungen in mm	Erläuterungen
2.3.1	Geländer		Geländer bestehen aus Stützen, Handlauf, Knieleiste und Fußleiste. Ein Geländer ist als sicher anzusehen, wenn es mögliche Belastungen aufnehmen kann. Geländer und Pfosten müssen derart bemessen und die Verankerung und Verbindung der Geländerteile so ausgeführt sein, dass das Geländer einer an seiner Oberkante angreifenden Horizontalkraft von 300 N standhält.
2.3.2	Betätigung klappbarer oder versenkbarer Konstruktionen		leichtgängig, ohne Quetsch- und Scherstellen; in Arbeitsstellung feststellbar, Sicherung gegen unbeabsichtigtes Aufstellen und gegen Fahrgeräusche
2.3.3	Handlaufhöhe	mindestens 1000	
2.3.4	Knieleiste	in halber Geländerhöhe	
2.3.5	Fußleiste	Höhe 50	

Siehe Hinweise auf nächster Seite.

Hinweise

1. Geländer – wo feststehende Anbringung nicht möglich – so klappen oder absenken, dass Laufstege und Arbeitsplätze (Bühnen) sicher begehbar bleiben, wenn das Geländer, z. B. infolge unzureichender Höhe der Lade-
stelle, nicht aufgestellt werden kann.
2. Seile an Stelle von Handläufen sind nicht zulässig, ausgenommen bei Autotransportern; siehe dazu § 24 Abs. 5 Nr. 1. Seile an Stelle von Knie-
leisten sind zulässig.
3. Für Feuerwehrfahrzeuge siehe auch § 24 Abs. 5 Nr. 2.



Laufsteg mit feststehendem Geländer



Arbeitsbühne mit freistehendem Geländer, z. B. bei Chemikalienfahrzeugen



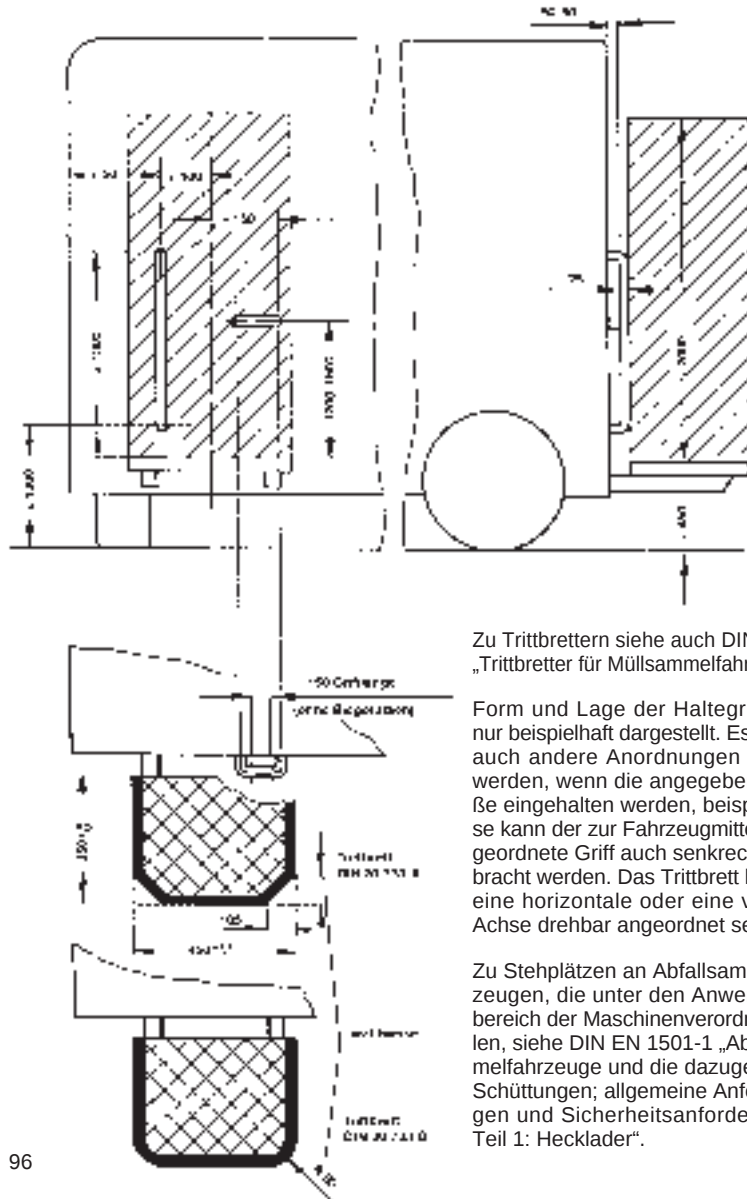
Seitlich klappbares Geländer



Geländer parallel zum Laufsteg klappbar

Anhang 3

Stehplätze an Müllsammelfahrzeugen



Zu Trittbrettern siehe auch DIN 30 733 „Trittbretter für Müllsammelfahrzeuge“.

Form und Lage der Haltegriffe sind nur beispielhaft dargestellt. Es können auch andere Anordnungen gewählt werden, wenn die angegebenen Maße eingehalten werden, beispielsweise kann der zur Fahrzeugmitte hin angeordnete Griff auch senkrecht angebracht werden. Das Trittbrett kann um eine horizontale oder eine vertikale Achse drehbar angeordnet sein.

Zu Stehplätzen an Abfallsammelfahrzeugen, die unter den Anwendungsbereich der Maschinenverordnung fallen, siehe DIN EN 1501-1 „Abfallsammelfahrzeuge und die dazugehörigen Schüttungen; allgemeine Anforderungen und Sicherheitsanforderungen; Teil 1: Hecklader“.

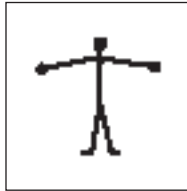
Anhang 4

Handsignale für Einweiser von Fahrzeugen (zu § 46 Abs. 1)

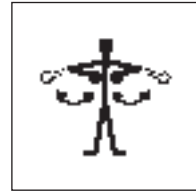
1. Handzeichen für allgemeine Hinweise



Achtung
Rechten Arm nach oben halten, Handfläche zeigt nach vorn



Halt
Beide Arme seitwärts waagrecht ausstrecken, Handflächen zeigen nach vorn



Halt – Gefahr
Beide Arme seitwärts waagrecht ausstrecken, Handflächen zeigen nach vorn und Arme abwechselnd anwinkeln und strecken

2. Handzeichen für Fahrbewegungen



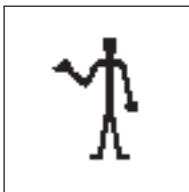
Abfahren
Rechten Arm nach oben halten, Handfläche zeigt nach vorn und Arm seitlich hin- und herbewegen



Herkommen
Beide Arme beugen, Handflächen zeigen nach innen und mit den Unterarmen heranwinkeln

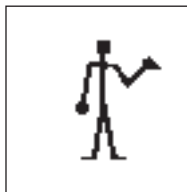


Entfernen
Beide Arme beugen, Handflächen zeigen nach außen und mit den Unterarmen wegwinkeln



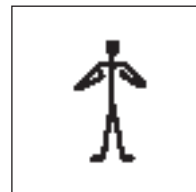
Links fahren
– vom Einweiser aus gesehen

Den linken Arm in horizontaler Haltung leicht anwinkeln und seitlich hin- und herbewegen



Rechts fahren
– vom Einweiser aus gesehen

Den rechten Arm in horizontaler Haltung leicht anwinkeln und seitlich hin- und herbewegen



Anzeige einer Abstandsverringerung
Beide Handflächen parallel halten und dem Abstand entsprechend zusammenführen

Stichwortverzeichnis

Die angegebenen Fundstellen beziehen sich auf die §§ und Absätze der Unfallverhütungsvorschrift [z. B. 2 (2) bedeutet § 2 Abs. 2] bzw. auf die Durchführungsanweisungen (DA) [z. B. DA 27 (1) bedeutet DA zu § 27 Abs. 1].

A

Abblendlicht	20 (1)
Abbremsung	19 (1), (4), (5)
Abgase	7 (2); DA 34 (2)
Abgasleitungen, -mündungen	16 (2); DA 51
Abgleitkipper	DA 1 (1)
Abnehmbare An- und Aufbauten	22 (2)
Abrollkipper	DA 1 (1)
Abschleppen	DA 47 (1); 56 (6)
Abschleppkran, -wagen	DA 1 (1); DA 2 (2); 23
Absetzkipper	DA 1 (1); 22 (4)
Absinken von Fahrzeugaufbauten	22 (5); 56 (2)
Abspringen	DA 41 (1); 42 (3)
Abstand zwischen Mitte Kuppelbolzen und Hinterkante Aufbau	28 (5), (6)
Abstellen von Fahrzeugen bei Dunkelheit	DA 34 (2)
Abstützeinrichtungen	DA 23; DA 53
Absturzgefahr	45 (3), (4)
Abwärtsfahren	DA 44 (3)
Achslastausgleich, hydraulischer	22 (5)
Achslasten,	
zulässige	5 (1); DA 34 (2); 37 (1); 39 (2)
Allgemeine Betriebserlaubnis	DA 4 (1)
Anfahren	42 (2)
Anhängefahrzeuge	
– Betrieb	39; 47 (2), (6)
– einachsige A.	19 (6); 26 (1), (3); 39 (2)
Anhängerkupplungen	5 (2); 28 (1) bis (6); 40 (1), (2); Anhang 1
Anhängelast, zulässige	DA 5 (1); 5 (2); 19 (5); 39 (1); DA 34 (2)
Anzeige- und Kontrollgeräte	10 (2); 22 (9)
Arbeiten	
– an Erd- und Felswänden	DA 54 (3)
– im fließenden Verkehr	56 (5), (6)
– unter geöffneten, gekippten oder angehobenen Fahrzeugaufbauten oder -teilen	38 (4); 56 (2)
Arbeitsbühnen	24 (1); Anhang 2
Arbeitsmaschinen	2 (2)
Arbeitsplätze auf Fahrzeugen	24; 25 (2); 41 (2); Anhang 2
Arbeitssicherer Zustand	DA 57 (1)
Aufbewahrung von Prüfergebnissen	57 (2)
Aufenthalt	
– auf Fahrzeugen	24; DA 54 (1)
– neben Fahrzeugen mit Drehschemel- lenkung beim Rangieren	47 (2)
– unter geöffneten, gekippten oder angehobenen Fahrzeugaufbauten oder -teilen	38 (4); 56 (2)

– zwischen den Fahrzeugen beim Kuppeln	40 (2)
Auffälliger Anstrich	21
Auffahrampen, Sicherung	DA 22 (2), (3)
Auflaufenlassen von Anhängefahrzeugen	40 (4)
Aufsetztanks, Sicherung	DA 22 (2)
Aufspringen während der Fahrt	42 (3)
Aufstiege, Einstiege	25; 41 (1); Anhang 2
Auftrag zum Führen des Fahrzeuges	DA 35 (1)
Ausbildung zum Berufskraftfahrer	35 (2)
Auspuffleitungen, -mündungen	16 (2)

B

Bauartgenehmigung	DA 4 (1)
Baujahr	5 (1)
Befähigungsnachweis	35 (1)
Befahren	
– von Gefällstrecken	DA 44 (3)
– von Räumen	DA 16 (1); DA 34 (2); 54 (4)
Behälterfahrzeuge	24 (1)
Beifahrerplätze, Mitfahrer- plätze	8 (2), (3), (4), (7); 25 (1); 42 (1), (2)
Be- und Entladen	37; 55 (1); DA 55 (3)
Belästigung durch Abgase	16 (1)
Beleuchtungseinrichtungen	48
Benutzung	
– von fahrzeugeigenen Einrichtungen	41 (3)
– von Schutzhelmen	43 (2)
– von Sicherheitsgurten	43 (1), (4)
Bergen	52; 56 (6)
Bestimmungsgemäße Benutzung	33
Betätigungseinrichtungen (Stellteile)	10 (1); 22 (4), (10)
Betriebsanleitungen	34 (1); 56 (1)
Betriebsanweisungen	34 (2)
Betriebsbremse	19 (1)
Betriebserlaubnis	4 (1)
Betriebsmäßiges Begehen	DA 24 (1)
Betriebssicherer Zustand	33; 57 (3)
Betriebsstörungen, Verhalten bei –	DA 34 (2)
Bewegliche	
An- und Aufbauteile	22 (3); 38 (4); 56 (2)
Bewegungsraum	8 (7)
Bodenfreiheit von Zuggabeln	28 (7)
Bodengeräte der Luftfahrt	1 (2)
Bodenverdichter	DA 1 (2)
Bolzenkupplungen	28 (1 bis 6); 40 (1), (2); Anhang 1
Bordwände	22 (11); DA 22 (2), (3); 38 (2); DA 38 (3)
Bordwandaufstiege	Anhang 2

Bordwandverschlüsse	22 (11); DA 22 (10); 38 (2); DA 38 (3)
Bremsleuchten	20 (1), (3)
Bremsprüfungen	DA 19 (1)
Bremsverzögerung	19

C

Container, Sicherung	DA 22 (2)
----------------------	-----------

D

Dachschlafkabinen	DA 8 (3); 42 (4), (5)
Dolly-Achsen (Rangierachsen)	27; 47 (3)
Drehschemellenkung	DA 37 (2); 47 (2); DA 47 (5)
Dumper	DA 2 (1)
Durchfahrthöhen, -breiten	37 (6)

E

ECE-Genehmigung	DA 4 (1)
EG-Teilbetriebserlaubnis	DA 4 (1)
Eignung von	
– Einweisen	DA 46 (1)
– Fahrzeugführern	35 (1)
– Sachkundigen	DA 57 (1)
Einachsige	
– Anhängelfahrzeuge	19 (6); 26 (1), (3); 39 (2)
– Nachläufer	26 (2), (3)
Einsatz	
– bei Gefahr durch herabfallende schwere Gegenstände	54 (3)
– im Freien	6 (1)
– in Räumen, unter Tage	DA 16 (1); DA 34 (2); 54 (4)
Einstellbarkeit der Zugeinrichtung	28 (7), (8)
Einweisen	46; Anhang 4
Einzeltrittaufstiege	Anhang 2
Elektrische	
– Freileitungen, Fahrleitungen	
Sicherheitsabstände	54 (1), (2)
– Leitungen im Fahrzeug	17
Erdbaumaschinen	1 (2)
Ersatzräder,	
Ersatzradunterbringungen	29 (4), (5)
Erstmals in Verkehr bringen	1 (2)
EWG-Betriebserlaubnis	DA 4 (1)
Exportfahrzeuge	1 (2)

F

Fabriknummer	5 (1)
Fabricschild	5 (1)
Fahrbahnverhältnisse	44 (3)
Fahrbare Arbeitsmaschinen	2 (2)
Fahreigenschaften	44 (3)
Fahrersitz	9 (1)
Fahrgestellnummer	5 (1)
Fahrtrichtungsanzeiger	20 (1)
Fahrverhalten des Fahrzeuges	37 (1)
Fahrzeugaufbauten, anhebbare	22 (5); 56 (2)
Fahrzeugsführerplatz	8 (1), (7); 25 (1); 44 (1)

Fahrzeugsführersitz	9 (1)
Fahrzeug-Identifizierungsnummer	5 (1)
Fahrzeugkrane, gleislose	DA 2 (2)
Fahrzeugzüge	19 (5); 39
Federheber	DA 22 (3)
Fernbetätigungseinrichtung Kupplung	28 (6)
Feststellbremse	19 (2), (7); 40 (1), (3); 55 (1)
Feuerwehrfahrzeuge	DA 2 (1); DA 7 (1)
Flüssiggasbehälter, -leitungen, -heizungen	DA 7 (2); DA 17; DA 51
Flurförderzeuge	1 (2)
Formschlüssige Sicherungen	22 (5) bis (7); 56 (2)
Forstwirtschaftliche Fahrzeuge	1 (2)
Freiraummaße bei Kupplungen	28 (2); Anhang 1
Führen von Fahrzeugen	35; 44

G

Gangeinlegen	55 (1)
Garagentransportfahrzeuge	23 (2)
Gasdruckfedern	DA 22 (3)
Gefällstrecken	DA 44 (3); 55 (1)
Gefahrbereich von Fahrzeugen	11 (2); 38; 47 (4); 56 (5)
Geländeeinsatz	DA 44 (3); 45 (2); 55 (1)
Geländer	24 (2), (5); 41 (2), (3); 59 (2), (4), (6); Anhang 2
Geldtransportfahrzeuge	DA 1 (1)
Genehmigung für den Straßenverkehr	4 (1)
Gesamtgewicht, zulässiges	5 (1); 37 (1)
Geschwindigkeitsmesser	DA 10 (2)
Gesundheitsgefährdung durch Abgase	7 (2); 16; 54 (4)
Gleisreinigungsfahrzeuge	DA 2 (2)
Gussasphalt-Mischgeräte	DA 2 (2)

H

Haltegriffe	8 (4); 24 (1); 25 (1); 41; Anhang 2
Handzeichen für Einweiser	DA 46 (1); Anhang 4
Herstellerangabe	5 (1)
Hochdruckspülfahrzeuge	DA 2 (2)
Höchstgeschwindigkeit, zulässige	DA 5 (1); DA 34 (2); 39 (1)
Höheneinstelleinrichtungen	28 (7), (8); 40 (1), (2)
Hubarbeitsbühnen, fahrbare	DA 1 (1); DA 2 (2); DA 22 (5)
Hubeinrichtungen	23
Hubladebühnen	DA 1 (1); DA 2 (2); DA 22 (5)
Hublast, zulässige	5 (3)
Hupen	DA 13
Hydraulikanlagen, -leitungen	17; 18; 22 (5)

I

Innerbetriebliche Verkehrsregelung	DA 34 (2)
Instandhaltungsarbeiten	22 (6); DA 22 (7); 56

J

Jugendliche	35 (2)
-------------	--------

K

Kehrfahrzeuge	DA 2 (2)
Kennlichmachung hinausragender Ladung	37 (5)
Kippbare	
– Fahrzeugaufbauten	22 (5) bis (8); 23; 56 (2)
– Führerhäuser	DA 22 (5)
Kippbrücken	DA 22 (5); 25 (2)
Kippeinrichtungen	DA 1 (1); 22 (4) bis (9); 23
Kippfahrzeuge	DA 1 (1); 22 (4) bis (9); 23; DA 38 (1)
Kippgefahr von Fahrzeugen	37 (2); 45 (4); 53
Kippstellen	45 (4)
Klappungen	DA 22 (3)
Klappsitze	8 (10); 59 (13)
Klappritt-Aufstiege	Anhang 2
Knicklenkungsfahrzeuge	11 (3), (4); 56 (3)
Kofferraumklappen von Kraftomnibussen	DA 22 (3)
Kommunalfahrzeuge	DA 2 (1)
Kompressoren, fahrbare	DA 2 (2)
Kopfstützen	DA 8 (8)
Kraftbetriebe Türe	DA 22 (3)
Kraftomnibusse	DA 2 (1)
Krafträder	DA 2 (1)
Kraftstoffbehälter, -leitungen	17
Krankenfahrstühle	1 (2)
Krankenkraftwagen, -transportwagen	DA 7 (1)
Kühlfahrzeuge	DA 1 (1)
Kühlgeräte	7 (2); 51

L

Ladebordwände	DA 1 (1)
Ladebrücken, höhenverstellbare	DA 22 (5)
Ladeflächenaufstiege	25 (2), (3); DA 41 (1); Anhang 2
Ladekran	DA 1 (1); DA 23 (1)
Laderaumtüren	DA 22 (3)
Ladungs-	
– Druck	22 (11); 28 (2)
– Einflüsse	44 (3)
– Sicherung	22 (1); 37 (4)
– Verteilung	37 (1)
Lärminderung	DA 6 (1)
Landwirtschaftliche Fahrzeuge	1 (2)
Langholzfahrzeuge	DA 1 (1), (2); DA 22 (1); DA 26 (2); DA 38 (1)
Lastkraftwagen	DA 2 (1)
Lastverteilungsplan	DA 37 (4)
Laufstege	24 (1), (3), (4); 41 (2); 59 (2); Anhang 2
Leergewicht	5 (1)
Leitungsbruchsicherungen in Hydraulikanlagen	DA 22 (5)
Liegeplätze	8 (3), (6); 43 (3); DA 42 (5)
Lüftung	7 (1), (2)
Luftfahrtbodengeräte	1 (2)
Luftfederung	22 (5)

M

Mängelfeststellung	36
Mindestachslast der gelenkten Achse	DA 37 (1)
Mitfahrereinstiege	25 (3)
Mittengeteilte Felgen	29 (2), (3); 56 (4)
Motorhauben, -klappen	DA 22 (3)
Müllsammelfahrzeuge	DA 1 (1); DA 2 (2); DA 38 (1); Anhang 3
Muldenfahrzeuge (Dumper)	DA 2 (1)

N

Nachläufer	26 (2), (3)
Nachrüstarbeiten, Umrüstarbeiten	56 (1)
Nichtselbsttätige Anhängerkupplungen	DA 28 (1)
Notausstiege	25 (5)
Notlenkanlage	DA 11 (1)
Notsitze	DA 8 (10)
Nutzlast	DA 5 (1); DA 34 (2)

O

Oberflächen, heiße	7 (2); 16 (2); 17
Öffnen von Aufbauverriegelungen, Bordwandverschlüssen	38 (2), (3)
Optische Signale	DA 50

P

Parksperr	55 (1)
Personenkraftwagen	DA 2 (1)
Pistenraupen	1 (2)
Privatfahrzeuge	1 (2)

R

Rampen, -verschlüsse	22 (11); DA 22 (3)
Rangieren von Anhängern mit Drehschemellenkung	47 (2)
Reichweite von Versicherten	DA 16 (2); DA 22 (11)
Rettungswagen	DA 7 (1)
Rolläden	DA 22 (3)
Rollböden	DA 37 (3)
Roste, rutschhemmende	24 (1); Anhang 2
Rückfahrscheinwerfer	20 (1), (6); DA 46 (1)
Rückhaltesysteme	8 (6), (8), (9), (10); 59 (13)
Rückschlagventile	DA 22 (5)
Rückspiegel	15 (2), (3)
Rückstrahler	20 (1), (2), (4)
Rückwärtsfahren	43 (4); 46
Ruheräume in Kraftomnibussen	DA 8 (3)
Rungen	DA 22 (2)

S

Sachkundigenprüfung	57 (1)
Sachverständigenprüfung	57 (1)
Sattelanhänger	
– Bremswirkung	19 (4)
– Stützeinrichtungen	DA 22 (5); 26 (4); 28 (8); DA 37 (2); 55 (3)
Sattelkupplungen	DA 28 (1); 28 (3); 40 (1)
Sattellast, zulässige	37 (1)

Saugfahrzeuge	DA 2 (2)
Schaustellerfahrzeuge	1 (2)
Scheinwerfer	20 (1)
Schiebetürgriffe	DA 22 (10)
Schlussleuchten	20 (1)
Schneeketten (Gleitschutzketten) auflegen	DA 56 (5)
Schneepflüge	DA 2 (2)
Schüttungsbeleuchtung	20 (5)
Schuhwerk	44 (2)
Schutzdach	6 (3); 54 (3)
Schwenkeinrichtungen an Fahrzeugen	22 (4); 23
Schwingungen	DA 9 (1)
Selbstfahrende Arbeitsmaschinen	2 (2)
Selbsttätige Bolzenkupplungen	28 (1) bis (6); Anhang 1
Sicherheitsglas	DA 8 (7)
Sicherheitsgurte	8 (8) bis (11); 43 (1), (4); 59 (13)
Sicherheitskennzeichnung	DA 21; DA 34 (2)
Sicherung gegen	
– Fortrollen	30; 37 (2)
– Kippen von Anhängefahrzeugen	26; 37 (2)
– Überschreitung der zulässigen Endstellung von Kipp- oder Hubbewegungen	22 (8)
– unbeabsichtigte Bewegungen von Fahrzeugen	55 (1)
– unbeabsichtigtes Lösen abnehmbarer An- und Aufbauten	22 (2)
– unbefugte Benutzung	12; 55 (2)
Sichtkontrolle bei Kupplungen	28 (1)
Sichtverhältnisse	44 (3)
Signaleinrichtungen zur Verständigung	14; 42 (2)
Sitzplätze	8 (2), (3)
Standflächen	8 (4); 24 (1); 41 (2); Anhang 2
Stehplätze	8 (3 bis 5); 42 (1); Anhang 2 und 3
Steuerhebel	DA 22 (10)
Straßenfertiger	DA 2 (2)
Straßenmarkierungsmaschinen	DA 2 (2)
Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung	DA 4 (1)
Straßenwalzen	DA 1 (2)
Stützeinrichtungen an	
– einachsigen Anhängern	26 (1), (3); 28 (8); DA 37 (2)
– einachsigen Nachläufern	26 (2); DA 37 (2)
– Sattelanhängern	DA 22 (5); 26 (4); 28 (8); DA 37 (2); 55 (3)
– Wechsellaufbauten, -behältern	22 (5); 55 (3)
Stützlast bei Einachsanhängern	26 (1); 37 (1)

T

Tandemanhänger	DA 19 (6)
Tragfähigkeit des Untergrundes	45 (1); 55 (3)

Transportbetonmischer	DA 2 (2)
Treibgasbehälter, -leitungen	17
Tritflächen	25 (1); Anhang 2 und 3
Trittstufen	Anhang 2
Türfeststeller	DA 22 (3)
Türgriffe	DA 22 (10)

U

Überrollschutz bei Dumpern	6 (3)
Unterlegen von Antriebsrädern	52 (1)
Unterlegkeile	30; 40 (1); 55 (1)
Unterweisung von Fahrzeugführern	35 (1)

V

Ventilhandräder	DA 22 (10)
Verankerungen für Zurrmittel, Zurrpunkte	22 (1)
Verbindungsleitungen anschließen beim Kuppeln	40 (1)
Verbrennungsgefahren, -schutz	16 (2)
Verbrennungskraftmaschinen, -motoren	16 (1); 54 (4)
Vergiftungsgefahren	7 (2); 16; DA 51; 54 (4)
Verglasung	8 (7)
Verhalten bei Betriebsstörungen	DA 34 (2)
Verkehrsregelung, innerbetriebliche	DA 34 (2)
Verkehrssicherer Zustand	DA 57 (1)
Verkehrsverhältnisse, -bedingungen	37 (4); 44 (3)
Verlassen von Fahrzeugen	41 (1); 55 (1), (2)
Versuchsfahrzeuge	1 (2)

W

Warnkleidung	31; 56 (5), (6)
Warnsignale, -zeichen	DA 22 (9); 50
Wartungsarbeiten bei Fahrzeugen mit Knicklenkung	56 (3)
Wechsellaufbauten	
– Absetzen	55 (3)
– Sicherung	DA 22 (2)
Winden	DA 1 (1)
Windschutzscheibe	15 (1)
Witterungsverhältnisse	44 (3)

Z

Ziehen von Fahrzeugen	47 (1), (4)
Zugleinrichtungen, -gabeln	DA 28 (1); 28 (7), (8); 40 (1)
Zugkugelnkupplungen	DA 28 (1); 28 (4); 40 (1)
Zugmaschinen	DA 2 (1)
Zugösen	DA 28 (1); 28 (7)
Zurrmittel, -Verankerungen	22 (1); DA 37 (4)
Zusatzlenkungen	11 (2)
Zuverlässigkeit des Fahrzeugführers	35 (1)
Zwischenböden, höhenverstellbare	DA 22 (5)

Gegenüber der vorhergehenden Fassung vom Januar 1997 wurden die Durchführungsanweisungen (DA) aktualisiert und an den Stand der Sicherheitstechnik angepasst.

Hinweis:

Seit April 1999 sind alle Neuveröffentlichungen des berufsgenossenschaftlichen Vorschriften- und Regelwerkes unter einer neuen Bezeichnung und Bestell-Nummer erhältlich.

Für alle bislang unter einer VBG- bzw. ZH 1-Nummer veröffentlichten Unfallverhütungsvorschriften, BG-Regeln, Merkblätter und sonstigen Schriften bedeutet dies, dass sie erst im Rahmen einer Überarbeitung oder eines Nachdrucks auf die neuen Bezeichnungen und Bestell-Nummern umgestellt werden.

Bis zur vollständigen Umstellung des berufsgenossenschaftlichen Vorschriften- und Regelwerkes auf die neue Bezeichnung und Bestell-Nummer sind alle Veröffentlichungen in einem Übergangszeitraum von ca. 3 bis 5 Jahren auch weiterhin unter den bisherigen Bestell-Nummern erhältlich.

Soweit für Veröffentlichungen des berufsgenossenschaftlichen Vorschriften- und Regelwerkes eine Umstellung auf die neue Bezeichnung und Benummerung erfolgt ist, kann diese einer so genannten Transfer-Liste des neuen BGVR-Verzeichnisses des HVBG entnommen werden.